

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: Inland: 3.30 RM. monatlich 1.10 RM.
Ausland: 3.50 RM. monatlich 1.20 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Bekanntmachung für die hochgehaltene Kolonial-
zeitung über deren Raum 20 Bsp. für
politische und gewerbliche Anzeigen...

Telegramm-Adressen
„Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. April 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Der Untergang der „Titanic“.

Eine ungeheure Schiffskatastrophe hat „beide Welten“ in
Erregung versetzt. Der riesigste Ozeanfahrer, das komfor-
tableste Passagierschiff der Welt, der Dampfer „Titanic“ der
englischen White-Star-Linie ist Sonntag Nacht mit einem
schwimmenden Eisberg zusammengestoßen und mit dem weit-
aus größten Teil seiner nach Tausenden zählenden Besatzung
gesunken. Schon am Montag meldete der Telegraph den Zu-
sammenstoß. Allein die beteiligte Gesellschaft verschwie, sei
es aus Absicht, sei es aus Mangel an Information, das Ent-
schleide, daß von den 2000 Menschen, die der schwimmende
Riesenschiff beherrschte, zwei Drittel mit dem sinkenden
Schiffskörper in die Tiefe hinabgezogen wurden. Die New
Yorker Vertretung der White-Star-Linie verkündete vielmehr
triumphierend: Alle Passagiere sind gerettet. Am Dienstag
doch mußte die Katastrophe in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit
zugegeben werden. Noch ist man im Unklaren darüber, wie
groß die Zahl der Opfer ist, die der Ozean mitsamt dem
Wunderschiff verschlungen. Allein daß es sich mindestens um
1200—1300 Tote handelt, kann nicht länger bestritten werden.
Die Geschichte der Schiffsunfälle ist damit um die kolossalste
Katastrophe bereichert worden, die sich in der Neuzeit wenig-
stens jemals abgespielt hat.

Die Tragödie ist um so erschütternder, als sämtliche
Passagiere in der frohen Zuversicht die Reise angetreten
hatten, daß ihnen an Bord eines solchen Riesenschiffes, das
unter enormen Kosten und mit allen Schikanen der modernen
Technik erbaut und mit dem erlesensten Luxus ausgestattet
worden war, nichts geschehen könne. Man war davon über-
zeugt, daß dies schwindende Mirakel, das mit einem Auf-
wand von 22 Millionen erbaut worden war, um den größten
Konkurrenzgesellschaften den Sieg abzugewinnen, nach
menschlicher Berechnung allen Elementargefahren gewachsen
sein werde. War doch nicht nur für den Komfort der Passa-
giere, vornehmlich natürlich der ersten und zweiten Klasse, das
Riesenschiff das Ziel, sondern war doch auch das Schotten-
System derartig ausgebaut, daß nach den Verheißungen
wenigstens ein einziger Sebeldruck genügt, um sämtliche Ab-
teilungen des Schiffes wasserdicht voneinander abzuschließen.

Und in der Tat bürgt dies Schotten-System, sofern es
wenigstens richtig funktioniert, die Sicherheit unserer moder-
nen Passagierdampfer. Wenn trotzdem Katastrophen ein-
traten, so lag das daran, daß die mit Maschinenkraft zu
schließenden Verbindungstüren entgegen der Vorschrift lange
Zeit nicht probeweise geschlossen worden und deshalb ein-
gerostet waren, so daß sie im Augenblick der Gefahr versagten.
Bei dem funkelneuen Riesenschiff dürfte es an einem solchen
Versagen der Sicherheitsvorrichtungen kaum gelegen haben.
Vielmehr ist anzunehmen, daß der Zusammenstoß mit dem
Eisberg dem Schiffskörper so ungeheure Verletzungen beige-
bracht und den ganzen Organismus derartig erschütterte, daß
alle technischen Vorkehrungen dieser elementaren Kata-
strophe gegenüber versagten.

Die Gefahr, die der Schifffahrt zu gewissen Jahreszeiten
durch in Bewegung geratene Eisfelder und abgestürzte polare
Gletscherteile drohen, die mit der Meeresströmung vom
Norden ihren Weg nach dem Süden nehmen, ist nur zu be-
kannt. Diese Gefahr ist um so größer, als die schwimmenden
Eisberge und Eisfelder nur zum kleinsten Teile aus dem
Wasser hervortragen und mit dem Vielfachen ihrer über die
Wasseroberfläche emporspringenden Mächtigkeit unterhalb des Wasser-
spiegels dem Auge verborgen bleiben. Im Nebel und zur
Nachtzeit werden diese bössartigen Feinde der Schifffahrt bei
forzierter Fahrt selbst bei den stärksten Scheinwerfern erst so
spät entdeckt, daß sich die Gefahr des furchtbarsten Zusammen-
stoßes nicht mehr vermeiden läßt.

Die White-Star-Gesellschaft und der Kapitän des ge-
sunkenen Schiffes dürften insofern an der entsetzlichen Kata-
strophe nicht unschuldig sein, als die „Titanic“ ihre Fahrt
unternommen hatte, um den Geschwindigkeitsrekord der
Ozeanüberquerung unter allen Umständen zu brechen. Des-
halb soll das Schiff auch die direkteste, nämlich die nördlichste
Linie genommen haben. Bei einer solchen Route aber mußte
es in der jetzigen Jahreszeit damit rechnen, auf Eisfelder
und Eisberge zu stoßen, selbst wenn deren Vorhandensein
nicht bereits, wie anzunehmen, durch andere Schiffe gemeldet
worden wäre. Aber das Geschäftsinteresse der Gesellschaft
überwog wieder einmal alle Rücksicht auf die Passagiere, trog-
dem sich in diesem Falle der „Titanic“ auch zahlreiche Multi-
millionäre anvertraut hatten, trotzdem allein an Diamanten-
fracht das gesunkene Schiff einen Wert von mehr als 100
Millionen geführt haben soll.

Dabei sollen freilich fast alle Passagiere der ersten und
zweiten Klasse gerettet worden sein, während die Zwischen-
decks-Passagiere und die Schiffsbesatzung ihren Tod in den
Wellen gefunden haben sollen. Nach einer anderen Lesart
sollen die geretteten 800 Personen hauptsächlich aus Frauen
und Kindern bestanden haben. Das spricht dafür, daß die
Katastrophe doch nicht mit einem Male über die schwimmende
Stadt hereingebrochen ist. Die Meldungen besagen ja auch,
daß zwischen dem Zusammenstoß und dem Sinken der
„Titanic“ vier Stunden gelegen haben. Um 10 Uhr 20 er-
folgte der Zusammenstoß und um 2 Uhr 20 Min. schlugen
die eisigen Fluten über dem Wunderwerk der modernen
Schiffstechnik zusammen. Gätte sich die Katastrophe auf eine
kürzere Zeit zusammengekrängt, so würde das Gedächtnis der
Vernichtung geweihten Riesendampfers noch viel furchtbarere
Szenen erlebt haben: den schauerlichen Kampf der Totge-
weihnten untereinander, die in den Dirlrien der Todesangst
jedes menschlichen Gefühls spotteten.

Von einem „Fiasco der Technik“ sprechen einzelne Blätter.
Mit Unrecht, denn die Technik, die sich lediglich dem Sicher-
heitsbedürfnis anpaßte und nicht mehr vom Profitbedürfnis
der Schifffahrtsgesellschaften beeinflussen ließe, würde sicherlich
Jahrzeuge schaffen können, die auch einer solchen Katastrophe
gewachsen wären. Auch ist ja aller Wahrscheinlichkeit nach
die „Titanic“ lediglich ein Opfer der kapitalistisch-rivalisier-
enden Rekordjagd geworden, die schon so manche Gefatome
von Menschenleben verschlungen hat.

So tief aber auch das Mitgefühl sein mag, das den
Opfern dieser gigantischen Katastrophe gebührt, so zeitgemäß
ist doch auch die Erinnerung daran, daß erst wenige Jahre
verflossen sind, seitdem ähnliche und noch viel gewaltigere
Katastrophen bewußt und gewollt durch menschliche
Bestialität herausbeschoren wurden. Denn
während des russisch-japanischen Krieges wurden zahlreiche
Schlachtschiffe mitsamt ihrer tausendköpfigen Besatzung in den
Grund gebohrt. Verschiedene solcher Riesenschiffe wurden bei
Port Arthur versenkt. Die russische Kreuzerflotte von Wladi-
wostok fiel über die japanischen Transportschiffe her, die die
Truppen nach Korea übersehen sollten und versenkte mehrere
der mit Menschen überfüllten Transportschiffe, bei denen
Tausende und Abertausende ihren Tod in den
Wellen fanden. Und als es gar zur Seeschlacht bei Tsushima
kam, da fanden viele Tausende ihren Tod in den salzi-
gen Fluten des chinesischen Meeres.

Ist es deshalb nicht ein schreiender Widerspruch, wenn die
gesamte bürgerliche Presse sich in sensationeller Bericht-
erstattung und melodramatischer Betrauerung der 1500
Opfer der „Titanic“ nicht genug leisten kann, während
gleichzeitig alle kapitalistischen Staaten, Deutschland
voran, alles aufbieten, um marinistische Katastrophen
vorzubereiten, denen gegenüber der Untergang des
englischen Passagierdampfers schließlich nur ein Kinder-
spiel sein dürfte?!

Der Umfang der Katastrophe.

Bis zur Stunde läßt sich die ganze Größe des furcht-
baren Unglücks noch nicht überblicken. Die einlaufenden Tele-
gramme schätzen die Zahl der Passagiere des „Titanic“ sehr
verschieden. Während in einzelnen Nachrichten berichtet
wird, daß das Unglücksschiff 2358 Passagiere und
900 Mann Besatzung an Bord hatte, wird in anderen
Telegrammen die Gesamtzahl der an Bord befindlichen
Personen auf 2200 geschätzt. Wahrscheinlich ist es aber,
daß 1300—1400 Menschen bei dem Untergang ihr Leben ein-
gebüßt haben, während etwa 850 Personen, meist Frauen und
Kinder, gerettet wurden. Die zuerst gehegte Hoffnung, daß
außer von der „Carpathia“ von verschiedenen anderen zur
Hilfe geeilten Dampfern Ueberlebende gerettet wären, hat sich
leider nicht bestätigt.

St. Johns (Neufundland), 16. April. Die Hoffnung, daß noch
andere Passagiere als die an Bord der „Carpathia“ befindlichen
am Leben sind, ist aufgegeben worden. Sämtliche Dampfer, die
die Unglücksstelle kreuzten, haben die Suche eingestellt.

Die Rettungsaktion.

Sofort nach Eintreffen der Funkentelegramme, die über den
Zusammenstoß mit dem Eisberg Meldung brachten, nahmen
mehrere Dampfer ihren Kurs nach der Unglücksstelle. Der der
„Titanic“ nächste Dampfer „Carpathia“ war jedoch 170 See-
meilen entfernt, so daß er erst mehrere Stunden
später an der Unglücksstelle eintraf. Wie ein Funkentelegramm
meldet, fand er von dem Dampfer keine Spur mehr; nur
einige Schiffstrümmer kennzeichneten den Ort der furchtbaren

Katastrophe. Bei Tagesanbruch wurden dann die Insassen der ver-
schiedensten Boote eingeschifft. Die Liste der Geretteten zeigt, daß
an Bord der „Titanic“ die größte Manneskraft gesammelt
haben muß. Die Mehrheit der Geretteten sind Frauen, die
Mehrzahl der Geretteten Männer sind verheiratet.

Spätere Telegramme melden über die Rettungsaktion folgende
Einzelheiten:

New York, 16. April. „Virginian“ meldet, sie sei zu spät
gekommen und habe keine Geretteten von der „Titanic“
an Bord, auch „Parisian“ hat keine Geretteten
aufgenommen. Die Zahl der an Bord der „Carpathia“
befindlichen Geretteten beträgt nach neuester Meldung 800.

New York, 16. April. Um 11 Uhr 15 Minuten vormittags
(amerikanische Zeit) traf hier ein Funkentelegramm von
Kapitän Vostrom von dem Cunard-Dampfer „Carpathia“ ein,
das auf 41 Grad 45 Minuten nördlicher Breite und 50 Grad
20 Minuten westlicher Länge aufgegeben ist.

„Mit 800 Ueberlebenden an Bord habe ich Kurs nach
New York genommen, um dort die Geretteten zu landen, falls ich
keine Gegenorder erhalte. Da außerordentlich viel Eis
südwärts treibt, halte ich New York für den besten anzulaufenden
Hafen. Eine große Anzahl von Eisbergen sind in der
Nachbarschaft der Unglücksstelle treibend gesichtet worden. Die
„Carpathia“ ist 20 Meilen lang durch Eisfelder ge-
fahren, auf denen sich ungeheure Berge befanden.“

New York, 16. April. Folgende Depesche ist von Cap Race auf
Neufundland eingetroffen: Der Dampfer der Lehland-Linie
„California“ ist an dem Ort, wo die „Titanic“ sank, zurü-
ckgeblieben, um die Unglücksstelle abzusuchen. Die „Carpathia“
fährt mit den Ueberlebenden nach New York zurück. Der Zusammen-
stoß der „Titanic“ mit dem Eisberg fand am Sonntagabend um
10 Uhr 20 Minuten statt. Der Untergang des Schiffes erfolgte
in der Nacht zum Montag um 2 Uhr 20 Minuten.

London, 16. April. Im Bureau der White Star Line wurde
festgestellt, daß sich unter den Geretteten der „Titanic“ an
Bord der „Carpathia“ alle Passagiere der ersten Klasse
befinden. Das Schiff wird am Freitag früh in New York erwartet.

New York, 16. April. Die White Star Linie erklärt, sie habe
sichere Nachricht von der „Olympic“ erhalten, daß die Zahl der
von der „Titanic“ geretteten 868 beträgt, mit denen die „Carpathia“
am Donnerstag nachmittag in New York eintreffen soll.

Die Liste der Geretteten.

New York, 16. April. Die bisher erschienene und voll-
ständige Liste der Geretteten enthält u. a. die
Namen der Herren Bruce Ismay, des Präsidenten der Grand
Trunk-Railway Charles Gays mit Frau und Tochter
und der Damen Astor, Widener und der Gräfin Rothes. Unter
den Geretteten mit nicht englischen Namen sind der
Tennispieler R. S. Behr, Karoline Bystrom, Dr. Hensch, Herr
und Frau Frauenthal, Fräulein A. Hegenheim, Fräulein
Margarethe Froehlicher, Frau Samuel Goldenburg und Ella
Goldenburg, Frau Hogeboom, Frau Ida Hippack und Fräulein
Hippack. Die Herren Emil Menschen und Gustav Lejeune,
Frau Siegfried Lindstrom, Fräulein Nanette Banhart, Frau
M. Roschild, Frau Edith Rosenbaum, Oberst Simonius,
Emma Segeffer, Frau Pauline Schabert, Herr und Frau
Spedding, die Herren Max Stabellin, Abraham und Salomon,
Herr und Frau Stengel, Herr Adolf Saalfeld, Herr Emil
Laußig mit Frau und Tochter und Frau Devilliers.

London, 16. April. Unter den Geretteten der „Titanic“
befinden sich ferner Anna Hamalmer und Sohn, Frau
Jacobsohn, Fräulein Berta Lehmann, Frau Elisabeth Mellinger
mit Kind, Fräulein Käthe Vuh.

Die Aufnahme der Katastrophe.

New York, 16. April. Die Meldung vom Untergang der
„Titanic“ hat in New York ungeheure Verstärkung und
Aufregung verursacht. In großen Mengen schart sich das
Publikum vor den Redaktionen der Zeitungen, um die letzten Nach-
richten über die Katastrophe zu erfahren. Aus fast
allen Teilen des Landes finden sich Verwandte und
Angehörige der Reisenden ein, um Näheres über das
Schicksal ihrer Angehörigen zu vernehmen. Die Verstärkung im
Publikum ist um so größer, als man aus den gestern veröffentlichten
Meldungen entnehmen mußte, daß alle Passagiere gerettet worden
wären. Der Umschlag nach der anfänglichen Verwirrung und
den optimistischen Hoffnungen ist jetzt um so erschütternder.
Schon in den ersten Nachmittagsstunden waren gestern
Gerüchte im Umlauf, daß die „Titanic“ gesunken sei, doch
wurden diese von der White Star-Gesellschaft ausdrücklich demontiert.
Die Gesellschaft versicherte, daß die „Titanic“ unter eigenem Dampf
nach Halifax fahre. Nur gegen 6 Uhr mußte man vermuten, daß
nicht alles in Ordnung war, als das drahtlose Telegraphenbureau
berichtete, daß alle Verbindungen mit der „Olympic“ und
den begleitenden Dampfern aufgehört hätten.

London, 16. April. Das Eintreffen der Nachrichten von der
großen Zahl der Opfer der „Titanic“ hat eine unbeschreibliche
Verstärkung hervorgerufen, die um so größer ist, als die Leiter
der White Star Linie auf das bestimmteste berichtet hatten,
die „Titanic“ könne nicht untergehen, da ihre Räume vollkommen
wasserdicht seien. Die Aufregung unter den von der Katastrophe
betroffenen Familien, besonders wo es sich um Familien der Be-

fahrung oder der Zwischenbedarfsagiere handelt, ist um so größer, als es sich befindet, daß nur Passagiere der ersten Klasse sowie Frauen und Kinder gerettet worden sind.

Paris, 16. April. Den ganzen heutigen Tag über wurden die Bureau der White Star-Linie in der Rue Scribe von einer ungeheuren Menschenmenge, unter der sich hauptsächlich Engländer und Amerikaner befanden, belagert. Alle versuchten über das Schicksal ihrer auf dem Unglücksdampfer befindlichen Familienmitglieder zu erfahren, jedoch konnte ihnen naturgemäß noch keinerlei genaue Auskunft gegeben werden. Die Direktion hofft jedoch, in 2 bis 3 Tagen eine genaue Liste der Heberlebenden sowie der ertrunkenen Passagiere herauszugeben zu können.

### Generaldirektor Ballin über das Unglück.

Infolge mehrfacher an ihn gerichteter Anfragen um Mitteilung seiner Ansicht über die Ursache des Unterganges des Dampfers „Titanic“ äußerte sich der Generaldirektor Ballin einem Vertreter des „Wolffschen Telegraphen-Bureaus“ gegenüber wie folgt: Im gegenwärtigen Augenblick ist es natürlich noch unmöglich, eine bestimmte Ansicht über die Ursache des Unterganges der „Titanic“ zu äußern, man kann nur sagen, daß die Schiffahrtsgesellschaften auch aus diesem Unglück lernen werden, und daß sie an Hand dieser traurigen Erfahrungen trachten müssen, die weitgehenden modernen Sicherheitsvorrichtungen noch zu verbessern, die nach unserer Ansicht und nach der Ansicht der Klassifikationsgesellschaften das bisher mögliche und erreichbare Maß von Sicherheit schon geschaffen hatten. Daß die Katastrophe mit der Größe der Geschwindigkeit und der Art des Schiffes an sich nichts zu tun hatte, liegt für jeden einsichtigen Menschen auf der Hand. Ebenso ist es meine feste Überzeugung, daß auf der „Titanic“ alle modernen Sicherheitsvorrichtungen vorhanden gewesen sind. Warum sie nicht ausgereicht haben, das Schiff vor dem Untergang zu bewahren, ist eine Frage, die man im Augenblick noch nicht beantworten kann, sondern erst, wenn die genaueren Berichte über die Katastrophe vorliegen und von berufener Seite geprüft sind. Dann wird man das Ergebnis auf das genaueste studieren, um, soweit das in Menschenkraft steht, Schlussfolgerungen für die weitere Verbesserung der Sicherheitsvorrichtungen daraus zu ziehen.

### Beleidskundgebungen der Parlamente.

Im Deutschen Reichstage hat der Präsident Raempff in der heutigen Sitzung der Kammer über das ungeheure Unglück tiefen Ausdruck gegeben. Zu Beginn der Sitzung führte er unter tiefem Stillschweigen aus: „Vorher wir in die Tagesordnung eintreten, glaube ich dem Schmerze darüber Ausdruck geben zu müssen, daß ein großes Schiffsunglück Hunderte von Menschenleben, ja vielleicht mehr als tausend verschlungen hat. Der Dampfer „Titanic“, der englischen White Star Linie gehörig, ist untergegangen und hat viele Menschenleben in seinen Schiffsbruch hineingezogen. Wir sprechen unser Schmerzlichstes Bedauern aus über das Unglück, das in erster Linie das englische Volk betroffen hat, in zweiter Linie all die Nationen, die Angehörige auf dem Schiffe haben. Sind wir doch nicht sicher, daß nicht auch unsere Nation unter dem Unglück schwer zu leiden hat. Ich danke Ihnen für den Ausdruck des Bedauerns und des Schmerzes, den Sie dadurch bewiesen haben, daß Sie sich von den Plätzen erhoben haben.“

Im englischen Unterhause verlas Premierminister Asquith unter tiefem Stillschweigen die Meldung der White Star Linie über den Untergang der „Titanic“ und sagte dann: „Ich bin betäubt, daß wir gezwungen sind, einem jener furchterlichen Ereignisse gegenüberzutreten, die manchmal im Rate der Vorsehung beschliffen sind, die unsere Vorfürsicht zunichte machen, die die White Phantase sich nicht ausdenken kann, und die uns empfinden läßt, wie arm unsere Worte sind, wenn wir in solchem Augenblick sagen wollen, was wir fühlen. Wir können nur unserer Bewunderung dafür unvollkommenen Ausdruck geben, daß die besten Traditionen der See beobachtet worden zu sein scheinen, daß willig Opfer dargebracht wurden, um denen, die am wenigsten imstande waren, sich selbst zu helfen, die größte Aussicht auf Rettung zu verschaffen, und daß wir tiefes Mitgefühl mit denen haben, die so plötzlich ihrer Liebsten und nächsten Angehörigen beraubt worden sind.“

### Frühere Schiffskatastrophen.

Endlos ist die Zahl der Schiffskatastrophen, Tausende von Menschen haben bei dem Untergang von Schiffen ihr Leben eingebüßt, aber noch nie sind bei einem Schiffsuntergang soviel Menschen ums Leben gekommen wie bei dem der „Titanic“. In der Zahl der Menschenopfer kommt dem letzten Unglück am nächsten der Brand und Untergang des Bergungsdampfers „General Starum“ im New Yorker Hafen, bei dem im Juni 1904 über 1000 Menschen ihr Leben einbüßten. Im Jahre 1902 ertranken bei dem Untergang des englischen Dampfers „Camoria“ 730 Personen. Mit über 600 Ertrunkenen ist der Verlust des norwegischen Auswandererschiffes „Norgu“ zu buchen, das im Juli 1904 unterging. Bei dem Untergang der „Eibe“ am 30. Januar 1895 fanden 570 Menschen den Tod in den Wellen. Der Untergang des Hamburger Dampfers „Gimbrina“ im Januar 1883 kostete beinahe 500 Menschen das Leben. Noch früher war die Zahl der Opfer bei dem Untergang des englischen Dampfers „Alice“, mit dem im Jahre 1878 etwa 600 Menschen ihren Tod in den Wellen fanden. Der Untergang des spanischen Dampfers „Reina Regenta“ im Jahre 1895 kostete 435 Passagieren das Leben. Wenn wir in der Unglücksliste weiter, so finden wir nach folgenden Daten: Am 28. Mai 1895 der französische Dampfer „Don Pedro“ mit 108 Personen; am 8. Dezember 1895 das Auswandererschiff „Salier“ mit 279 Personen; am 17. Juni 1896 das englische Schiff „Drummond Castle“ mit 253 Personen; am 4. Juli 1898 der französische Dampfer „Bourgeois“ mit 570 Personen; am 16. Dezember 1900 das deutsche Kriegsschiff „Gneisenau“ mit 48 Personen; am 20. Juni 1901 der Dampfer „City of Rio de Janeiro“ mit 100 Personen; am 7. Juni 1903 der französische Dampfer „Lidau“ mit 122 Personen; am 10. September 1905 Admiral Zogob Plagg-Schiff „Mifasa“ mit 599 Menschen Besatzung; am 18. November 1906 der englische Dampfer „Hilda“ mit 99 Personen; am 23. Januar 1906 der Brasilianer „Aquidaban“ mit 190 Personen; am 4. August 1906 der italienisch-spanische Auswanderer „Sirtio“ mit 385 Menschen; am 25. Februar 1907 der englische Dampfer „Berlin“ mit 170 Personen; am 12. März 1907 die französische „Jena“ mit 118 Mann; am 20. Juli 1907 die kalifornische „Columbia“ mit 150 Personen; am 23. März 1908 der japanische Dampfer „Raku Raku“ mit 300 Personen; vier Wochen später wieder ein japanisches Schiff, der Schulkreuzer „Raku Raku“, mit 300 Mann; am 7. November 1908 der japanische Dampfer „Toshi“ mit 150 Personen; in demselben Monat die „Sardinia“ mit 150 Personen; am 19. Februar 1909 der Hamburger Dampfer „Presidentia Asca“ mit 100 Passagieren; am 14. November 1909 der Indiensdampfer „La Schue“ mit 105 Personen; am 10. Februar 1910 der französische Dampfer „General Chaney“ mit 150 Personen; am 20. April 1910 der englische Dampfer „Aurora“ mit 187 Personen. So erschreckend groß die Zahl der untergegangenen Schiffe ist, stellt die obige Liste doch nur einen kleinen Prozentsatz aller Schiffskatastrophen dar.

## Eine bedeutungsvolle Wahl.

Paris, 14. April. (Fig. Ber.)

Die geeinigte sozialistische Partei hat heute ein neues Mandat errungen. Nach leidenschaftlichem Kampf hat sie den Radikalen das 14. Arrondissement im zweiten Wahlgang abgenommen. Gewählt ist Genosse Brade mit 6281 Stimmen, sein radikaler Gegner bekam 6052, ein „demokratischer Republikaner“ 636 Stimmen. — Die Umstände, worunter sich diese Wahl vollzog und ihre Wichtigkeit für die ganze innere Politik Frankreichs, fordern eine eingehende Besprechung.

Das Mandat war durch den Rücktritt des ehemaligen Kriegsministers Messimy frei geworden, der einen Senatorenposten des Departements Ain, wo ihm ausgebreitete Familienbeziehungen das Mandat affektierten, vorgezogen hatte. Die Sozialisten haben schon wiederholt den Wahlkreis, der einen nicht unbedeutenden Prozentsatz von Arbeiterwählern und sehr viel öffentliche Angestellte und allerhand Angehörige des „neuen Mittelstands“ umfaßt, bestürmt, ohne jedoch die Stellung Messimys, der zum linken Flügel des Radikalismus gehört und besonders in kolonialpolitischen und militärpolitischen Fragen eine reformfreundliche Gesinnung an den Tag gelegt hatte, erschüttern zu können. Diesmal griff die geeinigte Partei mit aller Kraft ein. Ihr Kandidat war Genosse Brade, der zu den bekanntesten Parteimitgliedern gehört. Brade, der mit seinem bürgerlichen Namen Desrouffeur heißt und von Beruf Hochschulprofessor ist — Brade ist der Familienname seiner Mutter — gehört der marxistischen Gruppe der Partei an und gilt sozusagen als der Leutnant Jules Guesdes. Er vertritt seine Anschauungen besonders auch als Leittatler der „Humanité“ und Redakteur des „Socialisme“. Ein ausgezeichnete Kenner besonders der deutschen Sozialdemokratie, hat er zahlreiche Broschüren und Revuen-Artikel aus der deutschen Parteiliteratur übersetzt. Auf den Parteitagungen ist er einer der streitbarsten Wortführer seiner Richtung.

Im ersten Wahlgang, am 31. März, bekam Brade 4613 Stimmen. Sein Hauptgegner, der Radikalsozialist Chatenet, für den alle Pöbel- und Korruptionsmittel des Bezirkswahlrechts arbeiteten, überlieferte ihm mit 5210 Stimmen, ein progressistischer Kandidat brachte es auf 2285, ein Monarchist auf 849, ein unabhängiger Sozialist auf 671, ein Individualist auf 169 Stimmen.

Die nun folgende Wahlkampagne, die zu den heftigsten gehört, die in Paris seit vielen Jahren geführt worden sind, änderte das politische Bild vollständig. Dem hatten bis zum ersten Wahlgang die allgemeinen politischen und sozialen Prinzipien in der Agitation den Ausschlag gegeben, so trat nun die Frage des Proporz in den Vordergrund. Zunächst trat der progressistische Kandidat zurück und bat seine Wähler, ihre Stimmen demjenigen der übrigbleibenden Wahlwerber zu geben, der dem Proporz-Prinzip am festesten ergeben sei. Damit war natürlich Genosse Brade gemeint. Herr Chatenet entdedte aber auf einmal, daß er der gläubigste Proportionalist sei und daß seine Anschauungen über die Wahlreform mit denen des „Raters“ des Proporz, des Abgeordneten Benoist, durchaus übereinstimmen. Worauf ihm Herr Benoist eine würdige Ohrfeige versetzte, indem er in einem offenen Brief erklärte, daß er für die erprobten und nicht für die neugeborenen Reformfreunde sei. Der bestürzte Herr Chatenet appellierte nun vom zornigen Vater des Proporz an den wohlwollenden Onkel, den Radikalsozialisten Herrn Ferdinand Duillon, Präsidenten der Wahlreformkommission, der ihm denn auch ein Wohlverhaltenszeugnis in Proporzdingen ausstellte.

Da aber Herr Chatenet trotzdem auf die Stimmen der Konservativen nicht mehr rechnen konnte, verlegte er sich umso nachdrücklicher auf die Verleumdung der sozialistischen Partei und ihres Kandidaten, die er gleichzeitig als Bundesgenossen der eben erst umwordenen „Reaktion“ und als Anhänger des „Landesverrats“, der Sabotage usw. hinstellte. Seine Lüge war der radikalen Sippe zu schmutzig und zu albern. Herr Chatenet scheute sich nicht, Brade als „Anarchisten“ zu bezeichnen, trotzdem gerade Brade in der Partei zu den allerstärksten Gegnern jeder Vermengung mit den Anarchisten gehört und jahraus, jahrein Artikel über die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht schreibt.

Die unredliche Taktik der Radikalen hat nicht verhindert, daß die Wahlkampagne einen großen Zug bekam. Die sozialistische Parteiorganisation des Bezirks leistete eine in Frankreich ungewöhnliche Kleinarbeit, die „Humanité“ brachte ihre propagandistische Kraft ins Spiel und in mächtigen Wähler-versammlungen griffen die ersten Redner der Partei, Jaurès, Vaillant und andere ein.

Der Wahlausfall ist von großer politischer Bedeutung, vor allem für den Kampf um den Proporz. Diese neue Niederlage, die sich der vor 14 Tagen erlittenen anschließt, zeigt den Radikalen, daß die Wahlreform die Wähler genug stark interessiert, um die traditionellen Stichwahlgruppierungen zu zerreißen und daß die Fortsetzung des Widerstands gegen sie den Zusammenbruch der radikalen Mehrheit herbeiführen muß. Da wird kein Schimpfen über die „Allianz“ der Sozialisten mit den gemäßigten Parteien helfen. Die Radikalen haben es jetzt noch in der Hand, eine Wahlreform zu machen, die das Proporzprinzip gemäß ihren Bestandsinteressen modifiziert. Weigern sie sich weiter und lassen sie sich von Freton noch tiefer in den Sumpf führen, so beschleunigen sie nur ihre eigene Auflösung und bereiten die allgemeine Koalition der Proportionalisten für die allgemeinen Wahlen vor.

Die Persönlichkeit des Genossen Brade interessiert durch einen Lebenslauf, worin sich frühzeitig die Reibung für die proletarische Sache und den gründlichsten wissenschaftlichen Bestrebungen paart. Brade ist 1861 in Lille geboren. Sein Vater war ein revolutionärer Chansonnier, der es nicht vermocht hätte, seine vier Söhne studieren zu lassen, wenn ihre Vergabung und Arbeitsamkeit ihnen nicht Freiplätze und Stipendien gesichert hätte. 1885 wurde der junge Professor für zwei Jahre nach der französischen Pädagogenschule in Rom geschickt. 1891 kam er an die praktische Schule für Hochschulstudien, die an die Sorbonne angegliedert ist. Er ist dort jetzt stellvertretender Direktor. Von seinen pädagogischen Arbeiten ist besonders die Uebersetzung der Oden des Pindarides aus einem ägyptischen Papyrus hervorzuheben. Brade, der auch ein ausgezeichnete Kenner der deutschen Sprache und des deutschen Geisteslebens ist, hat u. a. Nießches „Menschliches, Allzumenschliches“ übersetzt.

In der sozialistischen Bewegung steht er seit 25 Jahren an hervorragender Stelle. Seit 1900 redigiert er das Zentralorgan „Le Socialiste“. Er ist Mitverfasser des Municipalprogramms. Den Genossen der Internationalen ist er auch durch seine Teilnahme an den internationalen Kongressen bekannt. Im vorigen Jahr hat er die französische Partei auf dem Jener Parteitag vertreten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. April 1912

### Das Reichseisenbahnamt.

Aus dem Reichstag, 16. April. Landesrecht geht vor Reichsrecht! Und deshalb mußte, da der preussische Eisenbahnminister Breitenbach den Erwählten des Dreiklassenparlamentes Rede und Antwort zu stehen hatte, der Titel „Reichseisenbahnamt“ darauf gesetzt werden. Im Zeichen dieses Titels gab es eine Sitzung, die nicht gerade aufregend und ohne Höhen und Tiefen war — Flachland, auf dem die einzelnen Debattierer ihre Wortkolonnen exerzieren ließen. Zunächst wandte sich Genosse Ulrich mit guten und zahlreichen Gründen gegen die preussisch-hessische Vertriebsgemeinschaft, durch die Hessen finanziell ganz außerordentlich geschädigt werde, und forderte eine Vereinbahrung des deutschen Eisenbahnwesens. Nach ihm befähigte sich Herr Schwabach mit der Frage einer internationalen Zusammenfassung des gesamten Verkehrs und regte, da Nationalliberale sowohl wie auch Kommerzienräte allzeit ein warmes Herz für Arbeiter und kleine Beamte haben und Herr Schwabach sogar Nationalliberaler und Kommerzienrat ist, eine gesetzliche Regelung der Ruhe- und Dienstzeit des Eisenbahnpersonals an. Der Fortschrittler Haas, einer der Führer des habsbischen Liberalismus, wies in einer Rede, die eindrucklos blieb, als man wohl erwartet hatte, auf die Gefährdung der Bahnen durch die übermäßig lange Arbeitszeit der Beamten hin, was dem Eisenbahnamtspräsidenten Baderzajdy Gelegenheit zu der gemütvollen Bemerkung gab, daß der Eisenbahndienst für die Beamten gesundheits-schädigend sei, lasse sich nicht bestreiten, aber durch eine Verfürzung der Dienststunden werde daran nichts geändert. Der Vertrauensmann Schirmer brachte eine reaktionäre Lange für das Referatredat Bayerns und nachdem man noch Herrn Behrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung über die Elektrifizierung der Bahnen, die verbunden sein müsse mit einem Verzicht der Elektrifizierungsarbeiter auf das Koalitionsrecht, hatte orakeln hören, vertagte sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr.

Zu Beginn der Sitzung hatte Präsident Raempff der bei dem Untergang der „Titanic“ ums Leben gekommenen gedacht.

### Eisenbahnfinanzen.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann bei seinem Wiederzusammentritt am Dienstag die zweite Sitzung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Die Debatte drehte sich vorläufig nur um die finanzielle Seite, die, wie von allen Rednern anerkannt wurde, eine ungemein günstige ist. Obwohl nach dem Staatsvoranschlag für 1911 nur 32,5 Millionen Mark dem Ausgleichsfonds überwiesen werden sollten, hat diese Summe in Wirklichkeit die staatliche Höhe von etwa 100 Millionen erreicht. Trotzdem sind die Einnahmen in den neuen Etat wieder so vorsichtig aufgestellt, daß der Etat ein richtiges Bild von der glänzenden Entwicklung der Eisenbahnen nicht gibt. Zur Aufklärung sind die gewaltigen Ueberschüsse in der Hauptfrage auf den wirtschaftlichen Aufschwung, in zweiter Linie auf die Jahre des letzten Sommers, in dem die Schifffahrt monatelang ganz oder größtenteils daniederlag.

Hält die Regierung und hält der Landtag angefaßt dieser guten Finanzentwicklung endlich die Zeit gekommen, um Reformen großen Stils ins Werk zu setzen? Diese Frage muß leider verneint werden. Die reaktionäre Mehrheit des Dreiklassenparlamentes will davon nichts wissen, und auch der Minister von Breitenbach warnt, obgleich er erklärt, daß die Eisenbahnen in erster Linie ein Verkehrsinstitut, nicht aber ein Finanzinstitut sind, vor einem allzu raschen Tempo in der Frage der Tarifermäßigungen. Solche Maßnahmen dürfen seiner Ansicht nach nur mit großer Vorsicht und nur dann ergriffen werden, wenn ein dringendes Bedürfnis dazu vorliegt. Auch das große Heer von Beamten und Arbeitern hat natürlich keinen Vorteil von den Ueberschüssen, die gelegentlichen Körperchaften betrachten die vor drei Jahren abgeschlossene Besoldungsreform als etwas Unantastbares.

Im allgemeinen verlief die Debatte trocken. Etwas Abwechslung brachten in den ruhigen Verlauf nur die Redner der konservativen Parteien, von denen der eine „im Interesse der Verkehrssicherheit“ ein scharfes Vorgehen gegen den Transportarbeiterverband und die Sozialdemokratie forderte, während ein anderer darüber jammerte, daß die Regierung die Bahnhofs-Euchändler nicht antwef, die konservativen Prehorgane dem reisenden Publikum anzubreden. Daß der Verkauf sozialdemokratischer Schriften auf Bahnhöfen verboten wird, hält derselbe Redner natürlich für etwas durchaus Bernünftiges und Gerechtes.

Die Vertreter unserer Partei werden erst im weiteren Verlauf der Debatte, die am Mittwoch fortgesetzt wird, das Wort ergreifen.

### Der bayerische Jesuitenklaf in der Kammer der Reichsräte.

In der heutigen Sitzung der bayerischen Kammer der Reichsräte kam es zu einer kleinen Jesuitendebatte. Graf Lörring-Jettenbach führte aus: Auch ich begrüße den neuen Minister des Innern, Freiherrn v. Soben, da ich seine Eigenschaften zu schätzen weiß. Ich begrüße aber auch seine Genealogie aus einem anderen Grunde. Ich bin der Ansicht, daß die Kirche sehr weise gehandelt hat, als sie ein Ministerium freier ließ, welches die gleiche Ueberzeugung teilt wie die Mehrheit der Kammer der Abgeordneten. Ich glaube, daß wir uns auf diese Weise dem parlamentarischen System nähern, einem System, das wir auch auf die Dauer weder in Bayern noch in Deutschland mehr entbehren können. Ich glaube, daß die neuen Minister bestrebt sein werden, ihr Amt in weiser Mäßigkeit zu führen, gemäß dem höchsten Auftrage. Ich befürchte aber, daß sie nicht die Kraft haben werden, dem Drucke Widerstand zu leisten, der auf sie ausgeübt wird von Seiten derjenigen Partei, die hinter ihnen steht. Wir haben in dieser Beziehung erst vor wenigen Tagen ein Osterschicksal bekommen in der Form des letzten Jesuitenklafes, eines Klafes, von dessen Nützlichkeit und Notwendigkeit ich mich bisher nicht habe überzeugen lassen. Es werden aber auch noch andere Fragen an die Minister herantreten, welche von größter Wichtigkeit sind, Fragen, welche sich beziehen werden auf die Schule, das Verhältnis von Staat und Kirche zueinander und auf die weitere Verhandlung der Sozialdemokratie. Bekannterweise waren die Arbeiterorganisationen bisher in Bayern gleich behandelt worden, wenn sie sich innerhalb des Rahmens des Rechts und der allgemeinen Ordnung hielten. Nun hat das Zentrum dem früheren Verkehrsminister v. Frauenhofer den Vorwurf gemacht, er habe diejenige Organisation, die eine Anlehnung habe an die Sozialdemokratie, besonders begünstigt, eine Behauptung, für die es die Beweis schuldig gehalten ist. In Wirklich-

fest war es der Partei darum zu tun, eine ihr gegnerische Organisation zu unterdrücken. Wie wird es nun mit der Frage der Sozialdemokratie gehalten werden? Wir hatten bisher in Bayern ein System des „Leben und leben lassen“, das sich ausgezeichnet bewährt hat. Bei uns bestehen nicht die Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Nichtsozialdemokraten wie in anderen deutschen Staaten. Fügt sich nun die neue Regierung in die Majorität der Kammer der Abgeordneten, so werden unerfreuliche Zustände eintreten. Es wird viel Unzufriedenheit geben, das Resultat wird aber sein, daß nicht ein Arbeiter aus der Sozialdemokratie austritt und in das Lager des Zentrums übergeht. Wenn die Staatsregierung diesen Fragen gegenüber Stellung genommen haben wird, dann werde ich für mich entscheiden, ob ich der Staatsregierung das Vertrauen aussprechen kann.

Minister des Innern Freiherr v. Soden entgegen: Der Vorredner geht von einer falschen Voraussetzung aus, wenn er davon gesprochen hat, daß das neue Ministerium wohl den Anfang zu einem parlamentarischen System bedeuten werde. Ich muß nachdrücklich feststellen, daß das neue Ministerium kein Parteiministerium ist. Es ist auch von allerhöchster Stelle nicht als solches berufen worden, und es ist seine Pflicht, in dem Sinne, in dem es berufen wurde, seine Tätigkeit zu entwickeln. Wenn das Ministerium mehrfach ein konservatives genannt worden ist, so hat dies einen anderen Sinn. Ich betone, daß es zutreffend ist, daß die neuen Minister von einem konservativen Geiste geleitet sind und von einem solchen aus die Geschäfte zu vollziehen haben werden, die ihnen durch die Uebertragung des Amtes seitens der Krone obliegen. Graf Törring hat auch den Jesuitenerlaß und den Süddeutschen Eisenbahnerverband gestreift. Der Jesuitenerlaß ist eine Notwendigkeit gewesen und ebenso auch das, was der Verkehrsminister in den allerletzten Tagen veröffentlicht hat. Ueber den Jesuitenerlaß ist heute schon in den Zeitungen eine offizielle Notiz zu finden. Es handelt sich bei der Auslegung des Jesuitenerlasses um eine Verordnung, die in voller Uebereinstimmung aller Minister erfolgt ist.

Reichsrat Graf Preysing behauptete, daß von einem Mitglied der Kammer die Notwendigkeit eines allmählichen Ueberganges zum parlamentarischen System betont worden sei, und der Reichsrat Freiherr v. Würzburg bemerkte, daß er die Anschauungen des Grafen Törring nicht teile.

### Wo bleibt die Erhöhung der Soldatenlöhne?

Mit großem Eifer ist angekündigt worden, daß mit der neuen Militärvorlage eine Erhöhung der Mannschaftslohnung eintreten werde. Die nunmehr vorliegende Militärvorlage enthält davon kein Wort. Der Vorlage ist eine Ergänzung des Etats beigegeben, in der die Mehrausgaben für 1912 spezifiziert sind. Kapitel 24, Titel 7 des Etats enthält die Ausgaben für die Löhnung, und hier werden festgesetzt für einen Soldaten für das Jahr 79,20 M., das Jahr zu 360 Tagen gerechnet, das ist also pro Tag 22 Pfennige, somit die jetzige Löhnung. Demnach schlägt die Regierung keine Erhöhung der Mannschaftslohnung vor. Vielleicht überläßt man es den Parteien, einen solchen Antrag zu stellen und stimmt ihm dann zu, um den bürgerlichen Parteien einen Beweis des „Entgegenkommens“ zu geben.

### Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Sitzung vom Dienstag, die von der Regierung geforderten und von der Budgetkommission bereits bewilligten 650 000 M. zur vorübergehenden Verstärkung der deutschen Schutztruppen in China abzulehnen, weil diese Forderung eine notwendige Folge unserer ganzen Kolonial- und imperialistischen Politik ist.

### Der Vatikan und die Kölner Zentrumskirche.

Die gegen die Kölner Zentrumskirche kämpfende sogenannte Berliner katholische Richtung erfreut sich einer fortgesetzten Begünstigung durch den Vatikan. Wie das „Katholische Deutschland“, die vor kurzem gegründete Wochenschrift der katholischen Aktion, eine der beständigsten Gegnerinnen der „Köln. Volkszeitung“, in ihrer Sonntagsausgabe mitteilt, daß der Pfarrer Nieborowski, der Führer der katholischen Aktion, mit Schreiben des Kardinals Merly del Val durch die Vermittlung des Kardinals Köpp für die Herausgabe des „Katholischen Deutschlands“ päpstliche Anerkennung und Ermächtigung erhielt.

### Aus der Kirche ausgetreten.

Abd. wie das Komitee „Konfessionslos“ berichtet, in Hamburg mehr als 20 Volksschullehrer unter Führung des Direktors Gustav Post.

### Zur Nachwahl in Varel-Jever.

Aus dem Wahlkreise wird uns geschrieben: In dem Wahlkreise Varel-Jever stehen sich jetzt bereits vier Kandidaten als Bewerber um das Mandat des ehemaligen Abgeordneten Troeger gegenüber. Zu unserem Genossen Hug und dem Fortschrittler Wiemer sind noch der Kandidat der National-Liberalen, der Hamburger Rechtsanwalt Dr. Albrecht, sowie der Ackerlorener der Bauernbündler Hrdr. v. Hammerstein gekommen. Die National-Liberalen konnten sich weder auf den legalen Kandidaten Oberlehrer Dr. Strube, noch auf den schon mehrfach genannten Kandidaten Edder-Müllringen einigen. Die Bündler aber mögen ebenso wenig den Drehscheibenmann leiden und nominieren deshalb einen eigenen Mann.

Im Wahlkreise arbeiten die Fortschrittler mit Hochdruck, um das Mandat zu retten. Unsere Genossen treten ihnen jedoch in allen Versammlungen mit Erfolg entgegen. So war jüngst Genosse Rollenbühr im Kreise anwesend, während ihm vorausschicklich in den nächsten Tagen Scheidemann folgen wird.

### Die „anfälligen“ Mittel der Konservativen.

Auf dem schließlichen Parteitag der Konservativen sagte bekanntlich Herr v. Heubrand, wir, die Konservativen, führen den Wahlkampf mit anfälligen Mitteln. Wie die „anfälligen“ Mittel der Herren Konservativen aussehen, davon ein Beispiel aus dem eigenen Wahlkreise des ungelakten Königs von Preußen sei es. Der national-liberale Kandidat, Gutschäpater Schmidtals, wurde von dem konservativen Wanderagitorator Adler-Wreslau verdächtigt, daß ihm die Breslauer Judenpartei für seine Kandidatur 100 000 M. zugesichert habe. Außerdem beschimpfte Adler Herrn Schmidtals als politisches Chamäleon. Die öffentliche Warnung des Beleidigten beantwortete Adler mit einer neuen Beleidigung und erbot sich sogar öffentlich, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen zu erbringen. Das ist ihm allerdings vor Gericht nicht gelungen, denn das Breslauer Schöffengericht verurteilte den konservativen Agitorator zu der geringen Strafe von 30 Mark. Das Gericht muß also demnach zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß die Kampfmittel der Konservativen doch nicht so ganz anfällig sind, denn sonst wäre es nicht zu einer Verurteilung gekommen.

## Gegen das Spiritusmonopol.

Der Gesamtverband des Bundes deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten, der 38 Einzelvereine der Spiritus verarbeitenden Industrien aller Gegenden Deutschlands in sich vereinigt, trat in der Handelskammer zu Berlin zu einer Sitzung zusammen, um zu der Regierungsvorlage wegen der Aufhebung des Kontingents Stellung zu nehmen. Nach mehrstündiger Beratung wurde von den 40 anwesenden Vertretern einstimmig ein Beschluß gefaßt, nach welchem die Einführung eines staatlichen Spiritusmonopols als eine andauernde und nicht wieder gut zu machende Schädigung der Spiritusbrenner beurteilt wird. Alle Kräfte müsse eingesetzt werden, um sowohl die Gefahr eines Spiritusmonopols als auch jeden gesetzlichen Eingriff in die Branntweinbesteuerung abzuwenden. Beharre die Regierung auf ihrem Vorschlag, das Kontingent abzuschaffen, so müsse gefordert werden, daß zugleich mit der Aufhebung des Kontingents die gesetzlichen Bestimmungen über den Durchschnittsbrand und den Vergütungszwang beseitigt werden, die erst durch das Gesetz vom Jahre 1909 neu geschaffen worden sind.

### Die „gesundheitlichen“ Vorschriften bei der Viebesgaben-Aufhebung.

Das Verbot der Verwendung von Methylalkohol kann vom gesundheitlichen Standpunkt nur unterdrückt werden. Diese rein hygienischen Gründe scheinen aber für die Regierung allein nicht ausreichend zu sein. Betont sie doch in ihrer „Begründung“ an erster Stelle ausdrücklich, daß „das Verbot vom Standpunkt der Reichsfinanzen angeht“, weil die Verwendung des Methylalkohols an Stelle des Äthylalkohols das Ausfließen von Branntweinsteuern beeinträchtigt“. Das finanzielle Interesse der Regierung und das Profitinteresse der Agrarier steht hier für die Regierung ebenso im Vordergrund wie bei der Verpflanzung, Trinitrotoluol mit einem Alkoholgehalt von weniger als 25 Prozent kennlich zu machen. Diese Maßnahme ist vielmehr geeignet, die Schnapspest weiter zu verbreiten. Sie bedeutet einen Anreiz hochgradigen Alkohols zu genießen. Auch bei dieser Vorschrift ist das steuerliche Interesse der Regierung ausschlaggebend: sie soll die Einschränkung des Konsums von Schnaps verhindern. (Nicht ihr dienen, wie es in unserem geistigen Artikel infolge eines Druckfehlers hieß.) Aufgabe der Arbeiterschaft ist es daher, durch strenge Befolgung des Boplotts den Schnapsverbrauch weiter zu senken, zumal trotz Aufhebung der Viebesgabe die Konsumenten nach wie vor die ganze Verbrauchsabgabe zu tragen haben werden.

### Oesterreich.

#### Judengeld für die Patentschriften.

Zu dem Wahlfonds der den Wiener Gemeinderatswahlen entgegenwindelnden Christlichsozialen trägt die Oesterreichische Länderbank hervorragend bei: Sie gibt den Christlichsozialen Stadtgewaltigen einmal eine Provision dafür, daß diese ihre Kniechen bei der Länderbank machen und das geborgte und gut zu verzinsende Geld zu niedrigerem Zinsfuß in der Bank arbeiten lassen. Nun hat der gemahregelte Magistratsbeamte Wolfel — herausgeworfen wegen Kritik an der Uebergebung der sächsischen Beamten, mit deren reichen Stammesgenossen die Schwarzgenossen so intim sind — in einer Heer Sektionschef Sieghard: leitet, ebenfalls den Herrlich-anti-semitischen Wahlfonds speist. Und in der schwarzen Reichsratsfraktion habe „Reichsmarschall“ Gehmann in einem Atem erklärt: daß Sieghard unter vier Ministerien der Freund der Christlichsozialen war und daß man auf ihn öffentlich schimpfen müsse — „damit man es nicht so merkt!“ Ein Jesuit nach dem Herzen der Herrlich und Gehmann!

#### Die ungarische Krise.

Wien, 16. April. Der ungarische Ministerpräsident Graf A. H. von Sederbary hat sich entschlossen, dem Kaiser sein Entlassungsgesuch zu überreichen. Er reist heute zu diesem Zwecke nach Wien. Zu seinem Nachfolger wird nach der allgemein herrschenden Ansicht Finanzminister Rakocsi ernannt werden.

#### Der Diktator auf dem Arbeiterfang.

Der zum allmächtigen Beherrscher und „Beruhiger“ Kroatiens ernannte Vanus von Cuday hat in einem Erlaß das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiter völlig anerkannt und den Behörden aufgetragen, Lohnkämpfe als private Parteistreitigkeiten zu betrachten. Die Streiklager der Arbeiter, die man in Ungarn so oft auseinandergejagt hat, erklärt Cuday für nützlich und unterstützungswürdig, jedoch — müssen sie möglichst weit von den Betrieben sein, in denen gestreikt wird. Und selbstverständlich gelten die unerschämten Preßnebelungenberlässe in erster Linie für die Arbeiterpresse. Der zur völligen Unterwerfung Kroatiens unter das ungarische Junferregime ausgesandte „Königliche Kommissar“ wird ja sehen, welchen Erfolg seine Veruche haben werden, die Arbeiter durch momentanes Entgegenkommen in die dauernde Rechtlosigkeit der ungarischen Oligarchie zu locken.

### Frankreich.

#### Auch ein Attentat.

Aus Paris schreibt man uns: Die streikenden Chauffeurs hatten ohne Wanken im Auslande aus und die Kraft ihrer Organisation verdirgt ihnen die ungeschwächte Fortdauer ihres Widerstands. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß kein vernünftiger Mensch die von neuem auftauchenden „Bombenattentate“ auf die von Streikbrechern geführten Automobile den Ausländern zuschreiben geneigt war. Der Ordnungspresse, voran dem „borenehmen“ „Tempo“ waren sie freilich ein Anlaß förmlicher Delirien, worin nichts weniger als die Auflösung der Gewerkschaft, womöglich die Verhaftung der Organisationsleiter wegen „Verdachts“ der Mitschuld, kurz alle zur Niedererschlagung des Streiks geeigneten Maßregeln gefordert wurden. Die Gewerkschaft hat sofort gegen die infamen Verdächtigungen protestiert und die Willkürhaftigkeit der Gewaltmaßnahmen dargelegt.

#### Am Sonntag ist nun ein neues „Attentat“ aufgedeckt worden.

Streikende Chauffeurs hatten zur Anzeige gebracht, daß auf sie Revolvergeschosse aus einem Automobil abgegeben worden seien, als sie nachts das Gewerkschaftshaus verließen. Die Polizei vermochte den Chauffeur dieses Wagens festzuhalten. Dieser, ein gewisser Dumeg, behauptete, daß just er Revolvergeschossen ausgelegt gewesen sei, die zu Unrecht gegen ihn abgegeben hätten. Zum Beweise zeigte er zwei Schußlöcher in einer Wand des Wagens und eine zerbrochene Fensterscheibe. Glücklicherweise war der Polizeikommissar nicht geneigt, dem Weiben auf's Wort zu glauben. Er stellte durch Jungen fest, daß die Schüsse durchweg aus dem Wagen gefallen waren. Er nahm nun Dumeg ins Gebet und das Resultat war, daß dieser verhaftet wurde. Die Schüsse gegen den Wagen hat Dumeg in der Garage selbst abgegeben, um für seine Missetaten einen Beweis zu haben.

### Spanien.

#### Die Greul von Figueras.

Ein Redakteur des „Gaceta“ in Madrid hat sich Eingang in das Schloß von San Fernando zu verschaffen gemocht. Das seit einigen Jahren als Staatsgefängnis dient. Seine Berichte rufen in ganz Spanien ungeheure Erregung hervor, denn die Zustände in diesem Gefängnis übertreffen noch die Schrecken von Montjuich. So wurde eine Gefangener, der

einen anderen vor Mißhandlungen eines Kaffehäfers schützen wollte, in eine Zelle geschleppt, wo zwei Revolvergeschosse auf ihn abgefeuert wurden. Er liegt im Gefängnis. Die schlimmsten Dinge aber spielen sich in einem Raum ab, der „Sibirien“ genannt wird. Der Journalist hat dort 19 halbnackte Männer gesehen, die an der Mauer angeketten waren. Der Abstand von einem zum anderen beträgt einen Meter. Die einzige Lichtöffnung hat 50 Zentimeter Höhe und 10 Zentimeter Breite. Ein in der Mitte stehender Kübel dient zur Aufnahme der Exkremente. Die 19 Gefangenen sind in diesem Raum seit dem Juni v. J. interniert und seit dieser Zeit ist es ihnen verboten, miteinander zu sprechen. Wird jemand bei der Uebertretung dieses Verbots erfaßt, erhält er 200 Stockhiebe. Die Gefangenen schlafen auf der bloßen Erde und erhalten zur Ernährung nur trockenes Brot und Wasser.

Die bürgerliche Presse aber wird in ihrem internationalen Sympantismus fortfahren, einige Anekdotchen über Alfonsens „Liberalismus“ zu erzählen.

## Soziales.

### Moral eines Arbeitgebers.

Die Staatsanwaltschaft ersucht um Abbruch des unferen Refern bereits bekannten Urteils in der Strafsache gegen unseren verantwortlichen Redakteur Genossen Barth. Wie kommen nachstehend dem Ersuchen nach.

In der Strafsache gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Richard Barth, zu Berlin, Adalbertstr. 20, geboren am 10. November 1882 zu Zimenau, Dissident, wegen Vergehens gegen §§ 188, 200, 81, 41 des Strafgesetzbuchs, § 20 des Reichs-Preßgesetzes, hat die Ferienstrassammer des Königl. Landgerichts I in Berlin in der Sitzung vom 4. September 1911 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Beleidigten wird die Befugnis zugesprochen, binnen einem Monat nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils durch einmalige Einladung des Urteilsleners in demselben Teile des „Vorwärts“ und mit derselben Schrift, wie der Abbruch des beleidigenden Artikels geschehen ist, die Verurteilung des Angeklagten auf dessen Kosten bekannt zu machen.

Der Artikel in sämtlichen Exemplaren des „Vorwärts“, Nr. 306, vom 30. Dezember 1910, mit der Ueberschrift: „Soziales, Moral, eines Arbeitgebers“ ist unbrauchbar zu machen, dergleichen die zu seiner Herstellung bestimmten Blätter und Formen.

### Wie es in einer ärztlich geleiteten Ortskrankenkasse aussieht.

In der Generalversammlung der Hochmer Ortskrankenkasse erfaßte der Revisionsausschuß über die in der Kasse vorgekommenen Unregelmäßigkeiten Bericht. Die gesamten Vorstandmitglieder sind, soweit Arbeitnehmervertreter in Frage kommen, christlich.

Die Revision hat sich auf die Jahre 1907—1910 erstreckt. Es sind, soweit eine Prüfung möglich war, 278 Beanstandungen vorgekommen. Da nicht ordnungsgemäß Protokolle geführt wurden, ferner eine große Anzahl Dokumente verschwunden sind, so ist eine genaue Untersuchung überhaupt nicht durchzuführen. Des weiteren sind eine Anzahl von Fällen der gerichtlichen Untersuchung übergeben, so daß auch diese aufscheiden.

Aus dem Bericht der Revisoren geht hervor, daß eine geradezu haarsträubende Lotteriewirtschaft in der Verwaltung der Kasse geherrscht hat.

Der Vorsitzende hat fogsagen unbeschrieben alles unterschrieben, was der Rendant vorgelegt, und der Rendant hat diese Unachtsamkeiten weidlich für sich ausgenutzt.

Der Rendant war, obwohl er neben einer herrschaftlichen Wohnung ein Gehalt von 7000 M. bezog, Mitglied der Kasse, und ließ sich als solcher die teuersten Soden verschreiben, oder verschrieb sie sich selbst, suchte Sanatorien auf und machte von den 15 M. pro Tag ihm zustehenden Reisepfennig nicht acht zweiter Klasse recht reichlich Gebrauch. Der Rendant ließ sich für 875 M. Utenfilien für den Hausgebrauch verschreiben, abonnierte nicht weniger als 29 Zeitungen, ließ sich in der Unfallversicherung versichern und sich eine Weihnachtsgratifikation in Höhe eines Monatsentkommens geben. Die Hundebrestur — obgleich niemand den Hund gesehen hat, für den trotzdem Hundebestrafung angeschafft worden war — die Erteilung von Turnunterricht an eine Dame, alles wurde auf Konto der Krankenkasse gefehrt. Obgleich die Generalversammlung sich gegen eine Einweihungsfeier aussprach, wurde sie doch veranstaltet und für Essen und Wein 265 M. verausgabt. Um die Kranken schnell wieder gesund zu bekommen, wurden den Gekrankten der Krankenhäuser hohe Zuwendungen gemacht. Um die persönlichen Verwaltungskosten nicht zu hoch erscheinen zu lassen, wurden die Gehälter der Kontrolleure im Betrage von 4041 M. unter „Dienst- und Hilfeleistung in der absterben Grilande“ gebucht. 16 908 M. Pflegekosten an Krankenhäuser wurden statt für 1910, erst im Jahre 1911 gebucht, um dadurch den Jahresabschluss günstiger zu gestalten. Diese Proben mögen genügen.

Der Vorsitzende erstelt einen Betrag von 30 000 M. gegen die Verpflanzung seines Warenlagers gefahren. Die Summe ist jedoch zurückgezahlt.

Zu alledem hat der Vorstand Ja und Amen gesagt. Ein christliches Vorstandmitglied führte aus, als er im Jahre 1910 beantragt habe, daß regelmäßig Protokoll geführt werden sollte, hätten seine Kollegen diese Anregung abgelehnt.

Die von der Kommission beantragte Stellung von Regreßansprüchen an den Vorsitzenden und den Rendanten wurde bis zur nächsten Generalversammlung vertagt, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

Die Herrschaften, die bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung so viel von sozialdemokratischer Mißwirtschaft in den Ortskrankenkassen faselten, haben hier einen feiten Sappen.

### Städtische Arbeitslosenversicherung in Stuttgart?

Seit Jahren schon drängen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter Stuttgart auf die Einführung der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung. Nunmehr ist vom Stadtschultheißenamt eine Denkschrift über gemeindliche Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet worden, in der vom Referenten die Einführung des Center Systems, wie es auch in Strahburg zur Einführung gelangt ist, unter Einschluß der Sparanrichtung empfohlen wird. Ein Betrag von jährlich 10 000 M. wird als zunächst ausreichend erachtet. Die Unterstützung soll in Form von Zuschüssen an Berufsvereine gewährt werden. Zu der Unterstützung der Gewerkschaft soll ein Zuschuß von 50 Proz., jedoch höchstens eine Mark pro Tag, gewährt werden. Die Arbeitslosigkeit muß aber „unverschuldet“ sein, der Empfänger muß mindestens ein Jahr in Stuttgart wohnen. Der Zuschuß endigt mit dem Aufhören der Unterstützung des Berufsvereins, oder sobald dem Arbeitslosen solche Arbeit nachgewiesen wird, welche das Arbeitsamt nach dessen Vorbildung, Beruf und körperlichen Verhältnissen als angemessen ansieht. Auswärtige Arbeit muß von Ledigen immer, von Verheirateten nur dann angenommen werden, wenn das Wohnen bei der Familie dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die feiner Gewerkschaft angehörigen invalidenversicherungspflichtigen Arbeiter und Arbeiterinnen können ein Sparguthaben bei der städtischen Sparkasse bis höchstens 80 M. anlegen und erhalten im Falle der Arbeitslosigkeit von den Abhebungen 50 Proz. Zuschuß, jedoch höchstens 1 M. pro Tag.

(Siehe auch 1. Beilage.)

# Gewerkschaftliches. Parteiliche.

Schimpfen, Verdrehen, Fälschen und Verleumden ist die starke Seite des Führertums vor und hinter den Kulissen der Zentrumsbewegungen. Sie denunzierten die freien Gewerkschaften als Knechte der sozialdemokratischen Partei. Fromm und frech logen sie weiter, das Knechtsverhältnis fordere Preisgabe von Arbeiterinteressen. In zwei Artikeln, in den Nr. 64 und 75 des „Vorwärts“ schilderten wir das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, soweit die Sozialdemokratie und das Zentrum in Frage kommen. Das Herausstellen unbestreitbarer und bekannter Tatsachen hat die Christen arg verschüppelt, denn es beweist klipp und klar folgendes: Die freien Gewerkschaften sind wirklich frei, ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie bedeutet eine Nachbesserung für sie, und verstärkt ihren sozialpolitischen Einfluss, bedingt aber keinerlei Opfer. Niemals haben die freien Gewerkschaften im Interesse der Partei auf gewerkschaftliche Forderungen verzichtet. Die christlichen Gewerkschaften dagegen sind abhängig von der Zentrums-Partei. Deren parteipolitischen Bedürfnisse verlangen sehr oft eine Preisgabe gewerkschaftlicher Forderungen und von Arbeiterinteressen. Die christlichen Gewerkschaftsführer fügen sich unbedingt solchen Parteiansprüchen und verteidigen die Befämpfung der von christlichen Gewerkschaften erhobenen Forderungen. Anerkanntermaßen sind die christlichen Gewerkschaften sogar in ihrer Taktik und ihrem Bestehen von einem dritten Willen, dem der katholischen Kirche, abhängig! Unleugbar ist somit bewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrem Wesen und ihren Aktionen unfrei sind, daß sie in einem den Arbeiterinteressen schädigenden Abhängigkeitsverhältnis zur Zentrums-Partei stehen.

Daß die Christen in ihrer bekannten „Bescheidenheit“ auf eine sachliche Diskussion über diese Frage verzichten würden, konnte man sich denken. Solchen unbequemen Sachen geht man gern aus dem Wege. Es kam wie wir voraus sagten, man schwindelt einfach weiter, unterschlägt den Lesern der politischen und gewerkschaftlichen Zentrumspreise was sie nicht wissen dürfen. Ohne etwas von dem Inhalt unserer Artikel anzuführen, konstatiert die „Köln. Volkztg.“, diese sich immer sehr ehrsam gebende Dame, daß der „Vorwärts“ einen vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften unterzeichneten Aufruf zwecks Unterstützung der streikenden Bergarbeiter veröffentlicht habe! — Das sollen die unschuldsvollen Leser als Beweis für das Abhängigkeitsgefühl der Gewerkschaften von der Partei hinnehmen. Noch reizender macht es die „Westf. Arbeiterztg.“ des Herrn Giesberts. Zu unserer Feststellung, daß hier wie dort eine Personalunion bestehe, christliche Gewerkschaftler im Zentrum, freie in der Sozialdemokratie in leitenden Stellen tätig seien, bemerkt das Blatt entrüstet, christliche Gewerkschaftler gehören nicht nur dem Zentrum, sondern auch der nationalliberalen Fraktion und der christlich-sozialen Partei an. Allerdings, wir haben die Schande der Christen nicht scharf genug betont. Zweck Deforum der Interkonfessionalität lassen sie einen Antisemiten, Behrens, als hervorragenden Christengewerkschaftler paradien. Wenn wir solche Unstimmigkeiten in einer sogenannten „neutralen“ Gewerkschaft nicht als etwas Typisches hervorhoben, dann beweist das eben unsere Sachlichkeit. Noch mehr gilt das mit Bezug auf den nationalliberalen christlichen Gewerkschaftler. Damit ist der in Hochmuth genährte Vertrauensmann der Großindustriellen, der verrufensten Scharfmacherei, Heemann, gemeint. Soweit geht nämlich die Knechtsrolle der christlichen Gewerkschaften, daß sie den bisher als Streikbrecher verschrienen Heemann mit dem „Ehrenschein“ des christlichen Gewerkschaftlers schmücken mußten, nachdem das Zentrum den katholischen Arbeitern seine Wahl befohlen hatte. So kommen die Christen zu Gewerkschaftsführern! Gätten wir erklärt, die christliche Gewerkschaftsbewegung sei schon vollständig auf den Nationalliberalismus der Scharfmacher angelangt, würden die lieben Christen über Verleumdung gezerrt haben; nun sie selbst ihre Schande auf den Markt tragen, zwingt uns nichts mehr, sie nicht gehörig zu beleuchten. Doch weiter! Unsere Konstatierung, daß die Sozialdemokratie ihre Mitglieder verpflichtet, soweit als möglich, irgendeiner Gewerkschaft anzugehören, versteht die „Westdeutsche“ mit einem geistreichen (ah! D. N.) und („irgendeiner“) ist sehr gut! D. N.). Die Leser sollen natürlich an Schwindeleien glauben; aber dem Schreiber der tiefgründigen Bemerkungen ist mindestens so gut eins wie uns bekannt, daß es für Sozialdemokraten und für Unternehmer, deren die Sozialdemokratie doch auch unter ihren Mitgliedern zählt, keine gewerkschaftliche Organisation gibt. Dieses (ah!) illustriert trefflich die Sachlichkeit und Höhe — gewerbereins-christlicher Diskussion. Daß sie nicht ausreicht, empfinden die Macher auch wohl selbst, darum halten sie eine niedliche Fälschung noch für erforderlich. Das Christenblatt schließt mit folgendem Knalleffekt:

„Wir wollen nicht versehen, auch dem oben zitierten Satz: „Jeder Parteifunktionär soll gewerkschaftlich organisiert sein“ der Vollständigkeit halber noch folgende Ergänzung zu geben: „Und die freien Gewerkschaften stellen keine Beamten an, die nicht nachweisen können, daß sie seit mehreren Jahren der (sozialdemokratischen) politischen Organisation angehören.“

Die Leser sollen glauben, der letzte Satz sei ein wörtliches Zitat aus unseren Artikeln. In Wirklichkeit ist es ein christliches Phantasieprodukt, eine Fälschung der „Westf. Arbeiterzeitung“. Und zudem ist die Behauptung — wir sagen leider — nicht einmal richtig. In freien Gewerkschaften gibt es in Wirklichkeit nichtsozialdemokratische Funktionäre, aber sicherlich keine sozialdemokratischen in den Zentrums-Gewerkschaften. Soweit geht deren Neutralität und Freiheit nicht, während die freien Gewerkschaften auch in dieser Beziehung tatsächlich gar keinem fremden Zwang unterliegen. Wie es mit der Neutralität der Zentrums-Gewerkschaften bestellt ist, das plaudert in aller Harmlosigkeit — als eine Selbstverständlichkeit, die offiziöse „Nordd. Allgem. Ztg.“ — Nr. 87 — aus. In einer Betrachtung über den inneren Kampf im Zentrum schreibt sie:

„Von praktischer Bedeutung mußte dies den konfessionell gemischten christlichen Gewerkschaften gegenüber werden, die man beim Kampf mit der Sozialdemokratie nicht fern zu entzweien vermochte, während die rein katholischen Fachparteien an politischem Gewicht zu weit hinter den Gewerkschaften zurückblieben.“

Also Knechte des Zentrums im Dienste des Kampfes gegen Sozialdemokratie sind die christlichen Gewerkschaften nach dem Urteile der „Nord. Allgem. Ztg.“, die seit der von den Christenführern bewiesenen Streikdrückstrategie für diese Selben eine sehr große Liebe kultiviert und von den Christen selbst auch wiederholt als Kronzeugin für ihr Wohlverhalten ins Feld geführt worden ist.

Bezantw. Redakteur: Albert Rads, Berlin. Inseratenteil bezantw.:

Die „Westf. Arbeiterztg.“ kann die Knechtsrolle der christlichen Gewerkschaften nicht leugnen; sie reklamiert eigentlich nur das Anerkennung, daß sie auch einen antisemitischen und nationalliberalen Einschlag habe. Das ist unbestreitbar, denn auch das entspricht den Bedürfnissen und Anforderungen ultramontaner — Parteipolitik, die immer den Interessen der herrschenden Sippe, nicht denen der Arbeiter dient.

## Berlin und Umgegend.

Die Lohnverhältnisse in den Schraubenfabriken haben den Arbeitern oft Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben. Im November 1910 wurde nach einem vorausgegangenem Streik eine Vereinbarung zwischen dem Verein der Schraubenfabrikanten und dem Metallarbeiterverband abgeschlossen. Darin wird unter anderem bestimmt, daß bei Lohnarbeit den Arbeitern nicht weniger als 60 Pf., den Arbeiterinnen nicht weniger als 57½ Pf. pro Stunde gezahlt werden darf. Nicht alle Firmen haben diese Verpflichtung erfüllt. Es kam deshalb nicht lange nach dem Abschluß der Vereinbarung wieder zur Arbeitsniederlegung bei mehreren Firmen. Eine Reihe von Unternehmern hielt sich dann an die Vereinbarungen, andere aber gaben mit der Zeit immer mehr Anlaß zur Klage. Neuerdings haben sich die Verhältnisse gegen die Vereinbarung von 1910 so gehäuft, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schraubenbranche veranlaßt sahen, in einer am Montag abgehaltenen, stark besuchten Versammlung dazugegenen Stellung zu nehmen. Der Referent Handtke führte unter anderem aus, es sei doch selbstverständlich, daß auch bei Akkordarbeit die in der Vereinbarung festgesetzten Stundenlöhne erzielt werden müssen. Das treffe aber in vielen Fällen nicht zu. Der Redner führte eine große Reihe von Beispielen an, wo Arbeiterinnen in Akkord bedeutend weniger als den ihnen nach der Vereinbarung zustehenden Wochenlohn von 20 M. verdienen. Nach diesen Angaben kommen Wochenverdienste von 12 bis 15 M. häufig vor. In einzelnen Fällen geht der Wochenverdienst sogar bis 8 oder 9 M. hinunter. Bei den männlichen Schraubendrehern ist es nicht viel besser. Auch sie erreichen bei Akkordarbeit in vielen Fällen den festgesetzten Stundenlohn nicht. Statt 60 Pf. werden oft nur 50, 40 Pf. und noch weniger verdient. Von den Firmen, wo zum Teil erheblich weniger als der festgesetzte Stundenlohn verdient wird, nannte der Redner: Brandenburg, Erdmann u. Groß, Stärke, Buhle, Lüben u. Bufe, Reiche, um nur einige Beispiele aus der Reihe derjenigen herauszugreifen, wo der Akkordverdienst der Vereinbarung nicht entspricht. — Ein anderer Punkt der Vereinbarung bestimmt, die Akkordsätze sollen nach Bedarf vom 1. Januar 1911 ab so erhöht werden, daß der Stundenverdienst sich gegen früher um 7½ Proz. hebt. Auch diese Bestimmung wird nicht so durchgeführt, wie es sein mußte. Zwar sind die Akkordsätze nach dem 1. Januar 1911 erhöht worden. Aber dann wurden an den Arbeiten keine Änderungen vorgenommen, sie wurden deshalb als neue Arbeiten bezeichnet und neue Akkordsätze wurden festgesetzt, bei denen sich die Arbeiter nicht besser standen als vor dem Zuschlage von 7½ Proz. In der Vereinbarung wird ferner bestimmt, daß die Akkordsätze der freien Vereinbarung unterliegen. In den meisten Fällen kommt die „freie Vereinbarung“ so zustande, daß der Meister den Preis angibt und dem Arbeiter, der sich nicht damit einverstanden erklärt, zu verstehen gibt: Wenn das nicht paßt, der kann gehen. Die Firmen, welche in der angeführten Weise die Löhne drücken, behaupten, sie seien durch die auswärtige Konkurrenz dazu gezwungen. Das ist jedoch nur eine Ausrede, denn es gibt ja einige Firmen, welche die Vereinbarung innehalten und trotzdem nicht über die auswärtige Konkurrenz klagen.

Nachdem die vom Referenten angeführten Beispiele niedriger Entlohnung in der Diskussion noch durch zahlreiche Beispiele vermehrt worden waren, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche besagt:

„Die Versammlung erklärt, daß bei verschiedenen Firmen die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen bezw. Verdienste nicht als solche bezeichnet werden können, wie es nach den Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern vom Jahre 1910 zu erwarten ist. Deshalb sind die Kollegen bezw. Kolleginnen derjenigen Firmen, wo die Vereinbarung nicht innegehalten wird, verpflichtet, in Betriebsversammlungen zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen, damit in geeigneter Weise für eine Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse gesorgt wird. Falls es bei dieser oder jener Firma zu einem Streik kommen sollte, verpflichtet sich die Versammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Streikenden zu unterstützen.“

## Der Gau 7 (Brandenburg und Pommern) des Zentralverbandes der Schuhmacher

hielt am 14. April im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz ab. Vertreten waren 23 Zahlstellen und eine Einzelmitgliedschaft durch 43 Delegierte. Anwesend war ferner der Vorsitzende des Verbandes, Simon, sowie die Gaukommission. Beim 1. Punkt der Tagesordnung gab Hamacher einen Überblick über die Geschäftsperiode 1910/11. Er kam auf die allgemeine Lage im Gau zu sprechen, behandelte die Agitation im Gau, ließ die einzelnen Orte, wo in der Berichtsperiode versucht worden ist seitens der Organisation festen Fuß zu fassen, Revue passieren und richtete an die Delegierten den Appell, alles daran zu setzen, um den letzten Kollegen in die Reihen der Organisierten zu bringen. In den zwei Jahren wurden im Gau 402 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. Der Mitgliederbestand stieg um 556 Mitglieder. In der Diskussion ergänzten die Delegierten den Bericht des Gauleiters; sie schilderten die Verhältnisse in ihren Orten. Hauptächlich wurde über ungebührliche Lehrlingszucht berichtet. Habe so ein Lehrling ausgebildet, so müsse derselbe auswandern oder zu anderen Verufen übergehen, da für ihn in seinem Verufe keine Arbeit zu haben ist. Beim 2. Punkt standen Anträge zum Verbandstage zur Beratung. Im Laufe der Debatte kam Verbandsvorsitzender Simon in längeren Ausführungen auf die Agitation und Organisation zu sprechen. Er behandelte im besonderen die Unternehmerorganisation, die sich zu Bezirksverbänden zusammenschließen. Komme es zur Aussperrung, so beschränkt sich dieselbe nicht auf eine Stadt, sondern auf ganze Bezirke. Es müsse Aufgabe der Organisation sein, finanziell gestärkt dazustehen, um im Kampf mit dem Kapital auch gewappnet zu sein.

Nachdem die Anträge erledigt waren, schloß der Gauleiter Hamacher mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung die Konferenz.

## Moderne Werkmeisterorganisationen.

So lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Werkmeister-Versammlung, die, einberufen vom Lokalverein des Werkmeisterverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufe, am Montag im großen Saale der Arminalhallen stattfand. Der Referent, Ingenieur Flügge vom Bund der technisch-industriellen Beamten, schilderte den Wert einer in modernen Sinne gewerkschaftlichen Werkmeisterorganisation für die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Standes, einer Organisation, die dieses Ziel durch Stellenlosenunterstützung, Stellennachweis, Auskunfts- und, wenn es notwendig wird, auch durch Solidaritäts- oder Streikunterstützung zu erreichen sucht. Der Redner betonte ganz besonders, daß Unterhaltungen, die nur dem einzelnen Mitgliede oder seinen Hinterbliebenen zugute kommen, nicht, wie dies beim „Deutschen Werkmeisterverband“ der Fall ist, in den Vordergrund gestellt werden dürfen, sondern daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen die Hauptaufgabe der Organisation sein muß, und meinte, daß der Werkmeisterverband für das Buchbindergewerbe diesen Grundgedanken entspricht. — In der Diskussion vertrat ein Redner, für den Deutschen Werkmeisterverband, der seinen Sitz in

Düsseldorf hat und sich der Gunst der Prinzipale und der Behörden rühmt, Propaganda zu machen, hatte damit aber keinen Erfolg. Der Verlauf der Versammlung bewies vielmehr, daß man allgemein mit dem Referenten einverstanden war und in dem Werkmeisterverband für das Buchbindergewerbe und verwandte Berufe die zuständige und zweckentsprechende Organisation erblickte.

## Deutsches Reich.

### Zum Kampf in der Frankfurter Metallindustrie.

Frankfurt a. M., 16. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auf Anregung von Arbeitgeberseite wurden Verhandlungen eingeleitet zwischen den beiderseitigen Kommissionen, jedoch ohne Organisationsvertreter. Nach dreimaligem stundenlangen Verhandeln wurde darauf am Montag abends verlegt, jedoch stellten die Arbeitgeber den Kommissionsvertretern eine weitere Verhandlung in Aussicht. Ueber das Ergebnis wird beiderseitig Stillschweigen bewahrt. Inzwischen bemühen sich die Unternehmer, durch Inserate in auswärtigen Blättern Arbeitswillige anzulocken und durch das System der schwarzen Listen Abreisende zu kostbarisieren. Die Listen der Adler-Werke enthalten 2995 Namen, der Firma Napfarth u. Co. 535 Namen, der Firma Fries Sohn 431 Namen sein länderlich nach dem RVE mit Angabe des Berufs geordnet. Die Listen sind in Druck gelegt und tragen das Kennzeichen: Zu Nr. 67a/1912, 56 und 46.

Zuzug von Metallarbeitern jeder Art, Holzarbeitern, Lackierern und Sattlern ist unbedingt fernzuhalten.

Die organisierten Schuhmacher von Darmen reichten vor einiger Zeit an die Unternehmer Lohnforderungen ein. Obgleich die Löhne erbärmlich schlecht sind und seit 6 Jahren keine Erhöhung mehr stattgefunden hat, lehnte die Schuhmachervereinigung mit 27 gegen 10 Stimmen die Bewilligung jeglicher Erhöhung ab. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung nahmen die Gewerkschaften in diesem, jedem sozialen Empfinden hohen sprechenden Entscheid Stellung und beschloßen einstimmig, am Dienstag, den 16. April die Kündigung einzureichen, um durch einen Lohnkampf ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

## Ausland.

Der österreichische Transportarbeiterverband berichtete auf seiner Generalversammlung zu Opatowitz über folgende Steigerung der Mitgliederzahlen: 1904: 1483; 1906: 6786; 1909: 9049; 1911: 10 430. Ueber die Hälfte der Mitglieder sind in Wien, die Mitgliederzahl in der Provinz ist infolge des Separatismus und Nationalismus zurückgegangen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Das Erwachen der japanischen Frauen.

Dem Parla mente von Japan lag vor kurzem ein Antrag auf Aufhebung des für Frauen und Jugendlichen bestehenden Verbots der Teilnahme an politischen Versammlungen vor. Auf Verlangen der Regierung wurde er einem Ausschuss zugewiesen, aber von diesem einstimmig abgelehnt. Der Richter Richter im Plenum brachte die auch im Abendland nicht ganz unbekannt Redensarten von Vernachlässigung der Haushaltung, Störung des Hausfriedens, Zerstückung der Familie und dergleichen vor, die von dem Antragsteller, eine, entschieden bestrimmt wurden. Dieser betonte, man dürfe die Frauen Japans nicht mit den „unberühmten Frauengimmern Europas und Amerikas“ vergleichen. Sie seien vielmehr süßsam und gelehrt. Das gebe schon daraus hervor, daß die meisten japanischen Staatsmänner sich mit Wissen und Zustimmung ihrer Frauen Konventionen hielten. Welche amerikanische oder europäische Frau würde sich das gefallen lassen? Dieser Lobgesang konnte den Antrag ebensowenig retten, wie der Hinweis eines anderen Redners darauf, daß das Verbot aus der Zeit des Saigon-Aufstands (1877) komme, und daß darin Frauen auf eine Stufe gestellt wurden mit Räubern, Spionagen, Brandstiftern und Liberalen“. Es blieb bei der Ablehnung.

Trotz dieser politischen Rechtlosigkeit wird von manchen Seiten der japanischen Frau großer Einfluss zugeschrieben. Die „Daily News“ berichten, weisen viele Kenner des fernem Ostens der Frau in Japan die überragende Stellung zu. Ihr Einfluss sei zwar, weil auf das Innere des Hauses beschränkt, verborgen, aber um so wirksamer. Ein sehr erfahrener Diplomat erklärte, seine Umgestaltung von größerer Tragweite könne ohne Zustimmung der Frauen durchgeführt werden. Diese aber sei bei dem konservativen Charakter der puppenhaften, von den Weltereignissen wenig berührten Frauen nur sehr schwer zu gewinnen.

Um so interessanter ist es, daß trotz des Widerspruchs der Herren Geseheber sich nun eine geistige Selbstständigkeit auch in diesen dunklen Winkeln zu regen beginnt. Den Anstoß gab die Aufführung einer japanischen Uebersetzung von Shakespears „Rosa oder ein Puppenheim“, die in weiblichen Kreisen Sensation erregte. Eine Frauenzeitschrift, „Seito“, widmete dem Drama eine ganze Nummer. Die Unwürdigkeit der einem Hausier gleichgestellten, rechtlosen und allein auf den hinterherum wirkenden Fremdeinfluss angewiesenen Frau wird mehr und mehr anerkannt. Am Ende wird es wohl auch nicht möglich sein, neben den zum vollen Bürgerrecht zugelassenen Frauen Chinas und Amerikas die japanische Frau dauernd als bloßes Werk- und Spielzeug des Mannes zu behandeln.

(Siehe auch 2. Beilage.)

## Letzte Nachrichten.

### Zu dem Untergang der „Titanic“.

London, 16. April. (W. T. B.) Die Liste der geretteten Passagiere der „Titanic“ enthält noch folgende, möglicherweise deutsche Namen: Frau Kathilde Weihe und Fräulein Susanne Webber; ferner die Passagiere zweiter Klasse: Barton Todschied, Hanna Abelson, Ida Doling, Elise Doling und Emilie Rugg.

Galatas, 16. April. (W. T. B.) Das Rabelschiff „Minia“ berichtete heute nachmittag drahtlos, daß es eine große Menge von Schiffstrümmern, aber keine Boote der „Titanic“ oder deren Trümmern gesichtet habe. Diese Nachricht zerstört die Hoffnung, daß die „Minia“, welche bei Cape Race anferle, als die „Titanic“ zuerst um Hilfe rief, noch einige Überlebende aufgenommen habe.

New York, 16. April. (W. T. B.) Wie der französische Dampfer „Niagara“, der hier eingetroffen ist, berichtet, befand er sich am Mittwochabend ganz nahe der Stelle, wo die „Titanic“ gesunken ist und rief dort so stark gegen einen Eisberg, daß der Kommandant drahtlos Notsignale abfandte. Es herrschte dichter Nebel. Das Schiff, welches mit vermindertem Schnelligkeit lief, stieß zuerst mehrmals gegen kleinere Eisbollen, als plötzlich ein heftiger Stoß erfolgte. Die Passagiere, die gerade beim Diner saßen, stürzten zu Boden; Schüsseln und Gläser wurden durch die Wucht des Anpralles im Speiseaal durcheinander geschleudert, so daß sie klirrend zerbrachen. Angsterfüllt eilten die Passagiere auf Deck. Der Kommandant stellte sofort eine Untersuchung an und sandte dann drahtlos die Meldung ab, daß das Schiff mit eigener Kraft New York erreichen könne.

Hamburg, 16. April. (W. T. B.) Die nordatlantischen Schiffsahrtsgesellschaften beschloßen im Hinblick auf das in diesem Jahre ganz ungewöhnlich früh konstatierte und starke Ausbreiten von Eiseis im Gebiete der für die nordamerikanischen Fahrt international vereinbarten Dampferwege den südlicheren Sommerkurs bereits jetzt zu wählen.

Reichstag.

88. Sitzung. Dienstag, den 16. April 1912, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Präsident des Reichseisenbahnamtes Wadergapp.

Präsident Dr. Kaempf: Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, glaube ich dem Schmerz darüber Ausdruck geben zu müssen, daß ein großes Schiffsunglück Hunderte von Menschenleben, ja vielleicht mehr als tausend verschlungen hat. Der Dampfer „Titanic“, der englischen White Star Linie gehörig, ist untergegangen und hat viele Menschenleben in seinen Schiffbruch hineingezogen. Wir sprechen unser schmerzliches Bedauern aus über das Unglück, das in erster Linie das englische Volk betroffen hat, in zweiter Linie all die Nationen, die Angehörige auf dem Schiffe haben. Sind wir doch nicht sicher, daß nicht auch unsere Nation unter dem Unglück schwer zu leiden hat. Ich danke Ihnen für den Ausdruck des Bedauerns und des Schmerzes, den Sie dadurch bewiesen haben, daß Sie sich von den Plagen erhoben haben.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats. Sie setzt ein mit der

Beratung des Reichseisenbahnamtes.

Abg. Ulrich (Soz.):

Rhezu 500 000 M. sind für dieses Amt angefordert. Es lohnt sich daher, die Frage aufzuwerfen, was das Institut des Reichseisenbahnamtes eigentlich leistet. Es gibt Kreise, die es für ein totgeborenes Kind halten. Eigentlich ist es in Wirklichkeit ein Amt ohne Amt,

eine Behörde, die sehr wenig tun kann, weil sie ihre Aufgaben zu engbegrenzt aussieht. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Reichseisenbahnamt entsprechend den Bestimmungen der Verfassung eigentlich eine Behörde mit ganz besonderer Initiative sein sollte, die dahin wirken müßte, daß wir Reichseisenbahnen im weitesten Sinne des Wortes erhalten, und daß ihr Aufsichtsbereich in jeder Hinsicht ausgebildet wird. Bisher hat das Amt zur Entwicklung eines Reichseisenbahnwesens so gut wie nichts getan. Das ist am deutlichsten in der Erscheinung getreten in der Zeit, wo mit den verschiedenen Einzelstaaten über die Frage einer Betriebsmittelgemeinschaft und der dann glücklich zustande gebrachten Güterwagengemeinschaft verhandelt wurde. Damals hätte der Minister der Behandlung der Einzelstaaten durch Preußen durch das Eingreifen des Amtes ein Ende gemacht werden können, aber davon hat man nichts vernommen. Das völlige Versagen des Amtes scheint mir ein Symptom dafür zu sein, daß seitens der in Frage kommenden Beamten überhaupt keine Neigung besteht, den durch die Reichsverfassung festgelegten Gedanken des Reichseisenbahnwesens zu propagieren. Man stelle dem großen Bruder Preußen die kleinen Brüder einzeln gegenüber und suchte so für Preußen ganz unzulässige Vorteile herauszubohlen. Ich halte diese Entwicklung für eine recht unglückliche. Besonders bei dem Abschluß der Eisenbahnverträge mit Hessen und Baden hat die Absicht vorgeherrschert, möglichst eine Einheit in der Richtung der preussischen Auffassung herbeizuführen. Am schlechtesten ist dabei Hessen weggekommen. Aber Versuche des preussischen Geheimrats Kirchhoff in seinem Buche „Die deutsche Eisenbahngemeinschaft“ das wegzunehmen, scheitern an den feststehenden Rissen und daran, daß man nun in Hessen selbst anfängt zu begreifen, daß dieser erste Vertrag, den Preußen mit einem Kleinstaat abgeschlossen hat, für Hessen außerordentlich unglücklich gewesen ist, nicht bloß in der Richtung, daß man die Hoheitsrechte nicht genügend gewahrt hat, das wäre uns höchst gleichgültig — sondern weil Hessen fast jeden Einfluß auf die Gestaltung des Eisenbahnwesens innerhalb seiner Landesgrenzen verloren hat. Der ganze verkehrspolitische Einfluß des Landes ist so gut wie eliminiert, und man fühlt in Hessen, daß der dominierende Faktor der Gemeinschaft sich sehr wenig um die Interessen des hessischen Volkes kümmert. Im preussischen Abgeordnetenhause hat man sich über die Klagen Hessens beschwert. Aber die Eingestanden

haben wohl noch das Recht, darüber zu klagen, daß das Messer gar schmerzhaft und den Kaiser zu erschrecken, etwas mehr Menschlichkeit zu üben. (Weiterkeit.) Hier sollte das Reichseisenbahnamt dem Kleinstaat zu Hilfe kommen (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), vor allem angesichts der großen finanziellen Belastung, die Hessen aus diesem Vertrage erwachsen ist. Das Eingreifen des Amtes ist um so notwendiger, weil durch die Klagen

Hessens die anderen Staaten davon abgehalten worden sind, sich der preussisch-hessischen Gemeinschaft anzuschließen, so daß es zu einer allgemeinen Betriebsmittelgemeinschaft nicht gekommen ist. Der preussisch-hessische Vertrag muß geändert werden. Wenn man behauptet, der Vertrag könne überhaupt nicht gekündigt werden, so muß das Amt darauf sehen, daß diese Ewigkeitsdauer beseitigt wird, die einfach gegen die guten Sitten verstoßen würde. Interessant ist, daß der später abgeschlossene Vertrag mit Baden tatsächlich dem entgegenkommt, was in Hessen seit Jahrzehnten gefordert worden ist. Dieser Vertrag ist der hessischen Zweiten Kammer erst durch die Veröffentlichung des Geheimrats Kirchhoff bekannt geworden. (Hört! hört!) Die

Geheimhaltung des Vertrages

läßt sich nur so erklären, daß man damals schon die Unhaltbarkeit des hessischen Vertrages erkannt hatte. Das Reichseisenbahnamt sollte daher eingreifen, um das, was für Baden möglich gewesen ist, auch für Hessen zu erreichen. (Sehr richtig!) Das Reichseisenbahnamt darf nicht vom Reichseisenbahnamt selbst totgeschlagen werden. Es muß dafür sorgen, daß eine einheitlich große Betriebsmittelgemeinschaft für das ganze Reich durchgeführt wird auf Grund der Gleichberechtigung aller Kontrahenten. Sämtliche Eisenbahnen müssen vom Reich erworben werden, schon im Interesse einer einheitlichen deutschen Gesamtverkehrsregelung. Das wäre sehr wohl durchzuführen, wenn wir nur einiges ablassen wollten von den Ausgaben für Marine und Kolonien. Eine weitgehende Ermäßigung der Personen- und Gütertarife wäre auch nur möglich, wenn der gesamte Verkehr vom Reich geregelt würde. Das Reichseisenbahnamt muß sich an die Spitze der deutschen Eisenbahnverkehrsbehörden stellen und dafür sorgen, daß auf den Standpunkt der Gleichberechtigung aller Eisenbahnen bezüglichen Bundesstaaten gemeinsam einheitlich gearbeitet wird im Interesse der Nation. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwabach (natl.): Gegen eine Aufhebung des Reichseisenbahnamtes hat sich seinerzeit auch der Abg. Singer sehr energisch ausgesprochen. Gewiß, die Befugnisse, die wir dem Amte wünschen, hat es nicht, aber der Kreis seiner Aufgaben ist doch noch ein recht bedeutender. Ich möchte fragen, wie weit die Verhandlungen gediehen sind über eine Vereinheitlichung des Personen- und Gepäckverkehrs im internationalen Verkehr. Dringend notwendig ist eine Erleichterung der Abfertigungsvorschriften beim Zollverkehr. Es soll eine Vereinbarung jetzt herauskommen sein, die mit einem großen Teil der jetzigen Zollpladereien aufräumt. Redner befragt weiter einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, durch den die Dienst- und Ruhezeit des deutschen Eisenbahnpersonals reichsgesetzlich geregelt wird. Wir streben an ein einheitliches deutsches Eisenbahnwesen mit Einschluß Bayerns, das sich durch seinen Ausschluß selbst schädigen würde. Preußen muß sich an die Spitze dieser Einheitsbewegung stellen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schirmer (Z.) stimmt der nationalliberalen Resolution betreffend die Dienst- und Ruhezeit der Eisenbahner zu. Die Hauptsache sei die Verkürzung der Dienstzeit auch im Interesse der Sicherheit des Verkehrs.

Abg. Dr. Haas (Op.): Das Reichseisenbahnamt hat seine Hauptaufgabe, die Wahrung der allgemeinen Verkehrsinteressen, in der Praxis nicht durchführen können. Es müßte doch jedenfalls gegen den Konkurrenzkampf zwischen deutschen Eisenbahnen, gegen den einzelstaatlichen Geist Front zu machen. Der Vereinheitlichung stehen wir sympathisch gegenüber. Der Eisenbahnenverband hat sich vortrefflich bewährt. Für den Verkehr genügen zwei Klassen. Reichseisenbahnen über das ganze Reich werden wir nicht mehr bekommen können, dagegen ließe sich eine Reichseisenbahngemeinschaft durchsetzen. Geradezu gefährlich für die Betriebssicherheit ist die Zulassung einer bis 16 stündigen Arbeitszeit der Lokomotivführer. Hier müßte das Reichseisenbahnamt eingreifen und vor allem dafür sorgen, daß diese Beamten einen wirklichen Ruhezeit in der Woche haben und einen arbeitsfreien Tag, vor dem eine arbeitsfreie Nacht liegt und dem eine arbeitsfreie Nacht folgt. (Sehr richtig! links.) Das Amt würde sich damit ein großes Verdienst um unsere tüchtigen Beamten und um die Betriebssicherheit erwerben. (Bravo!)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wadergapp: Die Tätigkeit des Amtes wird sehr unterschätzt, da sie wenig nach außen in die Erscheinung tritt. Seine Anordnungen erscheinen als Anordnungen des Bundesrats oder der einzelnen Verwaltungen. Aber diese Erlasse beruhen auf den Erhebungen des Reichseisenbahnamtes resp. auf seiner vermittelnden Tätigkeit. Was den Gemeinschaftsvertrag Preußens mit Hessen anlangt, so ist von keiner der betei-

ligten Regierungen bisher die Anregung an das Reich gelangt, vermittelnd einzugreifen. (Hört! hört! rechts.) Geheimgehalten sind die Verträge mit Hessen und Baden nicht, sondern sie sind in der preussischen Gesetzesammlung publiziert worden. (Hört! hört! rechts.) — Ueber den internationalen Reiseverkehr ist ein neues Übereinkommen geschlossen, das die Bestimmungen einheitlich und größtenteils im Anschluß an die bestehenden deutschen Bestimmungen regelt. Ein Entwurf zur Regelung der Haftpflicht für Frachtschäden liegt vor. Die Frage der Ruhezeit der Beamten hat uns eingehend beschäftigt. Ein Bedürfnis zu einer reichsgesetzlichen Regelung kann ich nicht anerkennen. Daß eine Gefährdung der Betriebssicherheit nicht vorliegt, habe ich im vorigen Jahre statistisch nachgewiesen. Die Mitteilungen aus Beamtenkreisen, auch wenn sie richtig sind, beweisen nichts für eine Ueberbürdung des Personals. Lange Schichten kommen nur bei leichtem Dienst vor. Solche Mitteilungen über zu lange Dienstzeit müssen also, wenn sie Wert haben sollen, ergänzt werden durch die Mitteilung der Dienstpflichten. Gegen eine Ueberbürdung spricht auch die Tatsache, daß die meisten Unfälle in den ersten vier Dienststunden vorkommen und die fernere Tatsache, daß der Gesundheitszustand des Eisenbahnbetriebspersonals durchaus kein besonders schlechter ist. Die reichsgesetzliche Regelung wäre auch nicht zweckmäßig. Einen Vorteil für die Beamten würde sie kaum bringen, und die notwendige ständige Fortbildung wäre bei einer gesetzlichen Regelung sehr erschwert. In der Schweiz ist man mit den Erfolgen der dort geschaffenen gesetzlichen Regelung der Arbeitszeiten wenig zufrieden. Man verlangt eine mildere Handhabung und direkt die Möglichkeit, die gesetzlichen Bestimmungen in bestimmten Fällen überschreiten zu dürfen. Auch ist die Betriebssicherheit nach dieser gesetzlichen Regelung in der Schweiz nicht besser, sondern schlechter geworden, während in Deutschland die Zahl der Unfälle zurückgegangen ist. Die Regelung des Dienstes auf den deutschen Bahnen ist im großen und ganzen befriedigend. Eine Nachprüfung, ob die praktische Handhabung Härten im einzelnen zeitweilig hat, hat ergeben, daß Erleichterungen im Interesse des Personals erfolgen können. Vorschläge in dieser Richtung liegen den Verwaltungen zur Prüfung vor. Die Verkürzung der Dienstzeit um nur eine Stunde für das Betriebspersonal würde die beteiligten Verwaltungen 45 Millionen kosten. Bei allem Wohlwollen für die Beamten muß die Frage also vorsichtig behandelt werden. — Den Vorforderungen auf Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens steht das Amt mit großem Interesse gegenüber. Aber es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die deutschen Eisenbahnen schon jetzt eine weitgehende Einheitlichkeit in den Betriebseinrichtungen besitzen. Vor allem wird zu prüfen sein, welche Richtlinien bei weitergehenden Einigungsbestrebungen zu gelten haben. Zunächst werden solche Vorforderungen von den beteiligten Bundesstaaten selbst ausgehen müssen, zumal sie wichtige Hoheitsrechte dabei ausüben müssen. Wer das große Ziel der vollen Zusammenschweißung der deutschen Bahnen in zufriedenstellender Weise erreichen will, kann es nur in der Weise, daß er auf den früheren Plan des Fürsten Bismarck zurückgreift und für die Uebertragung der Bahnen auf das Reich eintritt. (Hört! hört!) Weshalb diese Lösung auch gegenwärtig absolut unmöglich sein soll, vermag ich nicht einzusehen. (Hört! hört! rechts.) Augusten des Reichs würden die Bundesstaaten eher auf ihre Hoheitsrechte verzichten können, wie das bei verschiedenen Verwaltungszweigen bereits geschehen ist. Aber Sie wissen alle, aus welchen Gründen seinerzeit der Bismarcksche Plan gescheitert ist. Daß er heute mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden könnte, muß ich angesichts der Stimmung, die bei den Erörterungen hierüber in verschiedenen Bundesstaaten hervorgetreten ist, entschieden bezweifeln.

Abg. Dr. Will (Eis.): Daß die größte Zahl der Unfälle in die ersten Stunden der Dienstzeit fällt, beweist nichts gegen die Behauptung der Ueberbürdung des Betriebspersonals, sondern spricht gerade dafür. Nach einer zu kurzen Pause sind die überbürdeten Beamten noch nicht genügend ausgeruht und erst wenn wieder Gewöhnung an den Dienst eintritt, wenn der Beamte gewissermaßen aufwacht, kommen weniger Unfälle vor. Die 45 Millionen für eine Stunde Dienstzeitverkürzung können die Eisenbahnverwaltungen bei ihren großen Uebererträgen wohl ertragen. (Sehr richtig!)

Abg. Behrens (Wirtsch. Op.): Die Bestimmung, daß, wenn ein Monarch fährt, neben dem Lokomotivführer immer ein Regierungsrat sitzen muß, sollte beseitigt werden. Sigt doch auch kein höherer Beamter neben dem Chauffeur im kaiserlichen Automobil. Den Anträgen auf reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Personals stimmen wir zu. Die Erfahrungen in der Schweiz beweisen nichts dagegen; wir müssen

legen, es gibt noch etwas auf der Welt außerhalb eures Stalles, und wenn ich es sagen darf: ich beunruhige mich beim Loswerden eines Hies nur darüber, ob es auch einen Hohntritt hat! Sonst brütet man faule Eier aus, Windstet — keine Küken. . . .

„Tendenzloses Geschöpf!“ sprach die eheliche Henne empört, während der Eindringling beim Herannahen der Dame mit dem Turban, den goldenen Weisheitszähnen und dem Futternapf schnell über den Raum nach den Weiden zu entwich.

Das ist das Ende des Märchens vom dem Hühnerstall — ohne Hahn. Heinz Sperber.

Kleines feuilleton.

Sonnenfinsternis und drahtlose Telegraphie. Die Frage, ob die Sonne auf die Fortpflanzung der Hertzschen Wellen, der Träger der drahtlosen Telegraphie, von Einfluß ist, war bisher ein ungelöstes Problem. Die A. de la Vaume-Fluimel in der Zeitschrift der französischen astronomischen Gesellschaft mittelst, wollen nun die Physiker die Sonnenfinsternis vom 17. April dazu benutzen, um genaue Versuche in dieser Hinsicht anzustellen. Man weiß bereits, ohne den Grund dafür genau angeben zu können, daß die Hertzschen Wellen sich bei sonst ganz gleichen Bedingungen während der Nacht leichter fortplanzen als während des Tages. Ist nun die Verschiedenheit in der Intensität der Tage- und Nachtsignale allein dem Einfluß der Sonnenstrahlen zuzuschreiben? Man will versuchen, diese Frage dadurch zu beantworten, daß man die Verschiedenheit in der Intensität der Signale misst, die am 17. April vor der Sonnenfinsternis und im Augenblick ihres Höhepunktes empfangen werden.

Notizen.

- Vorträge. Zur Beobachtung der am Mittwoch, den 17., stattfindenden Sonnenfinsternis wird die Urania-Sternwarte bereits vormittags 11 Uhr für das Publikum geöffnet werden. Um 11 1/2 Uhr wird Prof. Schwabach einen Vortrag unter Vorführung von Lichtbildern über den Verlauf der Finsternis in ganz Deutschland halten. Die Finsternis beginnt 12 Uhr 8 Minuten und endigt 2 Uhr 47 Minuten.
- Im Lessing-Museum (Brüderstr. 13) spricht Donnerstag, den 18. April, abends 8 Uhr, Prof. Daniel Jacoby über Friedrich v. Schiller. Eintritt frei.
- Theaterchronik. Im Theater des Westens gelten von jetzt ab für die Aufführungen der „Schönen Helena“ die gewöhnlichen Preise.
- Eine Kiesenstation für drahtlose Telegraphie wird nach der „Anschau“ in Neumünster errichtet werden. Sie wird drei Türme von je 150 Meter Höhe erhalten, die später auf sieben vermehrt werden sollen.

Das Märchen vom Hühnerstall.

Den modernen Kunst-Snobs, den ekkischen und aesthetischen Dandys und allen denen genöhdmet, die proletarische Tendenz in einem Kunstwerk berechtigterweise hassen.

Es war einmal ein Hühnerstall, ohne Hahn. Es war unlesbar ein behaglicher Stall, frisch gestrichen, grün mit weiß, mit einem Reghäuschen in Kolorostil, durch ein abfallendes Dach mit vergoldeter Kuppel vor Regen geschützt, kurzum ein Stall, worin sich jedes wobleregehene Huhn glücklich fühlen konnte. Dieser elegante Stall stand an der Sonnenseite eines jeden Tag gepflegten, geharkten und berieselten Gartens. Inmitten eines Rasenbeckens mit Geranien und Weiden befand sich dort eine richtige Fontäne. Zu Füßen eines warmen Ritters, schön und imponant wie einer aus der Siegelallee, spritzte das Wasser nach vier Richtungen hin. Morgens, mittags, abends: immer war es eine Lust für die Augen. Ausgenommen für die Hühner, denn die flogen auf, sobald es dunkel wurde. Zweimal am Tage herrschte außergewöhnliche Erregung in dem Stall. Dann kam eine Dame über den Kiespfad heranzugehen. Sie trug einen Turban und einen Kopf mit Hühnerfedern. Sie hatte Puppenhändchen, die sie jeden Morgen von ihrem Friseur manöuvrieren ließ. Sie hatte elfenbeinerne Zähne, bis auf die Weisheitszähne. Die waren aus Gold. In den Ohren prangten Diamanten und wenn sie ihre Finger in den Futternapf steckte, um den Hühnern Mais, Gerste und Hanssamen zu streuen, erglänzten ihre Ringe so stark, daß die Hühner es nicht aushalten konnten und die Kleingeld Lichtscheu schlossen, wenn sie danach blinnten. Aber sie blinnten nicht danach. Sie blinnten mit gierigem Hunger noch dem täglichen Brot, und wenn sie so geschlemmt hatten, daß sie nicht mehr konnten, legten sie sich in die Sonne und sprachen zufrieden ihre Dankgebete. Auch Hühner beten. Auf Ehrenwort. Wer es nicht glaubt, kann kein wirklich Gläubiger sein. Zweimal am Tage, wie ich schon sagte, kam die Dame mit den Puppenhändchen, dem Turban und den Ringen über den Kiespfad, um die Hühner zu füttern. Beim letzten Gang öffnete sie das Reghäuschen und entnahm die Eier dem reinlichen Stroh. Es waren herrliche, frische Trinkerer, weil die Hühner keine Gelegenheiten hatten, schlechte oder sündige Sachen zu schluden. Und die Dame ah sie gern. Togar mitten im Winter, wenn die Hühner nicht mehr legten, kaufte sie niemals fremde Eier, weil sie es mit Recht verabscheute, Eier, um die sich ein Hahn bemüht, zu verpeisen. Auf diese Weise waren die Dame und die Hühner sehr glücklich. Die Dame ah. Die Hühner legten. An jedem Sommertag begaben sich die Hennen abwechselnd in das Reghäuschen.

Sie kaskelten, kaskelten entschuldig, kaskelten mit Schmerz und Ueberzeugung, kaskelten nervös und aufgereg, kaskelten, daß die Nachbarn neidisch aufhorchten, kaskelten bei jeder neuen Schöpfung.

Sie kaskelten und legten weiße, ovale, große und kleine Eier. Sie legten Eier mit dicken und dünnen Schalen. Und wer am meisten kaskelte oder wer die größte Anzahl im Verlauf einer Saison legte, nannte sich Dichter, zog den anderen in Stimmungsaugenblicken die Federn aus und bemächtigte sich des meisten Futters.

Bei regnerischem Wetter, wenn sie sich gefättigt, sprachen sie über die Schönheit, die Gestalt, die Struktur, die Zeichnung, die Färbung, die äußerliche Vollkommenheit der Eier. Ein Huhn, das schon seit Jahren die vortrefflichsten Eier produzierte, ein Huhn von Ansehen und Erfahrung in der Oologie, gab dann seine wohlausgedachten Ansichten zum besten:

„Glaubt mir,“ sagte es, „das höchste Ideal bleibt immer: reine, wohlgebaute, nicht zu aufgeblähte, nicht zu großkahlige Eier zu legen. Wir müssen uns an die Tradition unserer Ahnen halten, die uns schon in der griechischen und römischen Architekturstelle sowie in der Renaissance begegnet. Habt das Ei des Eies wegen lieb! Liebt es seinen unbedeckten Glanzes, seiner zarten Farbe, seiner herrlichen Form wegen. Ein Ei, wie ich es mit Lust und Leidenschaft lege, ist ein Kunstgegenstand, worauf die Küken bis ins dritte und vierte Geschlecht stolz sein werden. . . .“

Niemand opponierte. Die Theorie, das Ei des Eies wegen lieb zu haben, billigten alle, menschen über die Form Meinungsverschiedenheiten herrschte, weil es auch perverse, wunderliche Hühner gab, die kleinere, rundere, lockere oologische Kriterien vorzogen.

Da, als es wieder Frühjahr wurde, geschah etwas Sonderbares. Die Henne mit Ansehen und Erfahrung wurde trübsinnig. Sie kaskelte nicht mehr, wurde aus extasiischer Eingebung einfiedlerisch, nahm die Eier unter ihre Flügel und versuchte stundenlang das Allerhöchste zu erreichen.

Die anderen Hühner blinnten erstaut und bewundernd zu. Auch der Karmorkritter blinnte. Und die Dame belächelte das Mirkel.

Der einzige, der nicht erstaut war, nicht bewunderte, nicht blinnte, nicht lächelte, war ein Eindringling, ein gemeines, ordinäres, schlecht gefüttertes Bauerhuhn, das eines Tages über den Gartenzaun geflogen kam, ohne das Eigentumsrecht der Dame zu respektieren.

Gewöhnt, sein Futter auf den umliegenden Weiden zusammenzusuchen, nachde es von den Gerstenkörnern, die neben dem staltlichen Hühnerstall, neben dem Reghäuschen in Kolorostil, gefallen waren.

Es hörte von dem Wunder der brustfellen Henne und bemahm sich unverschämt. „Kollegen,“ sagte es und verschluckte sich dabei fast an einem zu großen Maiskorn — selten fand es solche Lederbissen — „Ap-



der „Arbeiterzeitung“ ebenfalls auf die Entsendung Tausender Volkskisten ins Ruhrgebiet hingewiesen wurde, wodurch für andere Städte eine Entsendung von Volksgemeinschaften und demgemäß verringerte Sicherheit herbeigeführt werde.

Offenbar ist die erwähnte Telegrammnotiz aus dem obigen Text gerissen an die Berliner Volkszeitung gelangt worden, diese las daraus, daß die ins Ruhrgebiet entsandten Berliner Schulleute alleamt Mörder seien und stellte Strafandrohung. Die Essener Polizei hielt acht Tage nach Erscheinen der Notiz Hausdurchsuchung in der Redaktion der Arbeiterzeitung nach dem Verfasser des Telegramms, fand aber nichts. Wenig mehr als eine Woche danach wurde die Sache bereits verhandelt, war aber so wenig vorbereitet, daß sie der Vertagung bis zum 18. April vertagt. In diesem Termin operierte der Staatsanwalt nun, wie vorausgesehen, mit dem Roabiter Vorgängen, wobei bekanntlich der Arbeiter Herrmann von zwei unentdeckt gebliebenen Schulleuten niedergeschlagen und getötet wurde. Aus diesem Anlaß habe die gesamte sozialdemokratische Presse die Berliner Schulleute Mörder genannt und der sozialdemokratische Parteivorstand habe sogar 2000 M. Belohnung für die Entdeckung der Mörder ausgesetzt. Jetzt sollte durch Aufreißung dieses Ausdrucks der Berliner Volkszeitung wieder mal ein Ausgewählter werden, obwohl gar nicht feststehe, ob im Falle Herrmann nicht etwa nur Totschlag vorliege. Der Staatsanwalt beantragte wegen der Schwere der Verleumdung sechs Monate Gefängnis und sofortige Verhaftung des angeklagten Redakteurs, Genossen Reumann, weil dieser bei der Internationalität der Sozialdemokratie leicht im Auslande unterkommen könne!

Diesen Argumenten gingen der Angeklagte und die Verteidigung so energisch zu Leibe, daß das Gericht sich genötigt sah, nach längerer Beratung selbst die Zweifel daran anzuerkennen. Die Notiz sei aber doch geeignet, des Streikes wegen, Verurteilung zu erregen und in ihrem Doppelsinn liege zweifellos eine Verleumdung der Berliner Schugmannschaft, weswegen Verstoßung erfolgen müsse. Erkannt wurde auf 500 M. Geldstrafe und Publikation des Urteils in Essen und Berlin. Die Nachprüfung dieses Urteils auf dem Wege der Revision ist bereits eingeleitet worden.

## Jugendbewegung.

### „Sozialdemokratische Spitze im Kampfe um die Jugend.“

Unter dieser vielversprechenden Überschrift bringen die Berliner Neuesten Nachrichten in ihrer Morgenausgabe vom 11. April die sensationelle Mitteilung: „daß die Sozialdemokratie beschloßen hat, die nationale Jugendbewegung beizufassen.“ Diese Entdeckung hat ein Soldatenschreiber der „Berliner Neuesten Nachrichten“ gemacht als er einen Vortrag des Genossen Dr. Karl Liebknecht hörte, den dieser jüngst im Hofjägerpalast in der Gartenstraße in Berlin gehalten hat. Nach dem Bericht dieses Journalisten soll nun Liebknecht folgendes gesagt haben:

„Wir werden die von unserem Genossen Böhmer geleitete Jugendbewegung schon weiter zu führen wissen, daß sie dem Rumpatortismus nicht anheimfällt. Wir werden nicht aufhören zu beugen und uns in Verleumdungen ergehen müssen, damit wir eine Anklage gegen uns bewirken und dann den Beweis führen können, daß die mit den 1 1/2 Millionen Staatskassen errichteten Jugendvereine politische Vereine sind und auch solchen Charakter tragen. Außer einigen proletarischen Jugendblättern, welche in solche Vereine hinein geschickt werden, um Material zu sammeln, sollen die proletarischen Eltern sich hüten, ihre Kinder in solche Vereine zu schicken.“

Es hieße unseren Genossen verlegen, wollten wir auch nur einen Augenblick annehmen, daß er diesen oder auch nur ähnlichen Unsinn geredet habe. Der Inhalt der ganzen Notiz ist einfach frei erfunden. Um aber der Verleumdung einen Damm zu setzen, wollen wir ausdrücklich feststellen, daß Genosse Liebknecht nicht ein einziges Wort über die Beipiegelung der bürgerlichen Jugendbewegung geäußert hat!

## Die Ayllyitenvergiftungen vor Gericht.

### Erster Tag.

Die Sitzung eröffnet Landgerichtsrat Brieskorn im Schwurgerichtssaale des Landgerichts II in der Turmstraße. Die Akustik ist fast noch schlechter wie an der bisherigen Stätte.

Der Kriminalwachtmeister Strelow hat eines Tages bei Bakrow eine Durchsuchung vorgenommen. Bakrow hat dabei sofort zugegeben, daß er für Schornach Methyloalkohol verkauft habe, doch habe er nicht gewußt, daß es sich nicht um Spirit handelt. Sobald er dies aus den Zeitungsnachrichten erfahren, habe er nicht nur alles weggegeben, sondern sei auch zu einem Schankwirt, der von ihm gekauft, gezwungen, und habe ihm geraten, auch seinerseits alles wegzugehen.

Es wird dann eine ganze Anzahl von Krankenschwestern und Kersten aus dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus und dem Krankenhaus Am Friedrichshain vernommen. Sie erläutern die Krankengeschichte der dort eingelieferten und zum Teil verstorbenen Ayllyiten und bekunden, daß die meisten angegeben hatten, sie hätten Schnaps bei Hoad bzw. in einem Schanklokal der Danziger Straße getrunken. — Auch der Hausvater vom Städtischen Obdach, Karl Schuler, bekundet, daß die meisten der erkrankten Ayllyiten nach ihrer Angabe Schnaps bei Hoad getrunken hätten. Einige Aufseher und Oberaufseher machen die gleichen Aussagen.

Staatsanwalt Dr. Gutjahr beantragt, aus verschiedenen Nummern der „Leipziger Tropfenzeitung“, der „Deutschen Tropfenzeitung“ und des „Tropfenbändlers“ die Veröffentlichungen der preussischen Erlasse über die Verwendung von Spiritus zum Denaturieren an Stelle von Methyloalkohol zu verlesen.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer bittet, die Beschlußfassung über diesen Antrag zurückzustellen, bis die noch rückständige Beschlußfassung über die Anträge der Verteidigung erfolgt sein wird.

Landgerichtsrat Brieskorn: Es soll Donnerstag oder Freitag über alle noch unerledigten Anträge beraten werden.

Rechtsanwalt Dr. Buppe: Ich bitte, um die vielen Schriften einzeln zu bezahnen und zur Verfügung zu stellen. Vielleicht wird der Antrag schriftlich eingereicht, wie das auch uns aufgegeben ist.

Nach der Mittagspause beantragt Rechtsanwalt Dr. Jaffe als Verteidiger des Angeklagten Wehen: noch Herrn F. Kempe in Altenheim als Zeugen zu laden. Dieser werde bekunden, daß Methyloalkohol, in mäßigen Mengen genossen, nicht gesundheitschädlich wirkt. Der Zeuge habe in den Jahren 1891—93 in Puppen in Cüpprechen eine chemische Holzdestillation gebaut und sei selbst Gefellschaffer und Betriebsleiter derselben. Als solcher habe er unter anderen Produkten auch Methyloalkohol fabriziert und solchen selbst genossen. Auch seine Arbeiter haben davon getrunken, ohne daß sich bei irgendeinem Befahren oder Spuren von einer Gesundheitsbeschädigung gezeigt hätten. Der Verteidiger bittet gleichzeitig, die verschiedenen Schriften und Bücher zu verlesen, deren Verlesung er bereits beantragt habe.

Der Gerichtshof beschließt, über den Antrag des Staatsanwalts erst Beschluß zu fassen, wenn er der Verteidigung das dem Antrag zugrunde liegende Material unterbreitet haben wird.

In der weiteren Verhandlung behauptet Staatsanwalt Dr. Gutjahr im Gegensatz zu einer früheren Behauptung des Rechtsanwalts Dr. Jaffe, daß nach seinen im Reichamt des Innern eingezogenen Erlandigungen, Methyloalkohol durch Reinsigen trinkbar gemacht nur in einigen Zolltarifen einiger englischen Kolonien als Genußmittel vorkommt, im übrigen aber in allen Zolltarifen als chemisches Produkt figuriert.

Sodann wird der Ingenieur Böhmer vernommen, auf den sich Rechtsanwalt Bredered wiederholte berufen hat zum Beweise seiner Behauptung, daß Methyloalkohol durch Spinzutritt von Luft sehr leicht oxydiert und dadurch Formaldehyd und Ameisensäure produziert wird. Herr Böhmer ist der Fabrikant der Taschenfeuerzeuge, bei denen die Flamme durch Methyloalkohol und Platinschwamm

erzeugt wird. Der Sachverständige erklärt auf Verfragen des Vorsitzenden, daß er nicht Chemiker, sondern Ingenieur sei, oder, wie er sich bei einer späteren Gelegenheit ausdrückt, daß seine chemischen Kenntnisse mit denen des Dr. Jeserich natürlich nicht zu vergleichen seien. Herr Böhmer bestätigt, daß nach seinen bei seiner Fabrikation gemachten Erfahrungen Methyloalkohol allerdings leicht oxydiere, wenn Luft hinzutritt; er behauptet weiter auf Verfragen des Rechtsanwalts Dr. Bredered, daß er selbst einmal einen aus Methyloalkohol hergestellten Rum in Tee genossen und daß ihm dieser Genuss nichts geschadet habe. Auf die Frage des Landrichters Dr. Kriener, wie es denn mit der wiederholt in Aussicht gestellten praktischen Vorführung des Sachverständigen stehe, erwidert dieser, daß er dazu einer größeren Fläche bedürfe, bei der möglichst viel Luft zu dem Methyloalkohol treten kann. — Dem Sachverständigen treten Herr Dr. Baurat und Gerichtschreiber Dr. Jeserich auf Grund der Ergebnisse der exakten Wissenschaft gegenüber laienhaften Anschauungen entgegen. — Sachverständiger Dr. Baurat setzt das längere auseinander, daß der Kernpunkt der ganzen Sache in der Konstruktion des Feuerzeuges des Herrn Böhmer liege. Wenn Methyloalkohol allein, oder in Verbindung oder in Säure an der Luft stehen bleibe, so ändert er sich nicht; wenn aber Platin darüber kommt, so oxydiert er eben. — Dr. Jeserich schließt sich diesem Gutachten an. Durch einfache Luftwirkung sei eine Oxydation des Methyloalkohols nicht möglich. Dr. Jeserich begründet diesen Ausdruck wissenschaftlich sehr eingehend und erläutert seine sehr sorgfältig mehrere Tage hindurch in dieser Beziehung angestellten Versuche vor den Augen des Gerichts an einem von ihm mitgebrachten Apparat. Es kommt über diese ganze Frage zu längeren vorwiegend wissenschaftlichen Erörterungen, an denen sich außer den Sachverständigen Dr. Jeserich, Dr. Baurat, Dr. Bürger, Regierungsrat Judenas, die Rechtsanwältin Bredered und Dr. Werthauer, sowie Staatsanwalt Dr. Gutjahr beteiligen.

Zum Schluß der Sitzung kommt es noch zu Widersprüchen zwischen den Angeklagten Schornach und Bakrow. Schornach erklärt auf eine Frage des Staatsanwalts, daß es eine eigene Idee Bakrows gewesen sei, 80 Proz. Methyloalkohol mit 20 Proz. Methyloalkohol zu mischen, weil ohne diesen Zusatz der Methyloalkohol nicht wie Spirit rieche. — Bakrow bekennt dies ganz entschieden und weist das Bestreben Schornachs, ihm einen Teil der Schuld in die Schuhe zu schieben, völlig zurück. Er sei 61 Jahre alt und auf diesem Gebiete noch nicht befrucht. Er bleibe mit aller Bestimmtheit dabei, daß ihm Schornach reinen Spirit verkauft habe. Schornach bekennt dies ebenso bestimmt.

Die Sitzung wird hierauf auf heute 9 Uhr vertagt.

## Der erste Verbandstag der Hausangestellten.

Am Dienstagmorgen begann der dritte Tag der Verhandlungen mit einem Referat von Luise Pähler-Hamburg über das Thema:

### Stellenvermittlung und Arbeitsvertrag.

Die Darlegungen der Referentin stützten sich zum großen Teil auf Erfahrungen aus dem Arbeitsnachweis der Hamburger Ortsgruppe, die recht gute Erfolge mit ihrer eigenen Stellenvermittlung zu verzeichnen hat und in mancher Beziehung als Muster gelten kann. Der Nachweis für Dienstboten ist, wie die Vortragende zeigte, nicht zu vergleichen mit den Nachweisen einer modernen Gewerkschaft. Wie verschieden die Verhältnisse in jeder Beziehung liegen, zeigt sich schon darin, daß die Dienstboten die günstigste Lage des Arbeitsmarktes nicht einmal ausnützen können. Im Hamburger Nachweis war zum Beispiel die Dienstbotennot im vorigen Jahre sehr groß. Dort suchten 2531 Hausfrauen nach Dienstboten, während nur 825 Mädchen sich meldeten, die Stellen suchten. Wie würde jede andere Gewerkschaft eine solche Situation ausnützen! Die Hausangestellten müssen erst zum Verständnis der Lage der Dinge erzogen werden, sie müssen den Wert, die Kraft und Bedeutung einer gewerkschaftlichen Organisation erst kennen lernen. Zu bedauern ist nur, daß die Mädchen zu den eigenen wie zu den städtischen Nachweisen nicht das rechte Vertrauen haben. In den Kreisen der organisierten Arbeiter fehlt es oftmals an Verständnis, wenn es sich um den Verband der Dienstboten und seine Einrichtungen handelt. Frauen und Töchter der Arbeiter wenden sich an gewerbemäßige Vermittler anstatt die Stellenvermittlung des Verbandes aufzusuchen, wo ihre Interessen wahrgenommen werden. Die Mädchen beklagen sich bitter über die lange Arbeitszeit, die geringe Freiheit, das schlechte Essen, den ungenügenden Schlafraum, und diese Klagen werden in den eigenen und paritätischen Nachweisen nach Möglichkeit berücksichtigt. Freilich mühten auch die Mädchen bei den Abmachungen mit den Herrschaften oder bei dem Abschluß eines Vertrages fest auf Erfüllung der Abmachungen beharren. Leider lassen sich die Mädchen oft mit Leichtigkeit überreden, von ihren Rechten wieder preiszugeben, was ihnen sogar durch Unterschrift zugesandt wurde. Noch immer machen die gewerbemäßigen Stellenvermittler die besten Geschäfte, trotz des neuen Gesetzes gegen diese Vermittler. Aus der Praxis des Hamburger Nachweises gab die Referentin manche Anregung für die Leitung von Stellennachweisen; als sie aber aus Zweckmäßigkeitsgründen für die kostenfreie Vermittlung auch für die Herrschaften eintrat, sprach sie auf Widerspruch bei den Delegierten. Mit Nachdruck sprach sich die Referentin für die Errichtung eigener Stellenvermittlung in den Ortsgruppen aus, weil eine solche Vermittlungsstelle für den Verband von außerordentlichem agitatorischem Werte sei.

Diese Frage spielte in der Diskussion die Hauptrolle. Die meisten Rednerinnen hoben den Wert der eigenen Stellenvermittlung lobend hervor. Luise Pähler meinte, der Stellennachweis sei oft das Rückgrat der Organisation. Die Vorsitzende bemerkte, daß die Errichtung von eigenen Nachweisen schon durch das Eingreifen der Herrschaften die größten Schwierigkeiten erfahren habe und weiter erfahren werde, besonders da, wo städtische Nachweise bestehen. Auch andere Gründe sprechen dagegen, zum Beispiel die Schwierigkeit, geeignete tüchtige Leiterinnen für die Nachweise zu finden. Die Vorsitzende war der Ansicht, daß mehr noch als Stellennachweise die Rechtsauskunftsstellen der Ortsgruppen von der größten Wichtigkeit seien und der Ausbau der Auskunftsstellen von maßgebender Bedeutung für die Organisation werden kann. Der Antrag der Ortsgruppe Hamburg, daß kostenfreie Stellennachweise für Mitglieder an den Orten errichtet werden, wo keine paritätischen Nachweise bestehen, wurde abgelehnt, aber vom Hauptvorstand vermindert, daß nach Möglichkeit den geäußerten Wünschen nach Errichtung von Stellenvermittlungen Rechnung getragen werden soll.

### Statutenkommission

Berichtete Gertrud Hanna. Die Empfehlungen der Kommission wurden durchweg angenommen; es handelte sich dabei zum Teil um formale Änderungen, um Wahregelungen, um die Krankunterstützung und um Neuerungen geringerer Art, unter anderem, daß für eine Ortsgruppe ein Minimum von 10 Mitgliedern vorhanden sein muß.

Nach dem Bericht der Statutenkommission stand ein Referat von Helene Gränberg-Kürnberg als 5. Punkt auf der Tagesordnung, das von den Delegierten noch recht aufmerksam angehört und eifrig diskutiert wurde. Das Thema hieß:

### Fortbildung, Unterhaltung und Geselligkeit.

Für die Fortbildung stellte die Referentin in die erste Reihe die Forderung der Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts bis zum 18. Jahre auch für die Dienstboten, mit Veranschaulichung der Haushaltungslöhner. Diese Fortbildung sei um so wichtiger, als von den 14 Millionen Dienstmädchen in Deutschland 4 Millionen Städterinnen sind, während der Rest aus Landmädchen besteht. Was den Mädchen durch den Mangel an Schulunterricht verloren gegangen ist, könne freilich der Verband nicht mehr ersetzen; aber er müsse tun, was möglich ist, um auch den Dienstboten die Waffe der Bildung in die Hand zu geben. Die Frage der Arbeitszeit sei dabei sehr wichtig. Für den Verband gelte es besonders, die jungen Mädchen heranzuziehen und sie systematisch zu bilden. Regelmäßige Vorträge empfahl die

Referentin und machte Vorschläge, daß durch diese Vorträge den Dienstboten an Belehrung geboten werden müßte. Ferner empfahl sie die Errichtung von literarischen Abenden und kleinen Bibliotheken. Die Unterhaltungsabende sollten eine literarische Gestaltung erfahren. Die Geselligkeit müßte stets in den Versammlungen und durch Vergnügungen gepflegt werden. Diese Vergnügungen hätten für die Dienstboten einen großen agitatorischen Wert.

In derselben Weise wurden in der Diskussion diese Fragen behandelt. Es gelte, die Stellung der Hausangestellten in der Gesellschaft den Dienstboten zum Verständnis zu bringen und die Fäden aufzudecken, die diese Bewegung verbinden mit der allgemeinen Arbeiterbewegung. Man sollte sich mit den Bildungsausschüssen der einzelnen Orte in Verbindung setzen und auch den Wanderbibliotheken Aufmerksamkeit zuwenden, um die Schulbildung zu belämpfen. Der Bildungshunger der Dienstboten wurde lebhaft betont.

Zu diesem Punkt der Tagesordnung beantragte die Ortsgruppe Stuttgart, daß nach dem Maße der Notwendigkeit den einzelnen Ortsgruppen Mittel zur Verfügung gestellt werden, Rahmende für die Mitglieder einzurichten. Der Antrag wurde angenommen.

Unter „Perschiedenem“ als letzten Punkt der Tagesordnung wurde bestimmt, daß die geänderten Statuten vom 1. Juli d. J. ab in Kraft treten. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Leipzig bestimmt. Der bisherige Vorstand und der Ausschuss wurden wiedergewählt. Die Vorsitzende schloß den Verbandstag mit dem Wunsche, daß nach drei Jahren aus Leipziger Verbandstage sich die doppelte Anzahl von Delegierten entsenden möge als Folge einer fruchtbareren Verbandstätigkeit in den kommenden drei Jahren.

## II. Verbandstag der Dachdecker.

Im Volkshaus zu Nürnberg traten gestern die Delegierten des ersten Verbandstages zusammen. Es sind insgesamt 82 Delegierte erschienen. Außerdem ist vom Hauptvorstand Diehl und Diehl-Frankfurt erschienen. Der Ausschuss hat Meerlein-Berlin entsandt, für die Redaktion ist Genosse Hoch-Hannau anwesend. Genosse Silber-Schmidt-Berlin ist als Vertreter der General-Kommission erschienen. Die Verhandlungen des ersten Tages brachten nur die Berichte der Verbandsinstanzen, über die wir bereits das Wesentlichste mitgeteilt haben. Im allgemeinen sind die Debatten so, daß der Zentralvorstand bzw. seine Tätigkeit ein uneingeschränktes Lob erhält. Nur im Falle der Leipziger Lokalsorganisation war allgemein das Urteil der Delegierten, daß man ein energischeres Einschreiten erwartet hätte. Die Verhältnisse in Leipzig liegen ziemlich im Trüben, und der Vertreter der General-Kommission erklärte sich bereit, hier die Vermittlung seiner Körperschaft zuzugreifen. Nach sehr langer Debatte wurde den Zentralinstanzen Debatte erteilt und dann in die Debatte über die Presse eingetreten. Bei dieser Frage spielte bereits der von verschiedenen Seiten gestellte Antrag auf Anstellung eines eigenen Redakteurs hinein. Im allgemeinen kam es hier zu längeren Auseinandersetzungen über die Haltung der „Dachdeckerzeitung“ zu den verschiedenen gewerkschaftlichen Fragen, wobei jedoch festzustellen wurde, daß die Redaktion meistens immer die richtige Linie zu treffen mußte. Kollege Diehl-Frankfurt weist darauf hin, daß es nicht die Unzufriedenheit ist, was den Zentralvorstand bewegen hat, den Antrag auf Anstellung eines eigenen Redakteurs aus Kollegenkreisen zu stellen, sondern weil die Zustände im Zentralbureau dringend auf eine Reform drängen. Genosse Hoch meinte, daß ihm die ganze Art der Aufstellung der Angelegenheit nicht gefallen habe; man hätte dabei etwas freundschaftlicher zu Werke gehen sollen. Einen Beschluß über die Anstellung sah der Verbandstag am ersten Tage noch nicht, sondern die Entscheidung darüber soll zurückgestellt werden, bis die übrigen Fragen erledigt sind. Der Verbandstag sah sich gleich am ersten Tage gezwungen, Überstunden zu machen, weil sonst die Fülle des vorliegenden Stoffes nicht erledigt werden kann.

## Soziales.

### Heimarbeiterin oder Handgewerbetreibende?

Die Glühstrumpfnäherin Marie B. nähte in ihrer Wohnung für eine Berliner Firma Glühstrümpfe. Bierzettig war jeden Morgen zwischen 8 und 9 Uhr, Sonnabends Lohnzahlungstag. Fräulein B. mußte die Arbeiten in ihrer Wohnung verrichten, da Platz in der Werkstatt ihres Arbeitgebers nicht vorhanden war. Bis zum Jahre 1908 lebte die Firma für die B. Inhablenmarken. In diesem Jahre gab die B. die Arbeit bei dieser Firma auf und trat bei der Firma E. u. J. unter den gleichen Verhältnissen in Beschäftigung. Letztere Firma weigerte sich, Marken für die B. zu betreiben, da sie der Ansicht war, die Tätigkeit der B. sei nicht versicherungspflichtig. Frä. B. lebte nun selbst Marken, bis sie am 15. Juni 1910 invalide wurde.

Der von der B. bei der Landesversicherungsanstalt Berlin gestellte Antrag auf Gewährung der Invalidenrente wurde abgelehnt, weil die Wartzeit nicht erfüllt gewesen sei. Die Landesversicherungsanstalt erklärte, daß zwar 332 Beitragsmarken nachgewiesen, diese aber nicht anerkannt werden könnten, da Frä. B. als Glühstrumpfnäherin nicht als Heimarbeiterin, sondern als Hausgewerbetreibende anzusehen sei, diese aber der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Da Frä. B. am Tage der Ausstellung der Quittungskarte Nr. 1 (12. Januar 1903) das 40. Lebensjahr überschritten hatte, war sie auch nicht mehr berechtigt, freiwillig der Versicherung beizutreten und Marken zu betreiben.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Stadtkreis Berlin verurteilte jedoch auf eingelegte Berufung die Landesversicherungsanstalt Berlin zur Zahlung der Invalidenrente. Aus den Gründen seien des allgemeinen Interesses wegen einige Sätze wiedergegeben:

Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes ist die Beschäftigung in eigener Betriebsstätte als Ausschluß eines Arbeitsverhältnisses im Sinne des § 1 Invalidenversicherungsgesetzes anzusehen, wenn der Arbeitnehmer nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in persönlicher Abhängigkeit zu seinem Arbeitgeber steht. Die Mäherin war auf tägliche Kündigung angewiesen. Sie mußte regelmäßig an jedem Morgen die am Tage vorher fertiggestellte Arbeit abliefern und sich alsdann wieder so viel Arbeitsmaterial aus dem Geschäft mit nach Hause nehmen, daß sie den Tag über zu tun hatte. Es war ihr verboten, die Arbeit von anderen Personen ausführen zu lassen. Dringende Arbeit, die ihr ins Haus gefandt wurde, hatte sie in bestimmter Frist zu erledigen. Auch ist es vorgekommen, daß sie, wenn sie morgens in die Fabrik kam, eilige Arbeit gleich dort fertig machen mußte; es wurde ihr dann ein Fensterplatz freigemacht. — Bei dieser Sachlage hat das Schiedsgericht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Mäherin durch das Arbeitsverhältnis in ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit ganz erheblich eingeschränkt war und sich von den an Betriebsstätte, Betriebsordnung und Betriebsstunden gebundenen Arbeiten nicht wesentlich unterschied.

Die Beitragsmarken wurden demzufolge als zu Recht verwendet angesehen.

Gegen diese Entscheidung legte die Landesversicherungsanstalt gleichfalls Revision beim Reichsversicherungsamt ein. Die Revision wurde jedoch zurückgewiesen, weil die angefochtene Entscheidung keinen Revisionsgrund darbot. Das Reichsversicherungsamt schloß sich vielmehr den Entscheidungsgründen des Schiedsgerichts an.

Die feinen Unterscheidungen zwischen Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden werden im gewöhnlichen Leben nicht gemacht. Nach den vom Reichsversicherungsamt und auch in diesem Falle wiedergelegten Grundfragen sind es zunächst wenige Heimarbeiter und Arbeiterinnen, die als versicherungspflichtig in Betracht kommen. Neben hat der Bundesrat von seiner Befugnis, die Versicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden einzeln Branchen auszuheben, nur in zwei Fällen Gebrauch gemacht, indem die Hausarbeiter und Arbeiterinnen der Textil- und Tabak-

industrie dem Versicherungszwange unterworfen wurden. Ein von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gestellter Antrag, diese Arbeiter und Arbeiterinnen in die Versicherung einzubeziehen, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

### Ein genossenschaftlicher Niefenbetrieb.

Der Konsum-Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg hat eben den Bericht für das 13. Geschäftsjahr herausgegeben. Ein 100 Seiten starkes Heftchen, dessen Inhalt allgemeines Interesse beanspruchen darf. Es bietet viel mehr als einen trockenen Tatsachenbericht der üblichen Art. Das Heftchen läßt einen tiefen Blick tun in dieses interessante und einzigartige genossenschaftliche Niefenunternehmen der Hamburger Arbeiter. Einzigartig wegen seiner Vielseitigkeit, die schon im Namen sich ausdrückt, durch die Mitteilungen über die praktische Tätigkeit jedoch unwiderleglich zeigt, welche Summe von Kraft den Arbeitermassen auch auf diesem Gebiete der Organisation innewohnt. Die Entwicklung ist enorm: Der erste Geschäftsbericht im Jahre 1899 (das Gründungsjahr) sprach von 2850 Mitgliedern, am 1. Januar 1912 waren es 57 980! Der Gesamtumsatz betrug im Jahre 1911 16 511 790 M., gegen das Vorjahr mehr 3 404 621 M. Der Durchschnittsumsatz auf das einzelne Mitglied zeigt allerdings kein erfreuliches Bild, denn er beträgt nur 259 M. Im Bericht ist festgestellt, daß 38 Proz. der Mitglieder Waren in der Genossenschaft nicht kaufen. Das ist ein wunder Punkt des sonst so musterghiltigen Unternehmens. Es dürfte kaum einen zweiten modernen Konsumverein geben, bei dem das Verhältnis so ungünstig ist. Dazu kommt noch, daß der Prozentsatz der Nichtkäufer im letzten Geschäftsjahre noch genau so groß war wie im ersten. Während der Zwischenzeit hat er 36 bis 43 Proz. betragen. Pro Mitglied hat sich der Durchschnittsumsatz allerdings gehoben. Auf die Kaufenden berechnet beträgt er 422 M. Ueber die Ursachen des schlechten Verhältnisses zwischen der Zahl der Mitglieder und dem Gesamtumsatz macht der Bericht nähere Angaben nicht. Es scheint, als ob viele die Genossenschaft mehr als Spar- oder Bauverein denn als Konsumverein betrachten. — Die Waren wurden am Jahresabschluss in 125 Verkaufsstellen umgesetzt. Davon waren 22 Fleischer-, 2 Brot- und 2 Grünwarenläden. — Der Verein hat im letzten Jahre in der Form sich verändert. Für den Verkaufsbetrieb und die Produktionsbetriebe wurde eine „Handelsgesellschaft Produktion“ gegründet. Die Ursache zu dieser Teilung ist, wie unsere Leser sich entsinnen, das der Genossenschaft sehr ungünstige Steuergesetz, das für Hamburg beschlossen und in Kraft getreten ist. — Der Reingewinn betrug 861 677 M. Er ist verhältnismäßig niedrig; die „Dividende“ beträgt 5 Proz. In dieser Beziehung ist die Genossenschaft vorbildlich. Ein Zustand, wie er hier besteht, trägt zur inneren Stärkung der Genossenschaft bei, während alle Konsumvereine mit hoher Rückvergütung mehr oder weniger Rangel an Kapitalkraft leiden. Unter solchen Umständen sind denn der Ausbau und die weitere Entwicklung sehr schwierig, oft überhaupt unmöglich. In Hamburg hat man von vornherein gesunde Grundzüge befolgt und damit die Basis für die schnelle, tiefgreifende Entwicklung geschaffen.

Am 31. Dezember 1911 beschäftigte der Verein insgesamt 1100 Personen, an die 1539 783 M. Gehälter und Löhne gezahlt wurden. Das Arbeitsverhältnis ist vorbildlich und im Einklang mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften tariflich geregelt. Den Privatbetrieben kann es in jeder Beziehung zur Nachahmung empfohlen werden, besonders was die sozialen Einrichtungen anlangt. Im Bericht wird gesagt: „Von Anfang an war die Genossenschaft bestrebt, den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in Gemeinshaft mit den gewerkschaftlichen Instanzen eine feste Regelung zu geben und die niederen Lohnklassen, soweit nur immer die Umstände es gestatten, günstig zu gestalten.“ — In dieser Richtung kann allerdings ein großer Konsumverein manches tun, ohne das Geschäft besonders belasten zu müssen. Rämlich, wenn er die Gehälter der ersten Beamten nicht so wahnsinnig hoch hält, wie in gleichartigen Privatbetrieben, dafür aber unten mehr gibt. Das ist ein Ausgleich, der auch eine vernünftigeren Vertiefung der Arbeitskraft der einzelnen erkennen läßt. — In der Geschäftsführung des Vereins spielen eine Anzahl Fonds eine Rolle. Der Rotfonds wird von den einzelnen Mitgliedern angesammelt und als Sparguthaben verwaltet. Der Zweck ist, wie der Name sagt, den Mitgliedern in besonderen Notfällen materielle Hilfe zu gewähren. Am Jahresabschluss hatten 22 326 Mitglieder 854 910 M. in diesem Fonds angesammelt; 12 378 entnahmen ihm im Laufe des Jahres 327 075 M., trotzdem erhöhte er sich um 172 123 M. Die Einzahlungen überstiegen also die Auszahlungen wesentlich. Man braucht nicht in das oft übertriebene Lob einer solchen Einrichtung einzustimmen. Von einem gewissen sozialen Wert ist sie aber doch wohl. Sie würde es noch mehr sein, wenn aus den Gesamtmitteln der Genossenschaft Zuschüsse geleistet werden könnten. — Ein Warenvorschufsfonds soll dazu dienen, vorübergehend mittellosen Mitgliedern den Weiterbezug von Waren zu ermöglichen. Derartige Vorschüsse werden auf Dividendenmarken gewährt. Eine Einrichtung, die in den meisten Konsumvereinen in etwas anderer Form besteht. — Der Bildungsfonds ist hauptsächlich zur Verwendung für genossenschaftliche Propaganda

da. Die Bezeichnung entspricht nicht ganz dem Zwecke. — Aus dem Dispositionsfonds werden Unterstufungen an in Not geratene Angestellte gezahlt. — Die Sparlaffeneinlagen erreichten die Höhe von 8 978 373 M. auf 20 821 Konten. Den Sparlaffeneinrichtungen stehen zu 54 Proz. flüssige Mittel gegenüber. Ein außerordentlich gutes Verhältnis.

Sehr umfangreich sind die Betriebe der Eigenproduktion des Vereins. Der Umsatz in der Bäckerei betrug 1 740 558 M., gegen das Vorjahr fast 13 Proz. mehr. Es mußte eine zweite Bäckerei gebaut werden, die vor kurzem betriebsfertig geworden ist. Sie wurde mit 15 Doppelöfen versehen! Allein in der Bäckerei wurden 77 Personen beschäftigt, die ununterbrochen in drei Schichten abwechselnd arbeiten. — Große Bedeutung hat ferner die Schlächterei. Der Umsatz macht über 30 Proz. des Gesamtumsatzes aus und betrug 5 023 500 M. Dabon entfallen 435 744 M. auf andere Konsumvereine. Die Waren sind allgemein als erstklassig in der Qualität anerkannt. Die Schlächterei beschäftigte 225 Personen, davon 81 in den Verkaufsläden. Die Arbeiten für einen Erweiterungsbau sind im Gange. Auch mit der Konjervenfabrikation hat man begonnen, nachdem vorjährige Versuche gute Resultate ergaben. Dieser Schlächtereibetrieb ist wohl einer der bedeutendsten in Deutschland. — Weiter macht der Bericht noch Angaben über die Kaffeerösterei, Mineralwasserfabrikation, Schrotmühle, Kohlengeschäft; als Nebenbetriebe sind aufgeführt: Tischlerei, Klempnerei, Bäckerei, Montage. Interessant sind die Angaben über den Fuhrpark. Am Jahresabschluss waren 36 Prot- und Lastwagen, 31 Pferde und 10 Automobile mit drei Anhängern in Betrieb. Eine Berechnung ergibt, daß der Nutzungswert des Automobilbetriebes etwas vorteilhafter ist als der mit Pferden. Doch wird einer zweckmäßigen Kombination beider Beförderungsarten das Wort geredet, weil nur dann beide rationell genutzt werden könnten.

Einen großen Umfang nimmt auch der Baubericht ein. Im Berichtsjahre wurden 957 000 M. für Bauerei ausgegeben. Bis jetzt hat der Verein insgesamt 736 Wohnungen hergestellt, und 36 Läden befinden sich in eigenen Häusern. In Varnstedt machte die Vermietung der Wohnungen Schwierigkeiten, weil sie den Mitgliedern zu teuer waren, trotzdem nur der Selbstkostenpreis berechnet wurde. Die Mieten mußten infolgedessen um 40 bis 45 M. herabgesetzt werden. (1) Als Grund dieses Vorgangs wird angegeben: teures Areal und das Fehlen von Läden im Parterre, die mehr Miete bringen als Wohnungen. Der Bericht meint, die Erfahrung lehre, daß die Arbeiter gezwungen sind, auf bessere, hygienisch gute und moderne Wohnungen zu verzichten, wenn der Mietpreis auch nur ein wenig höher ist als der für alte, schlechte Wohnungen. — Frontansichten, Querschnitte und Grundrisse veranschaulichen den Charakter der Häuser und Betriebe nach innen und außen. — Eine Spezialstudie Verfassungssachen zeigt, daß die Mitglieder fast durchweg Arbeiter, Proletarier sind. — Eine „Vereinigung für genossenschaftliche Hauspflege“ hat die Aufgabe, für eine saubere Ordnung und gesellige Unterhaltung zu sorgen sowie erzieherisch auf die Kinder einzuwirken. — Ein Mitgliederauschuss unterstützt die Verwaltung (Vorstand und Aufsichtsrat) in der Propaganda und Weiterentwicklung der Genossenschaft. Dieses Organ ermöglicht eine zweckmäßige Dezentralisation der agitativen Arbeit. Der Ausschuss bestand am Ende des Jahres aus 237 Personen.

Man kann nur wünschen, daß die Tätigkeit dieser großen, modernen Arbeitergenossenschaft Hamburgs anregend auf andere Orte und Bezirke wirken möge.

## Gerichts-Zeitung.

### Galtlose Anklage gegen einen Feuerwehrmann.

Unter einem schweren Verdacht mußte sich gestern der Feuerwehrmann Franz Giesel vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Der Angeklagte wurde beschuldigt, einem anderen Feuerwehrmann aus dessen Spind sechs Zwanzigmarsstücke gestohlen zu haben.

In der Nacht zum 1. Februar dieses Jahres wurden dem auf der Feuerwache in der Köpenicker Straße bediensteten Feuerwehrmann Körner aus seinem Schrank sechs Zwanzigmarsstücke gestohlen. Der Bestohlene erstattete sofort am nächsten Morgen Anzeige. Der Brandmeister ließ die sämtlichen Mannschaften antreten, die dann mit Hilfe eines Kriminalbeamten auf das peinlichste untersucht wurden. Diese Untersuchung, wie auch die Durchsuchung der sonstigen Räumlichkeiten, fiel völlig resultatlos aus. Erst etwa zwei Wochen später wurde von einem Feuerwehrmann Sch. eine Anzeige erstattet, in welcher dieser behauptete, er habe in der fraglichen Nacht den Angeklagten beobachtet, wie er sich an dem Spind des Bestohlenen zu schaffen machte. — Die fraglichen Marsstücke hatten sich einige Tage nach dem Verschwinden in dem Bett eines anderen Feuerwehrmannes wiedergefunden. — Auf Grund jener Anzeige wurde gegen den Angeklagten Giesel das vorliegende Strafverfahren eingeleitet. Der Angeklagte bestritt von Anfang jede Schuld ganz energisch und behauptete, von dem Anzeigenden völlig zu Unrecht angezeigt worden zu sein. In der gestrigen Verhandlung war vom Rechtsanwalt Dr. Schwindt ein umfangreicher Entlastungsbeweis angetreten worden, da dem Angeklagten daran

lag, völlig rehabilitiert aus dieser Sache hervorzugehen. Dem Angeklagten, der seit 23 Jahren im Dienst der Feuerwehr steht, wurde von allen Seiten das beste Zeugnis ausgestellt. Es ergab sich ferner, daß er auch materiell sichergestellt ist, so daß auch nach dieser Richtung jedes Motiv zu der Tat fehlte. Schließlich ergab sich auch noch, daß das Geld erst nachdem der Angeklagte vom Dienst suspendiert worden war, wiedergefunden wurde. Das Bett war, während er sich noch im Dienst befand, wiederholt durchsucht worden, so daß der Angeklagte, da jede Möglichkeit, daß er das Geld noch nachträglich dort versteckt hatte, ausgeschlossen war, schon aus diesem Grunde nicht als Täter in Frage kommen konnte. Dagegen wurde dem Feuerwehrmann, der die Anzeige erstattet hatte, von mehreren Seiten ein sehr ungünstiges Zeugnis ausgestellt. Es wurde behauptet, daß er ein dem Trunke ergebener Mensch sei, der auch schon wegen Trunkenheit im Dienste bestraft worden sei. Der Zeuge blieb, da er selbst der Tat für verdächtig erachtet wurde, auch unbeeidigt. Auf Grund dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten, auf die der Bericht dann auch erkannte.

### Ein Agitator des Bundes der Landwirte.

In einem Verleumdungsprozeß des bekannten Führers des Bundes der Landwirte in Württemberg, Theodor Körner, gegen den volksparteilichen „Beobachter“ in Stuttgart stellte der besagte Redakteur unter Beweis, Körner habe auf einer Agitationsreise einem Nationalliberalen gegenüber geäußert, das Agitieren für den Bund der Landwirte sei kein Geschäft, dafür werde er mit 6000 M. bezahlt; wenn die Deutsche (nationalliberale) Partei ihm 7000 M. Gehalt gebe, dann arbeite er für diese. Der Beweisanspruch wurde damals vom Gericht abgelehnt. Die Wiedergabe des Beweisanspruches im Gerichtsbericht veranlaßte Körner zu einer neuen Verleumdungsklage gegen das genannte Blatt. Der besagte Redakteur stellte Widerlage, weil Körner in einer öffentlichen Erklärung behauptet hatte, die Anschuldigung habe sich der Redakteur „aus den Fingern gefogen“. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht Stuttgart am 12. April fiel für Herrn Körner sehr unangenehm aus. Das Gericht sah den Wahrheitsbeweis für erbracht an und sprach den Redakteur frei. Die Widerlage des Redakteurs wurde gleichfalls abgewiesen. Herr Körner hat drei Viertel, der Redakteur ein Viertel der Kosten zu tragen.

Marktbericht von Berlin am 15. April 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Marktpreisliste. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—55,00. Bohnen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinbidl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom Reule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,60. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,50—3,20. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Kalle 1,40—3,20. Jander 1,60—3,80. Dachte 1,40—2,80. Barfche 1,00—2,00. Schote 1,60—3,20. Fische 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 4,00—30,00.

Unserem Genossen 25 Hermann Berger und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Genossen u. Genossinnen des Bez. 908, 8. Abt.

Amt III, Berliner No. 9222 Humor-Quartett Gg. Trener Kastanienallee 40

Damenhüte wegen Anhabung der Fabrikation großer Kämmungsdecken in leicht garnierten und ungarnerkten Hüten zu jedem annehmbaren Preis. 1824 Modellhaus Migge, Brückenstr. 7. Stadtbahnhof Lannowitzbrücke.

Auch Teilzahlung! Nur Mitt. Möbel-Milch Gr. Frankfurter Str. 45/46

Generalbilanz per 1. Oktbr. 1911.

Aktiva.		M.
An Warenbestand . . . . .	11 113,54	
Büchereieninventar . . . . .	8 190,08	
Bausparung . . . . .	180,—	
Bausparungsbücher . . . . .	700,—	
Kassenbestand . . . . .	929,55	
Geldausgaben . . . . .	30,—	
Büchereieninventar . . . . .	45,50	
Anteil d. Berl. Spar- u. Bauverein . . . . .	182,80	
Anteil bei der Westend-Ob- und Wirtschaftsgenossenschaft . . . . .	10,—	
Debitoren . . . . .	10,—	
	21 391,47	

Passiva.

Der Geschäftsanteile . . . . .	1 589,—
Kreditoren-Ronto I . . . . .	532,—
„ „ II . . . . .	94,75
Darlehne . . . . .	5 121,—
Büchereien . . . . .	11 645,—
Referenzfonds . . . . .	1 362,97
Reingewinn . . . . .	1 048,75
	21 391,47

Im Laufe des Geschäftsjahres 1910 bis 1911 schieden 10 Genossen aus mit 31 Geschäftsanteilen; neu eingetreten sind 3 Genossen mit 3 Anteilen. Am Schluß des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 160 Mitglieder mit 311 Geschäftsanteilen an.

Büchereigenossenschaft „Volksbrot“, Ling. Genossenschaft m. beschr. Haftung, Der Vorstand. Bahnstr. Heinrich Kollahn, Kosmohl. 104/5 Mölznor.

# 5 Ausnahme-Tage für Ulster u. Paletots

Mittwoch — Donnerstag — Freitag — Sonnabend — Sonntag

## Ulster

## Herabgesetzte Preise

## Paletots

Serie I	Braun und grauer Cheviot, neueste Muster, sehr apart . . . . .	20.00
Serie II	Oran und olivfarbiger Cheviot mit feinen Streifen, ohne Futter, englisch verarbeitet . . . . .	25.50
Serie III	Sehr apart gemusterter Cheviot, in modernster Ausstattung . . . . .	29.00
Serie IV	Diagonal-Cheviot in vielen Farben, ganz besonders zu empfehlen . . . . .	34.50
Serie V	Echt englische Cheviots, das Neueste in Mustern und Verarbeitung . . . . .	43.50

Serie I	Dunkel und mittelgrau gewirnte Stoffe, sehr haltbar . . . . .	17.25
Serie II	Fein gemasterte Cheviots, auf Sergefutter gearbeitet . . . . .	22.50
Serie III	Oran und bräunliche Zwinkammgarne, ganz vorzüglich im Tragen . . . . .	26.00
Serie IV	Covercoats in den neuesten Farben, auf gutem Sergefutter gearbeitet . . . . .	34.00
Serie V	Kammgarne-Cheviots, dunkel- und mittelgrau, gute Verarbeitung . . . . .	42.50

Loden-Pelerinen für Herren u. Damen, imprägnierte Strichloden, in vielen Farben von 7.50 an

Echt engl. Gummimäntel für Damen und Herren, Raglan u. Ulsterform von 11.50 an

# BaerSohn

Kleiderwerke — Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei



Die Bergarbeiterbewegung.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik.

New York, 2. April. (Fig. Ver.)

Seit gestern ruht fast die gesamte amerikanische Kohlenproduktion. Rund 500 000 Männer feiern; das sie streiken, kann man nicht sagen. Die Arbeit wurde eingestellt, weil der zwischen den Zechenverwaltungen und den United Mine Workers of America (Amerikanischer Bergarbeiterverband) vor drei Jahren erneuerte Lohnvertrag mit dem 31. März abläuft und noch kein neuer zustande kam.

In den Weichkohlenrevieren von West-Pennsylvania, Indiana, Illinois und Ohio kommt es voraussichtlich bald zum Friedensschluss zwischen den Zechen und den Arbeitern. Auf einer von beiden Parteien beschickten, in Cleveland abgehaltenen Konferenz gestanden die Unternehmer die gestellten Lohnforderungen teilweise zu. Es soll die Aufbesserung pro Tonne geförderter Kohlen 5 Cents und ungeförderter Kohlen 3 Cents betragen; der Tagelohn soll um 5,26 Proz. erhöht werden. Bekanntlich hatten die Bergleute eine Erhöhung des Gehaltes von 15 Cents auf 1 Dollar und 5 Cents pro Tonne gefordert und die Zechenverwaltungen auf eine Reduktion von 95 auf 85 Cents gedrängt. Zweifellos werden sich die Weichkohlengräber angesichts der ihnen angebotenen Lohnserhöhung für die Wiederaufnahme der Arbeit erklären, die in ungefähr vierzehn Tagen erfolgen kann. Dahin sprachen sich wenigstens die Führer des Bergarbeiterverbandes aus.

Falls das vorzunehmende Referendum der Weichkohlengräber den neuen Lohnvertrag genehmigt, wird dieser im wesentlichen auch auf diejenigen, allerdings wenig belangreichen Weichkohlenreviere im Süden, im Südwesten und in den Rocky Mountains, in welchen der geltende Lohnvertrag erst am 1. Mai oder noch später abläuft, Anwendung finden. Dagegen wäre eine Rückwirkung auf die keine organisierten Arbeiter beschäftigenden Weichkohlenreviere von West-Virginia und Kentucky nur dann zu erwarten, wenn es nicht bei der Arbeitseinstellung bliebe, sondern zu einem Ausstände käme.

Weniger aussichtsreich als in den Weichkohlenrevieren ist die Situation im Hartkohlenbergbau. Die Hartkohlenproduktion wird kontrolliert von einem Ringe großer Eisenbahngesellschaften. Nun wäre die Lehigh Valley Coal Co., Eigentum der Lehigh Valley-Eisenbahn, zwar bereit, die Forderungen der Bergleute so ziemlich im ganzen Umfang zu bewilligen. Aber sie kann nicht angesichts der ablehnenden Haltung des Rings, in welchem neben der Philadelphia and Reading-Bahn, die Pennsylvania-Bahn und die Lackawanna-Bahn die erste Plätze spielen. Auch die unabhängigen, das heißt außerhalb des Ringes stehenden Kohlenzechen würden gerne Frieden schließen mit den Bergleuten, deren Forderungen sie als berechtigt anerkennen. Aber wehe der unabhängigen Zeche, welche durch die Tat beweise, wie sehr die Bergknappen mit ihren Forderungen im Rechte sind. Der letzte Unabhängige würde „ausgefroren“ werden: die Bahnen würden ihm die zum Transport seiner Förderung erforderlichen Waggons erst mit bedeutender Verspätung und auch dann noch in ungenügender Zahl zur Verfügung stellen und die aufgegebenen Waggonsfracht mit abschätzlicher Verzögerung befördern; kurz die betreffende Zeche in kurzer Zeit ruinieren.

Gefährlich ist es den Bahnen verboten, irgendeinen Artikel zu produzieren, den sie in den Handel bringen und auf den eigenen Linien befördern. Demnach dürften die Bahnen unter den obwaltenden Umständen auch keinen Kohlenbergbau treiben, sobald sie die Förderung nicht ausschließlich im eigenen Betriebe verbrauchen oder nicht auf anderen Bahnen verschicken.

Aber ein gefälliges Gericht legte mit seinen rabulistischen Interpretationskünften das Gesetz dahin aus, daß Bergbaugesellschaften und andere Unternehmungen, deren sämtliche Aktien einer oder mehreren Eisenbahngesellschaften gehören, ihre Erzeugnisse unter allen Umständen über die Linien der Mutterbahnen verfrachten dürfen. Daher gründeten die Eisenbahnen eigens besondere Atriengesellschaften für den Kohlenbergbau und „frieren“ ihre nicht zum Ringe gehörigen Konkurrenten „aus“, wenn diese nicht blühdings Oeder parieren.

Und gerade diese ihre Allmacht mag die Kohlenbergbau treibenden Eisenbahnen auch ohne vorangegangenen Streik zum Einklinken bewegen. Wir stehen vor der Präsidentchaftswahl. Und in der Zeit des schon erdffneten Wahlkampfes kommt es schon Demokraten und Republikanern einmal nicht darauf an, auch ein paar Eisenbahngesellschaften auf die Nöhneraugen zu treten und ein durch gewundene Auslegungskünfte zustande gekommenes Gerichtsurteil uninterpretieren zu lassen.

Einigungsversuche in Sachsen.

Die Organisationsleitung hatte sich an das sächsische Ministerium des Innern gewandt und dessen Vermittlung im Streik der Bergarbeiter des Zwickauer und Lugau-Deilmüher Bezirkes nachgesucht. Am Montag nachmittag hielt der sächsische Minister Graf Bystrum im Verein einiger Beheimräte zunächst eine Konferenz mit Vertretern der Bergarbeiter ab; dieser Konferenz wohnte auch der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Sacke, bei. Der Minister und seine Mäite wäutren auf Grund eines großen Vohlenmaterials, das sie von den Unternehmern erhalten hatten, den Nachweis zu erbringen, daß die Bergarbeiterlöhne ständig gestiegen seien. Die Arbeitervertreter wäutren das Gegenteil nach und erklärten das teilweise Steigen der Löhne durch Verfahren zahlreicher Leberführer, die durch die in den letzten Jahren besonders gute Konjunktur notwendig wurden. Ein positives Ergebnis hatte die Konferenz nicht. Die Vertreter der Regierung werden nun erst am Mittwoch mit Vertretern der Unternehmer konferieren.

Beschwerde des polnischen Bergarbeiterverbandes an die Kirchenbehörde.

Wie polnische Blätter berichten, wird der polnische Berufsverband der Bergarbeiter gegen diejenigen Geistlichen die die Bergarbeiter vor dem Streik warnten und sie dem Streiken abgubalten suchten, dann aber später zur Wiederaufnahme der Arbeit ermahnten, Beschwerde bei der geistlichen Behörde erheben.

Günstiger Abschluß des Kampfes in Böhmen.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter in Mähriß-Osttrau ist nun ihrem Abschluß nahe. Die Unternehmer haben nun vor allem in der Lohnfrage Zugeständnisse gemacht, die eine erhebliche Verbesserung gegen den bisherigen Zustand bedeuten. Die Vertrauensmänner der Arbeiter, die mit den Unternehmern der Regierung die Verhandlungen führten, haben einem Abschluß der Lohnbewegung auf der Grundlage zugestimmt, ebenso die Konferenz der Delegierten der Arbeitergruppe der Bergbaugesellschaft. Die endgültige Entscheidung liegt zwar in den

Verfassungen der Bergarbeiter selbst, die in den nächsten vierzehn Tagen im ganzen Reviere stattfinden, doch ist anzunehmen, daß auch diese Verfassungen die Zugeständnisse als das derzeit Erreichbare akzeptieren werden. Damit ist dann im Mähriß-Osttrauer Kohlenrevier ein Kampf vermieden worden, der von noch größerer Bedeutung gewesen wäre, als der Streik im nordwestböhmischem Revier; freilich ist dieser für die Arbeiter erfolgreiche Abschluß der Lohnbewegung vor allem möglich geworden durch den siegreichen Kampf in Nordwestböhmen.

Befangene Richter?

Am Montag sollte sich vor der zweiten Strafkammer des Dortmund Landgerichts unter anderem auch ein Ehepaar aus Kastrof wegen öffentlicher Beleidigung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung verantworten. Der Verteidiger lehnte aber nicht nur die Richter der Strafkammer, sondern darüber hinaus alle Richter im Bezirk der fünf Landgerichte zu Dortmund, Bochum, Essen, Hagen und Duisburg wegen Besorgnis der Befangenheit ab. Der Verteidiger erklärte, daß er auch wohl die formale Unzulässigkeit eines solch generellen Ablehnungsantrags kenne. Für den Fall, daß der Antrag deshalb abgelehnt werden sollte, beantragte der Verteidiger die Vertagung wegen nicht gewährter Ladungsfrist und befiel sich dann weiteres vor.

Der Ablehnungsantrag wurde mit der Erklärung begründet, daß eine gewisse Besorgnis für die Unbefangenheit der Richter allein dadurch gegeben sei, daß sich der Streik im Bezirk abgepielt habe. Ein Bericht außerhalb des Streitgebietes biete größere Garantie dafür, daß die Erregung wegen des Streiks nicht irgendwelchen Einfluß auf das Urteil ausübe. Weiter führte der Verteidiger aus, daß von den 5 genannten Gerichten in ähnlich liegenden Fällen Strafen verhängt worden seien, die nach seiner Empfindung sehr hart seien. Es sei selbstverständlich, daß sich kein Bericht gern selbst richtig stelle. Für Beleidigungen seien Gefängnisstrafen von 4-6 Wochen festgesetzt worden, nun könnten sich die Gerichte nur sehr schwer dazu verstehen, plötzlich auf Geldstrafen zu erkennen, das liege in der menschlichen Natur begründet. Die Richter an den Amtsgerichten seien aus den gleichen Gründen abzulehnen; es sei zu befürchten, daß sich bei der bestehenden Organisation der Gerichte die Amtsgerichte nicht in Widerspruch zu den höheren Gerichten setzten.

Der vorsitzende Landgerichtsdirektor formulierte dann zwei Gründe des Verteidigers: weil die Richter im Streitgebiet tätig seien und weil die Richter an den fünf Gerichten schärfere Strafen wie früher festsetzten.

Der Verteidiger setzte hinzu, daß sich die Gerichte dadurch gewissermaßen festgelegt hätten, und daß die Entscheidungen der Amtsgerichte beeinflusst würden durch die Judikatur der übergeordneten Landgerichte.

Der Staatsanwalt erklärte, daß der Ablehnungsantrag gegen die Grundbegriffe des Gerichtsverfassungsgesetzes verstöße. Es solle niemand seinem „ordentlichen Richter“ entzogen werden. Weil die Richter im Bezirk die Verhältnisse am besten kennen, wäutren sie auch am besten urteilen. Richter, die nicht im Streitgebiet amtieren, seien weniger geeignet zum Urteilen. Die in Frage kommende Kammer des Dortmund Landgerichts habe auch oft auf Geldstrafen erkannt, nur dann sei auf „milde“ Gefängnisstrafen erkannt worden, wenn es sich um Tätschleichen oder aufrührerische Redensarten gehandelt habe. Die auch viel in den Zeitungen vertretene Anschauung, daß die Strafen zu hart seien, sei „durchaus verfehlt“. Der Staatsanwalt sprach dann noch von „aufrührerischen Zusammenrottungen“, von der „Wirkung der Massenuggestion“, die man „nicht unterschätzen“ solle und von der bösen Tat, die „fortgehendes Böses gebären“ müsse.

Nach kurzer Pause wurde die Sache vertagt.

Richtig ist, und wir haben es schon hervorgehoben, daß die jüngere Sonderkammer am Dortmund Landgericht im allgemeinen nicht so hart urteilt wie die alte Strafkammer, indes hat die Sache doch ihren Haken. Als die Strafkammer II jüngst als Berufungsinstanz verschiedene Urteile des Kastrofer Schöffengerichts, die sehr hart waren — einen Monat Gefängnis! — nachprüfen hatte, blieben die Strafen bestehen; die Berufungen wurden verworfen. Und an der I. Strafkammer wird es sogar auffällig, wie oft das Gericht über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß hinausgeht. Oft steigt da die Empfindung auf, daß es eher zum Freispruch kommt, als daß von den hohen Gefängnisstrafen abgegangen wird.

Wie Streikanklagen zustande kommen.

Die Frau eines Tagarbeiters aus Sidel, deren Mann „Williger“ war und während des Streiks sogar noch Ueberschichten gemacht hatte, war trotzdem wegen Beleidigung Arbeitswilliger angeklagt. Als ihr Mann von der Grube heimkam, erzählte er, daß man ihn Streikbrecher geschimpft habe. Kurz darauf trat ein anderer Arbeitswilliger in das Zimmer. Die Frau fragte diesen darauf: „Hast Du auch gearbeitet?“ Auf die bejahende Antwort sagte die Frau scherzweise: „Dann bist Du ja auch ein Streikbrecher wie mein Mann!“ Diese Darstellung wurde von Zeugen bestätigt. Eine gute Freundin der Familie, nämlich die Mutter des zweiten Arbeitswilligen, hatte was von Streikbrecherbeleidigung klären gehört und ließ trotz der Polizei. Der Staatsanwalt wollte die Sache noch nicht fallen lassen und beantragte 10 M. Geldstrafe. Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung.

In Krag bei Steele gerieten während des Streiks einige Bergleute in ihrer Wohnung in Streit, bei der die den Arbeitswilligen gelieferten Gummischläuche gegenseitig in Tätigkeit gesetzt wurden. Schließlich schimpften sie sich gegenseitig als „Streikbrecher“ und „gelber Satan“. Die Sache kam zu Ohren der Polizei, die natürlich nicht wußte, daß sie ihren Schülplingen keinen guten Dienst erwiesen hatte, denn die Weisheit wurde als Streikhaue verhandelt. Die Strafkammer in Essen war aber in dieser Sache auffallend milde gestimmt und erkannte auf Geldstrafen von 20 M.

Nur sechs Monat Gefängnis beantragte der Staatsanwalt gegen einen Streiklinder, der nichts anderes getan hatte, als einen Arbeitswilligen durch die Worte: „Du oder Sod, wiffst Du auch noch zur Zeche gehen, wo niemand arbeitet!“ Das Gericht erkannte auf einer Monat Gefängnis. Der Angeklagte war nur mit einem Verweise vorbestraft.

Der Krieg.

Die Friedensaktion der Mächte.

Konstantinopel, 16. April. Um 11 Uhr begaben sich die Vertreter der Mächte zum Ministerium des Aeußern und unter-

nahmen den bereits angekündigten Schritt. Der russische Bevollmächtigte trat als erster ein, es folgten ihm der deutsche, der österreichisch-ungarische, der englische und der französische Vorkämpfer.

Unzufriedene Reservisten.

Nach Mitteilungen des „Avanti“ herrscht unter den Mannschaften der Jahresslassen 1888 und 1889, die den Truppenverbänden des Expeditionskorps in Tripolis angehören, große Unzufriedenheit. Mit der Aüßerbeförderung der Jahresslasse 1888 hat man zwar schon begonnen, die Zahl der Reservisten auf afrikanischem Boden ist aber immer noch sehr groß. Jedenfalls ist die Stimmung der Mannschaften, die über Gebühr ihrer Heimat ferngehalten werden, für einen Vorstoß ins Innere nicht günstig. Auch die Familien der Reservisten beschwerten sich, daß ihnen deren Hilfe bei den Feldarbeiten entzogen ist.

Die Revolution in China.

Der Schutz der Deutschen im Auslande.

Peking, 15. April. Gegenüber den Klagen über ungenügenden militärischen Schutz der deutschen Interessen in China schreibt ein Berliner Telegramm der „Münchener Zeitung“: Ueberall, wo deutsche Kolonien in China bestehen, ist auch für ausreichenden militärischen Schutz gesorgt. Außer den auf die verschiedenen Plätze verteilten Truppen sind die kleinen Kreuzer und Kanonenboote bereit, dort einzugreifen, wo Deutsche gefährdet sind. Für den Notfall stehen auch noch Truppen der Besatzung von Tjingtau zur Verfügung. Daß Deutschland nicht mit einer so starken Truppenmacht auftreten kann wie etwa Rußland und Japan, ist in der geographischen Lage begründet. Aber die Tatsache, daß abgesehen von einem traurigen Fall in Tientsin, im bisherigen Verlauf der ganzen Wirren kein deutsches Leben verloren gegangen ist, kann als Beweis dafür gelten, daß die getroffenen Schutzmaßnahmen der Lage vollkommen entsprechen. Schon mit Rücksicht auf die finanzielle Seite der Sache hat man sich nicht entschließen können, noch größere Truppen sendungen vorzunehmen.

Aus der Frauenbewegung.

Lebensbilder führender Frauen.

(B. Rightingale und J. E. Butler.)

Auf dem ersten Abend des Vortragszyklus „Lebensbilder führender Frauen“, veranstaltet vom Verein Frauenwohl, referierte zunächst Elise Lüders über Florence Rightingale:

Florence Rightingale wurde 1820 in Florenz geboren, weshalb sie auch Florence genannt wurde, und ist im Jahre 1810 gestorben. Als Schriftstellerin und Organisatorin für Kranken- und Gesundheitspflege hat sie großartige Erfolge erzielt. In jeder Weise ist sie aber auch von günstigen Umständen unterrichtet worden. Sowohl ihr Vater als auch ihre Mutter sind treffliche Menschen gewesen, die ihrer Tochter eine gebiegene Bildung haben zuteil werden lassen. Wohl haben bei ihr Genie und natürliche Reigung zusammengezwirrt, aber vor allem hat doch die tiefe, wissenschaftliche Erkenntnis und vorzügliche Schulung dazu beigetragen, aus Ms. Rightingale das zu machen, was sie geworden. Mit 24 Jahren trat sie in ihren Beruf ein und erhielt in Kaiserzweck ihre Ausbildung. Mehrere Jahre verbrachte sie in verschiedenen Ländern, wo sie in Hospitälern studierte. Im Krimkriege organisierte sie eine muftergültige Kranken- und Wundverbandspflege. Fast zwei Jahre blieb Ms. Rightingale auf dem Kriegsschauplatz und wirkte als Vorsteherin der Hospitälern in Sutar und Balakama. Es ist das erstmalig gewesen, daß eine Frau einen solchen Posten ausfüllte und mit einer solchen Aufgabe betraut wurde. Einen energischen Kampf hat sie erst nach mit der Bureaokratie auszufechten gehabt, um mit ihren Reformen und Anordnungen durchkommen zu können. Aus dem Krimkriege nach England zurückgekehrt, wirkte sie von nun an in hervorragendem Maße erzieherisch. Man wolle ihr eine Ehrengabe stiften für ihre großen Verdienste, die sie sich erworben. Der Kriegsminister aber, ihr Freund, erklärte den Begehrten, daß sie nur Gaben zur Errichtung einer Pflegerinnen-schule annehmen würde. Dieser Plan blieb in England auf starren Widerstand und löste großen Spott aus. Man sagte, die Pflegerinnen, die da wären, seien ganz gut, wenn sie auch manchmal stark tranken, was ihnen nicht zu verdenken sei, da ja ihr Dienst schwer und langweilig wäre. Und tränke eine gar zu viel, so könnte man sie ja immerhin entlassen. Ja selbst der größte Chirurg von damals gab eine unglaublich rückständige Aeußerung zum Besten über die Qualitäten, die ein Pfleger zu seinem Beruf bedürfe. Der Plan ist aber doch verwirklicht und die Pflegerinnen-schule errichtet worden, mit fünfzehn Schülern, und zwar gegen den Willen der Aeußerer. Allein die englischen Soldaten spendeten aus Dankbarkeit 80 000 Pfund Sterling hierzu.

Die höchste Autorität, die Ms. Rightingale in der Pflege anerkannt hat, war die Wissenschaft. Ihre Reformen mühtren hierdurch notwendigerweise mit den kirchlichen Gepflogenheiten auf dem Gebiete der Krankenpflege kollidieren, wo oft notwendige Funktionen hinter den festgesetzten Verfahren zurückstehen mühtren und wo die schwarze Tracht vorherrschte, die im Widerspruch steht mit den Forderungen der hygienischen Wissenschaft. Der Pflegedienst von Ms. Rightingale war weltlich organisiert, sie hat die Krankenpflege nicht als Buße oder Aufopferung zum Himmel, sondern als Weg zu wirtschaftlicher Selbständigkeit angesehen. Die Trennung von Dienstoffenergie und Berufspflegern war ebenfalls eine ihrer neuen Reformen. Als Lehrerin der Gesundheitspflege und als Schriftstellerin für Humanität hat sie unermüdlich gewirkt. Einer ihrer Aussprüche war: Sie gebrauche das Wort Pflege, weil sie keine andere Bezeichnung habe, aber das Wort Pflege enthalte mehr, als was man darunter gewöhnlich versteht; Luft, Sonne, geeignete Kost, Erholung, freundliche Umgebung usw. seien notwendige Bestandteile der Krankenpflege.

Ms. Rightingale hat aber auch als Sozialpolitikerin eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltet. Sie übte scharfe Kritik an den Hungerlöhnen der Arbeiterinnen, ist für kürzere Arbeitszeit eingetreten, und hat bessere hygienisch und sanitär eingerichtete Arbeitsstätten gefordert mit der Begründung, daß die Gesundheit das einzige Kapital des Arbeiters wäre.

Ebenso hat sie die falsche Auffassung bekämpft, daß die Verbindung einer Krankheit oder gar eine ansteckende Krankheit sei. Das Ansteckfieber könne durch Sauberkeit und antiseptische Maßnahmen ausgerottet werden. So setzte sie auch durch, daß in Entbindungsanstalten Aerzte und Pflegerinnen mit keiner anderen Abteilung mehr in Verbindung kamen. In ihren Schriften hat Ms. Rightingale als Hauptverdienst eine Philosophie der Krankenpflege hinterlassen. Durch ihre hygienischen Schriften geht der Gedanke hervor, es ist besser zu heilen. Noch mehr aber als im Kriege gegen Wunden, hat Ms. Rightingale im Kampfe gegen die Bureaokratie und Militärbehörden geleistet. Besonders hierin könnten die Frauen in Deutschland von ihr lernen. In Forderungen gegen den stark ausgebauten militärischen Beamtenstab und gegen sonstige Widerstände durchzudringen.

Ueber Josephine Butler referierte Anna Bappich. Ms. Butler war die Begründerin der Sittlichkeitsbewegung. Ms. Butler hat keine Schulbildung im eigentlichen Sinne des Wortes erhalten, sondern ist auf die Bildung angewiesen gewesen, die ihr das Elternhaus zuteil habe werden lassen. Als Tochter

# Aus aller Welt.

## Könige Nabaubrüder.

eines Edelmannes und aristokratische Dame ist sie tief religiös und ganz weiblich gewesen. In hohem Maße musikalisch, wollte sie die Kunst zu ihrem Lebensberuf machen, doch machte die Heirat diesem Traum ein Ende. Ihr Mann war Dozent der klassischen Philosophie und Kunst an der Universität zu Oxford. Dort lernte sie einen Gelehrten kennen, den sie sehr hoch schätzte. Als sie nun eines Tages ein Mädchen traf, das verführt und dann verlassen worden war, hat sie jenen Gelehrten um Rat und Unterstützung. Der aber habe ihr grantwortet: über solche Dinge sollte eine Frau schweigen und nicht nachdenken. Das hat bei ihr Opposition ausgelöst und den Gedanken in ihr wachgerufen, den Kernstein, Verlassenen ihres Geschlechts ihre Kraft zu widmen. So nahm sie eine Sündenmörderin nach Verführung der Gefängnisstrafe als Dienstmädchen zu sich. Bei einer Rückkehr in ihr Heim wurde sie schwer durch den Verlust ihrer einzigen Tochter betroffen, fand aber nachher noch die Kraft, ihren Mann, der völlig gebrochen war, wieder empor zu richten. Auf einer Reise über den Kontinent lernte sie Ms. Butler die dortigen fittlichen Verhältnisse kennen. England hatte damals nur in 18 Garnisonstädten eine regulierte Prostitution. Daher hatte Ms. Butler diese Verhältnisse bis dahin gar nicht kennen gelernt, aber auf dem Kontinent gewann sie Einblick in die Tiefen des Lasters, und es empörte sie aufs äußerste, daß unter der Aufsicht des Staates die Prostitution sich breit machte. Später kam sie nach Liverpool, das damals schon eine große Fabrikstadt war und wo unfähiges Arbeiterelend herrschte, die soziale Pflege aber tief im Argen lag. Dort lernte sie auch das „Werkhaus“ kennen, wo Verkrochener und Kranke, Mädchen und Frauen, alt und jung beieinander hausten.

Es gelang ihr, ein Stiebshaus für Kranke und ein Haus für Arbeiterinnen, die weder Heim noch Eltern hatten, zu gründen und sie aus dem „Werkhaus“ herauszunehmen. Später unternahm sie zum zweiten Male eine Reise nach dem Kontinent. Damals wurde in England der Seichenswurf vorgelegt, nach dem die Ausdehnung der Reglementierung der Prostituierten auf das ganze Land erfolgen sollte. Ärzte und Frauen protestierten und riefen Ms. Butler zum Kreuzzug gegen dieses Gesetz auf. Bis dahin war Ms. Butler politisch und öffentlich noch nicht aufgetreten. Jetzt wo man sie rief, trat sie in die politische Arena, um in dieser Frage zu kämpfen. Sie erließ eine Flugschrift und gründete eine Frauenliga gegen die Reglementierung. In wenigen Wochen hatten sich viele Tausende von Frauen diesem Unternehmen angeschlossen, mehr, als in den letzten zehn Jahren in Deutschland sich für die Bestrebungen der bürgerlichen Frauen zusammengesunden haben.

Alle Schmähungen, Drohungen, ja selbst Lebensgefährden hielten Ms. Butler nicht zurück. Der Erfolg war glänzend. 1878 hob das Parlament die Reglementierung auf. Vorher hatte Ms. Butler die abolitionistische Föderation gegründet. Da sich die Engländer bei der Kritik der Zustände immer auf andere Länder beriefen, folgte sie: „Dort muß ebenfalls gearbeitet werden!“ Sie bereiste jene Länder und in Belgien fand sie den Hauptplatz eines schmutzigen Mädchenhandels und brachte darüber stammende Artikel in die Presse. Dafür erhielt sie eine Anklage, aber Ms. Butler verteidigte sich in Liverpool so glänzend, daß sie freigesprochen wurde. Der belgische Staat verklagte nun den in Betracht kommenden Mediziner; in dem Prozeß aber stellte es sich heraus, daß alle vorgebrachten Anschuldigungen auf Tatsachen beruhten. Viele hohe Personen, darunter solche von der Polizei, mußten infolgedessen abtreten.

Die Referentin Pappich schilderte zum Schluß die persönlichen Eindrücke, die sie von dieser gütigen und schlichten Frau empfangen habe, als sie mit ihr zusammengetroffen sei.

### Eine Frau im böhmischen Landtag?

Für die Nachwahl im Landtagswahlbezirk Nymburg-Jungbunzlau-Land kandidierte für die Jungtschechen und Nationalsozialen die Schriftstellerin Kunetznika, deren Wahl als gesichert gilt. Das geltende Wahlgesetz schließt die Wahl weiblicher Abgeordneter nicht aus. Es bindet aber das aktive Wahlrecht an den von den Arbeitern nur selten erreichten 8 Kronen-Jenfuß.

Feste und Diskussionsabend „Sächs.“. Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, G. Schiller Str. 16: Sitzung, Vortrag. Gäste willkommen.

*Lob from Thomas von  
Kocherinnus Wolzloffen  
meist von Einmann und von  
Wolzloffen meinst.*

*Lov Oxford meinst!*

**Achtung!**  
Werkstätten, Vereinen u. Gewerkschaften empfehle ich mein herrlich am Wasser, Wald und Bergen belegenes Ausflugstotal. — Billigste Dampfvermittlung. — Prospekt gratis.  
Verantwortungsvoll  
Herr Robert Voigt, Krampenb., Witt RSpentz Nr. 227.

**Auf Teilzahlung!** Ohne Anzahlung! Kein Kassierer.  
Teppiche, Gardinen, Stores, Portieren, Stepp-, Plüsch- und Divandecken.  
Maizner, Gustavstraße 11. Bilderhändler. Auktion ab. Verkauf erdel.

**Michel-Salonbriketts**  
W. 7.75 pro 1000 (netto) 217.  
Koch, Rixdorf, Dersitz, 110 II.  
Haben die Stoffe in jenseitigen Anzügen od. Paletot nach Maß, schön, leicht, sauber, sauber von 25 Mark an. Moritz Laband, Nein-Franenstraße, II. (Städt. Bän.)

**Ohne jede Anzahlung**  
Praktisches Fabrikat  
Pianos  
Flügel und Harmoniums  
verkauft zu billigen monatlichen Teilzahlungen ohne jeden Preiszuschlag.  
Für jedes Instrument gewährt ich 3jährige schriftliche Garantie.  
Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Strasse 1.  
Erika Kurlandstr. Tel. 64 10416  
Auch Sonntags geöffnet.

Rom, den 18. April. (Sig. Ber.) Seit Anfang April spielt vor einem römischen Gericht ein Verleumdungsprozeß, an dem zwei adeliche Familien beteiligt sind. Ein Marchese Spinola hat gegen einen Herrn Koli da Costa wegen Verleumdung geklagt. Der Beklagte hat nämlich, der Anklage zufolge, auf den Marchese Spinola den Verdacht gewälzt, anonyme Briefe geschrieben zu haben, in denen die Ehre der Frau Koli da Costa angegriffen wurde. Aus diesen Angaben erhellt das sympathische Milieu, in dem der Prozeß spielt: anonyme Briefe, Ehrabschneiderei usw. Auf demselben moralischen Niveau stand auch die Szene, die sich am Nachmittag des 12. nach Schluß des Verhandlungstages abspielte. Die vier Söhne des Marchese Spinola fielen nämlich über den als Zeugen auftretenden Marchese Calabrinini her, einem Oberstallmeister des Königs, nannten ihn ein altes Schwein und prügeln ihn durch. Die Söhne hielten Calabrinini fest, und der Herr Vater hieb mit dem Stock auf ihn, bis er niederfiel. Nachher sprang einer der jungen Spinola Herrn Koli da Costa an die Kehle. Als sich ein alter Graf Regroni einmischte, um Frieden zu stiften, wurde er geschlagen und getropft, so daß er zwei Hautwunden blutete. Die hocharistokratische Szene endete damit, daß Calabrinini und Regroni ins Krankenhaus gebracht und der Marchese Spinola mit seiner hoffnungsvollen Braut verhaftet wurden. Zwei der Söhne sind inzwischen entlassen worden. Wegen die anderen und gegen den Vater wird wegen Beamtenehrendung vorgegangen, da nach italienischem Recht der Zeuge dem öffentlichen Beamten gleichgestellt ist. Natürlich zieht die Kauferei auch einige sogenannte Ehrenhändler nach sich. Dabei ist zu bemerken, daß einer der jungen Spinola im vorigen Jahre ein Duell abgelehnt hat, weil er es mit seiner religiösen Ueberzeugung nicht vereinigen konnte. Wie gut, daß sich das Ueberfallene einzelner durch eine fünfköpfige Familie mit der religiösen Gesinnung des jungen Marchese vereinigen läßt!

### Ins Meer gestürzt.

Einem tragischen Geschick scheint der französische Luftschiffer Deloup erlegen zu sein. Wie ein Telegramm aus Paris meldet, wurde der Luftschiffer „Centaur“, der am Sonntag mit dem Luftschiffer Deloup an Bord, als Teilnehmer eines Wettfluges von 17 Ballons in Saint Cloud aufgestiegen war, am Montagvormittag von dem norwegischen Dampfer „Strafad“ im Atlantischen Ozean, etwa 15 Meilen von der Küste von Sables d'Olonne, im Wasser treibend aufgefunden. Die Hülle war entleert und der Ballontreifen gebrochen. Ob Deloup ertrunken ist oder der Ballon sich nach der Landung wieder losgerissen hat, ist unbekannt. Die anderen Ballons sind glücklich gelandet.

### Die erste Kanalkiegerin.

Nachdem der Kanal bereits wiederholt von männlichen Abiatlern überflogen worden ist, hat nunmehr auch ein weiblicher Flieger das Wagnis vollbracht. Und zwar ist es die amerikanische Fliegerin Quimby, die am Dienstag früh um 5 Uhr 36 Minuten in Dover aufstieg. Um 7 1/2 Uhr konnte sie nach glücklich verlaufenem Fluge an der französischen Küste bei Doulogne landen.

### Kleine Notizen.

**Kohlengasvergiftung im Gymnasium.** Infolge Anstreichens von Kohlendioxid aus einem undicht gewordenen Heizkörper erkrankten Dienstag vormittag bei der Eröffnungsfeier in der Aula des Wäcker Gymnasiums dreizehn Schüler, meistens Sextaner und Quintaner. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Eine Gefahr für die Erkrankten besteht nicht. Die Feier wurde sofort abgebrochen.  
Ein Drama im Eisenbahnzuge. Bei der Ankunft in Parisruhe wurden Dienstag früh in einem aus Stuttgart kommenden D-Zuge in einem Frauenabteil die Leichen eines Studenten und einer Kaffiecerin gefunden. Die

beiden Todeben hatten ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

**Verkrüht.** Das 4 Jahre alte Söhnchen des Eigentümers Bretall in dem pommerischen Dorfe Rohn fiel rücklings in einen Kessel mit kochend heißem Wasser, den die Mutter für einen Augenblick auf dem Fußboden gesetzt hatte. Das unglückliche Kind erlitt so schwere Brandwunden, daß es bald darauf verstarb.

**Jugzusammenstoß.** Auf der Station Weidenthal in der Pfalz sind in der vergangenen Nacht zwei Güterzüge zusammen gestoßen. Dem Wagenwärter Weber aus Kaiserslautern wurden beide Beine zerschmettert. Der Jungführer und der Lokomotivführer sind leichter verletzt. Der angegriffene Sachschaden ist sehr bedeutend.

**Drei Menschen verbrannt.** Bei einem in der letzten Nacht in Romscheid ausgebrochenen Brande sind drei Menschenleben vernichtet worden, und zwar ein Ehepaar und dessen 18jähriger Sohn. Das Feuer ist anscheinend durch Unachtsamkeit entstanden.

**Gochwasser im Gebiet der Wolga.** Die Wolga und ihre Nebenflüsse führen seit einigen Tagen starkes Hochwasser. In der Umgebung der Samara wurden viele Bauwerke fortgerissen. Beim Ueberfließen über den Fluß sind fünf Personen ertrunken. — In Sjaratow richtete der Eisingang der Wolga großen Schaden an. Sechzehn Schiffe wurden auf das Ufer geworfen.

### Eingegangene Druckschriften.

**Kongo-Geschichten.** Von Jürgen Würgelen. 1 B. Deutsche Dichter-Gedichtersammlung, Hamburg-Großbörstel.  
**Das Mysterium des Demurgos.** 2 Bände. Von K. Schaffstein. 3 B. S. Rosenbaum, Wilmersdorf.  
**Jahrbuch der Angehörigen-Bewegung.** 6. Jahrg. 1. Heft. 34 S. 4 Hefte. 6 B. Industriebeamten-Verlag, Berlin NW. 52.  
**Krankheit und soziale Frage.** 1. Lieferung. Herausgegeben von Prof. Dr. R. Koffe und Dr. G. Tugendreich. Erscheint in 3 Lieferungen. J. S. Lehmann, München.

### Witterungsübersicht vom 16. April 1912.

Stationen	Barometer humb mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temperat. in Grad C.	Stationen	Barometer humb mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temperat. in Grad C.
Schwintende	772.0		1	wolkenl.	6	Caparanda	762.25		4	wolkenl.	1
Hamburg	772.950		1	Rebel	8	Petersburg	763.25		3	wolkenl.	0
Berlin	772.50		2	Rebel	8	Schilly	768.2		2	wolkenl.	9
Frankfurt a. M.	768.90		2	Rebel	6	Widderberg	768.525		2	Rebel	11
München	767.90		2	halb bb.	2	Paris	768.90		3	wolkenl.	5
Wien	769.50		1	halb bb.	1						

**Weiterprognose für Mittwoch, den 17. April 1912.**  
Trocken und vielach heiter, nachts wieder kalt, am Tage ziemlich mild bei meist schwachen östlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten.**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		16. 4.		Wasserstand	am		16. 4.	
	15. 4.	14. 4.	15. 4.	14. 4.		15. 4.	14. 4.		
Wemel, Mittel	354	-22	354	-22	Saale, Großsch.	112	-3	112	-3
Bregel, Jankenburg	21	-14	21	-14	Saale, Spandau	80	+2	80	+2
Wald, Elbhorn	442	-46	442	-46	Wald, Elbhorn	150	+3	150	+3
Oder, Rastow	206	+4	206	+4	Spre, Spremberg	84	-6	84	-6
• Krossen	247	-7	247	-7	• Besslau	85	0	85	0
• Frankfurt	244	+10	244	+10	Weser, Wänden	200	-2	200	-2
• Wärlde, Schrumm	90	+6	90	+6	• Rinteln	258	+1	258	+1
• Landsberg	74	0	74	0	• Rhein, Reginthausen	406	-6	406	-6
• Rode	69	+14	69	+14	• Raib	219	0	219	0
• Gibe, Leimert	40	-5	40	-5	• Rölln	247	-3	247	-3
• Dresden	75	-5	75	-5	• Reitz, Heilbronn	94	+9	94	+9
• Dersb	207	-9	207	-9	• Rein, Berthelm	170	-2	170	-2
• Magdeburg	168	-5	168	-5	• Wosel, Arier	94	-12	94	-12

+) + bedeutet Sturz, — Fall — \*) Unterpegel.

**Josetti Cigaretten**

*Junio Vera*

Ziehung am 27., 29. u. 30. April  
**1. Strassburg. Münster Geld-Lotterie**  
Lose 3 Mk. 30 Pfg. extra.  
250000  
75000  
30000  
20000  
10000  
Lud. Müller & Co. Berlin C., Breitenstrasse 5  
J. Stürmer Strassburg i.E., Langstr. 107

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**8. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Parteigenosse, der  
**Anton Piotronski**  
(früher Bezirk 249) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 17. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Michael-Straßen-  
Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 15. d. Mts. verstarb unser  
Genosse, der **Widder**  
**Rudolf Lehmann**  
Gleimstr. 36.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. April, nach-  
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause  
aus nach dem südlichen Friedhof  
in Friedrichshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am Sonntag, den 14. April ver-  
starb unser Genosse, der **Schlosser**  
**Oskar Manske**  
(Walplaquestr. 36.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
auf dem neuen Nazareth-Friedhof  
in Heinersdorf-Bez. Köpenicker-  
Str. 144.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Tischler  
**Richard Koschel**  
Rummelsburg, Krossener Str. 24,  
im Alter von 55 Jahren ge-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle  
des Rummelsburger Gemeinde-  
Friedhofes, Südtr. 144, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verein  
der Bildhauer Deutschlands.**  
Verwaltung Berlin.  
Am Sonntag, den 14. April,  
verstarb nach langer Krankheit  
unser Mitglied, der Holzbildhauer  
**Karl Holnecker**  
im Alter von 28 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem  
Wilmersdorfer Friedhof, Nord-  
str. 144, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der Buch- und  
Steindruckerei-Arbeiter u.  
Arbeiterinnen Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 15. April starb plötzlich  
unser Kollege, die Angestellte  
**Anna Höstermann**  
im Alter von 41 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, auf dem  
Wilmersdorfer Friedhof, Nord-  
str. 144, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 15. April verstarb nach  
langer Krankheit unsere allzeit  
geliebte Witwengemeinschaft, Frau  
**Anna Höstermann**  
Die Verstorbenen hat jahrelang  
als Vertrauensperson und Mit-  
glied des Arbeitervereins in  
Kategorie des Personalrat gewirkt  
und wird uns daher durch ihren  
lieblichen Charakter, geraden Cha-  
rakter und treue Kameradschaft  
bis in ebendem Andenken  
bleiben.  
Berlin, 15. April 1912.  
Das Personal der  
**Buchdruckerei Otto Kliner.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des neuen  
Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes,  
Mariendorfer Weg, aus statt.

**Deutscher  
Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Herm. Tschammer**  
am 13. d. Mts. an Lungenleiden  
gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 17. April, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Michael-Straßen-  
Kirchhofes in Ploegsee aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Otto Schulze**  
am 15. d. M. 115/12  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. April, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Michael-Straßen-  
Kirchhofes, Hermannstraße in Rixdorf  
aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Otto Schulze**  
Laufiger Straße 40  
im 60. Lebensjahre nach langem,  
schwerem Leiden gestorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr  
von der Leichenhalle des neuen Michael-  
Straßen-Kirchhofes, Hermann-  
straße, aus statt. 60E

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse  
d. Drechsler u. Berufsgenossen.**  
(E. H. 86 Hamburg.)  
Verwaltungsstelle Berlin A.  
Den Mitgliedern hierdurch zur  
Nachricht, daß unser Mitglied  
**Karl Meißner**  
am 14. April verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 17. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Michael-Straßen-Kirchhofes  
in Ploegsee aus statt. 299/14  
Die Ortsverwaltung.

Hiermit zur Nachricht, daß mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
der Schankwirt  
**Rudolf Lehmann**  
verstorben ist. 30E.  
Berta Lehmann geb. Engel  
nicht hinderlich, Glismstr. 26.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. April, nach-  
mittags 3 Uhr, vom Trauer-  
hause aus nach dem Zentral-  
Friedhof Friedrichshagen statt.

Am Sonntag, den 14. April,  
verstarb nach langem Leiden  
unser Sohn  
**Max**  
im 22. Lebensjahre an Herzschwäche.  
Dies gelien tiefbetriibt an  
**Max Paetzold nebst Frau.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 18. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des Michael-Straßen-Kirchhofes  
auf dem südlichen Friedhof,  
Köpenicker-Str. 144, aus statt.

Am 16. April starb meine liebe  
Frau, unsere liebe Mutter  
**Elise Sondermann**  
geb. Witzke  
im 57. Lebensjahre.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am  
19. April, nachmittags 4 Uhr, von  
der Halle des Michael-Straßen-  
Kirchhofes aus auf dem südlichen  
Friedhof, Köpenicker-Str. 144,  
aus statt. 6E

**Dankfagung.**  
Allen Freunden, Bekannten und  
Genossen, insbesondere meinen werthen  
Kollegen sage ich für die herzliche  
Teilnahme bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau meinen besten Dank.  
1190E  
**Bertram Schleierich.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme und Blumenspenden  
bei der Beerdigung meines lieben  
Mannes  
**Gustav Jesche**  
sage ich meinen innigsten Dank.  
Die tiefbetriibte Witwe  
**Pauline Jesche.**

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und  
reichen Kranzspenden bei der Beerdigung  
meiner lieben Frau und guten  
Mutter sage ich hiermit allen Be-  
teiligten meinen herzlichsten Dank.  
**Eduard Martin.**

**Westmanns Trauermagazin  
Extra-Abteilung**  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalomer Straße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt-Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schlei-  
er etc. v. einfachsten bis zum  
hochfeinsten Genre z. äußerst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**Orts-Krankenkasse  
Friedenau.  
General-Versammlung**  
am Montag, den 29. April 1912,  
abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant  
Kaiser-Wilhelm-Garten, Rhein-  
straße Nr. 65, 1. Treppe.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes.  
2. Annahme der Jahresrechnung pro  
1911.  
3. Bericht der Revisoren.  
4. Bewilligung von Geldmitteln für  
das Heilungsheim.  
5. Verschiedenes. 273/30  
Einige Beschwerden, zu welchen  
die Einsichtnahme der Bücher und  
Bilanz erforderlich ist, können nur  
berücksichtigt werden, wenn dieselben  
schriftlich vor der Generalversammlung  
eingereicht werden.  
Der Vorstand:  
Hensel, Hildebrandt,  
Vorstand. Schriftführer.

**Damen-Konfektion  
Robert Baumgarten**  
Engros Export  
Hausvogtel-Platz 11  
1. Etage (kein Laden)  
sehr guter Untergrundbahnhof  
(an der Jerusalem Straße)  
verkauft

**auch  
einzelne  
Paletots  
Kostüme  
Kostüm-  
Röcke  
Seiden-  
Mäntel  
Blusen**  
Bei Vorzeigung dieses Inserats  
an der Kasse werden 5 Proz.  
Rabatt vorgütet.  
— Auch Sonntags geöffnet. —

**Orts-Krankenkasse  
der  
Gastwirte u. verw. Gewerbe  
zu Berlin.  
Bekanntmachung.**  
Die  
**Ordnung. General-Versammlung**  
der gewählten Kassenvorsteher  
findet am **Donnerstag, den  
25. April 1912, nachmittags  
3 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn  
Schilling, Rosenhauer Str. 11/12, statt.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Rechnungsprüfungs-  
kommission.  
2. Annahme und Besprechung des  
Jahresberichts für das Geschäftsjahr  
1911.  
3. Entlassung der ausgeschiedenen  
Vorstandsmitglieder Herrn Feig  
Woll, Arbeitgeber, mit der Amts-  
dauer bis zum 31. Dezbr. 1912.  
4. Besprechung und eventuelle Be-  
schlußfassung zur Reorganisation  
der Krankenkassen Berlins.  
5. Allgemeines.  
Berlin, den 2. April 1912,  
273/7  
Der Vorstand:  
H. Poppe, Vorsitzender.  
G. Braun, Schriftführer.

**Bekanntmachung  
der  
Orts-Krankenkasse  
für  
Franz Buchholz (Glanten-  
burg) und Heinersdorf.**  
Die Herren Arbeitgeber und Mit-  
glieder der Orts-Krankenkasse werden  
hierdurch zu der am  
**Dienstag, den 23. April,  
abends 7 1/2 Uhr,**  
im Lokal des Herrn Rosoff statt-  
findenden  
Erstwahl für die aus-  
geschiedenen Delegierten zur  
Generalversammlung  
eingeladen.  
Die Herren Arbeitgeber wählen zwei  
Delegierte und zwar je einen für  
Franz Buchholz und Heinersdorf.  
Die Wahl findet statt in der Zeit von  
7 1/2 - 8 Uhr.  
Daran anschließend:  
Wahl von Arbeitnehmern und  
zwar 5 für Franz Buchholz, 5 für  
Glantenburg und 1 für Heiners-  
dorf.  
Die Wahl findet statt in der Zeit  
von 8 - 9 1/2 Uhr. Das Mitgliedsbuch  
legitimiert.  
Nachdem:  
**Frühjahrs-Generalversammlung**  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses  
und Entlastung.  
3. Festsetzung der Entschädigung für  
die Hilfskraft im Kassendirektor.  
4. Antrag des Arbeitgebers betreffend  
die Bewilligung eines Wohnungsgeldzuschusses an den Rentanten.  
5. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern  
(1 für Franz Buchholz, 1 für  
Glantenburg).  
6. Beschlußfassung betreffend den Be-  
tritt der Orts-Krankenkasse für  
Franz Buchholz (Glantenburg) und  
Heinersdorf zur freien Ver-  
einigung der Krankenkassen der  
Provinz Brandenburg.  
7. Verschiedenes.  
F. Voigt, Vorsitzender.

**Orts-Krankenkasse  
für das Gewerbe der  
Tischler und  
Pianoformarbeiter  
zu Berlin.**  
Donnerstag, den 25. April 1912,  
abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Kassemitglieder  
und der Arbeitgeber im **Gewerkschafts-  
haus (Saal 1), Engelstr. 15.**  
Tagesordnung:  
1. Annahme der Jahresrechnung pro  
1911 und Bericht der Revisoren.  
2. Die Reorganisation der Orts-  
krankenkassen Berlins für die in der  
Holzindustrie beschäftigten Personen.  
1192E  
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse  
für das Gewerbe der  
Tischler und  
Pianoformarbeiter  
zu Berlin.**  
Donnerstag, den 25. April 1912,  
abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
der Vertreter der Kassemitglieder  
und der Arbeitgeber im **Gewerkschafts-  
haus (Saal 1), Engelstr. 15.**  
Tagesordnung:  
1. Annahme der Jahresrechnung pro  
1911 und Bericht der Revisoren.  
2. Die Reorganisation der Orts-  
krankenkassen Berlins für die in der  
Holzindustrie beschäftigten Personen.  
1192E  
Der Vorstand.

**Orts-Krankenkasse  
der Vergolder und  
Berufsgenossen.**  
Einladung  
zu der am **Donnerstag, den  
25. April, abends 8 Uhr, statt-  
findenden** 273/19  
**General-Versammlung**  
im **Gewerkschaftshaus, Engel-  
str. 15, Saal 3.**  
Tagesordnung:  
1. Annahme der Jahresrechnung  
1911. 2. Besprechung und Beschluß-  
fassung über das Weiterbestehen der  
Kasse nach der Reichs-Versicherungs-  
ordnung. 3. Wahl eines Vorstands-  
mitgliedes (Arbeitnehmer). 4. Wahl  
der Krankenkassen. 5. Verschiedenes.  
Der Vorstand:  
H. Küpper, I. Admann,  
Vorstand. Schriftführer.

**Damen-Konfektion  
Robert Baumgarten**  
Engros Export  
Hausvogtel-Platz 11  
1. Etage (kein Laden)  
sehr guter Untergrundbahnhof  
(an der Jerusalem Straße)  
verkauft

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Stoff- u. Zelluloidarbeiter.**  
Donnerstag, den 18. April 1912, abends 6 Uhr, in den Rittersälen,  
(Süd. Berch), Ritterstraße 75:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum 1. Mal. 2. Bericht von der Gaultenerei  
und Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.  
Donnerstag, den 18. April 1912, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof,  
Königsplatz 130:  
**Versammlung aller in der Stimmöbelindustrie  
beschäftigten Arbeiter, Tischler, Polierer usw.**  
Tagesordnung:  
1. Vortrag über: „Gewerkschaftskämpfe — Klassenkämpfe“.  
Referent: Kollege Jul. Gildbrandt. 2. Branchen- und Verbands-  
angelegenheiten.

**Einseher.**  
Donnerstag, den 18. April, abends 8 Uhr:  
**Bezirks-Versammlungen**  
für die Bezirke 1, 2, 3, 4 und 6 in den bekannten Lokalen.  
**Möbelpolierer. (Bezirk Weihensee.)**  
Donnerstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, im Weihensee,  
Lehrerstraße 122:  
**Branchen-Versammlung.**  
82/3  
Die Ortsverwaltung.

**Steinarbeiter.**  
Freitag, den 19. April, abends 8 Uhr:  
**Kombinierte Versammlung**  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 15.  
Tagesordnung:  
1. Bericht vom ersten Quartal. 2. Wahl der De-  
legierten zum Verbandstage. 3. Stellungnahme zur  
Maifeier. 171/10E  
Die Mitgliedsbücher bezw. Karten sind mitzubringen.  
Um vollständiges und pünktliches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Zentrale Kranken- und Sterbekasse der Tüchtigen  
und verwandten Berufsgenossen** (E. H. 82)  
zu Berlin. 1191E  
Allen Kassemitgliedern zur Nachricht, daß eine  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
am **15. Mai 1912, abends 8 1/2 Uhr, in „Kellers Philharmonie“,  
Röhrstr. 24, 96/97**  
stattfindet, wozu sämtliche Mitglieder hiermit eingeladen werden.  
Tagesordnung:  
1. Auflösung der Kasse. — 2. Diskussion.  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des gültigen Mitgliedsbuches  
gestattet. Mitglieder, welche länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen  
im Rückstande sind, haben keinen Zutritt. Wer länger wie dreizehn Wochen  
rückständig ist, hat seine Mitgliedschaft verloren.  
Der Kassenvorstand:  
F. H. : Paul Herrmann, Rentant, Gröner Weg 3.

**Orts-Krankenkasse  
der Maler und ver-  
wandten Gewerbe.**  
Montag, den 22. April, abends  
8 1/2 Uhr, in den Rittersälen,  
Königsplatz 130:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht, Bericht der  
Revisionskommission und Annahme der  
Jahresrechnung pro 1911. 2. Stellung-  
nahme zur Reorganisation der  
Krankenkassen. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand. (1190E

Liebe Freunde  
gere erpicht zu  
**Westmann**  
Mohrenstr. 37a, Gr. Frankfurterstr. 115  
unser  
sehr zufriedener

**Wichtig**  
zur Vorbereitung für die Reise! Zur  
Verkleinerung meiner Läger  
Herabsetzung der Preise

in allen Abteilungen  
Schwarze Frauen-Mäntel, Seldon-  
Mäntel, Übergangs-Mäntel ::  
**Kostüme**  
Kleider :: Röcke :: Blusen  
Z. T. um ein Viertel.  
Des starken Andranges wegen in den Nachmittags-  
stunden erbittet Dessen mitgeteilt  
vormittags.



Theater.

Mittwoch, 17. April 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Fallman.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Der Meisterfinger von Nürnberg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. 1812.
Deutsches Haus 1. Teil.
Zirkus Buseh. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Gaberland. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Tautendstraße 48/49.
Weltbäder an europäischen Küsten.
Theater des Westend.
Abends 8 Uhr: Die schöne Helena.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Wiener Hut.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr: Alles für die Firma.
Schwan in 3 Akten von R. Hennequin und G. Wittich.
Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.
Sonntag, 21. April, nachm. 3 Uhr: Ein Walzer von Chopin.
Luifen-Theater.
Heute und folgende Tage: Ich lasse Dich nicht.
ROSE-THEATER.
Große Frankfurter Str. 192.
Abends 8 Uhr: 5 x 100 000 Teufel.
Große Kiehlstr.-Böfse mit Gehang und Tanz von Jacobson und Thalberg.
Mittwoch, 17. April 1912: 5 x 100 000 Teufel.
Passage-Panoptikum.
Das vereinte Riesenpaar Brünhild und Dusorc.
Deutschland u. Frankreich.
Heute, das Löwenmädchen halb Mensch — halb Animal lebend zu sehen.
Ohne Extra-Entree.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice.
Die Saison-Schlager Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Eine Hochzeit in der Röhre.
Casino-Theater.
Kottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm mit Grete Gallas.
Abendliche Lustspiele!
Die lustige Strohwitwe.
Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Heute: Operetten- und Walzer-Abend!
Johann Strauß aus Wien.
Morgen Donnerstag: Johann Strauß, Walzer-Abend.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entrée 50, reserviert 75 Pf.
„Clou“ Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: Gr. Konzert.
Musik d. 2. Grde-Drig-Regts. Dirig. Oberm. Peschke.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags: Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.
Heute: Mahlmann-Orchester.
Jeden Wunsch-Konzert bei verstärktem Orchester.
Mittwoch: Hackepeter, Große Frankfurter Str. 106.

Urania.
Invalidenstr. 57-62, 11 1/2 Uhr vorm.: Prof. Dr. P. Schwahn: „Der Verlauf der Sonnenfinsternis.“
Taubenstraße 48/49 im Theater 8 Uhr: Weltbäder an europäischen Küsten.
Theater des Westend.
Abends 8 Uhr: Die schöne Helena.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Wiener Hut.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
8 Uhr: Alles für die Firma.
Schwan in 3 Akten von R. Hennequin und G. Wittich.
Morgen u. folgende Tage: Alles für die Firma.
Sonntag, 21. April, nachm. 3 Uhr: Ein Walzer von Chopin.
Luifen-Theater.
Heute und folgende Tage: Ich lasse Dich nicht.
ROSE-THEATER.
Große Frankfurter Str. 192.
Abends 8 Uhr: 5 x 100 000 Teufel.
Große Kiehlstr.-Böfse mit Gehang und Tanz von Jacobson und Thalberg.
Mittwoch, 17. April 1912: 5 x 100 000 Teufel.
Passage-Panoptikum.
Das vereinte Riesenpaar Brünhild und Dusorc.
Deutschland u. Frankreich.
Heute, das Löwenmädchen halb Mensch — halb Animal lebend zu sehen.
Ohne Extra-Entree.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice.
Die Saison-Schlager Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Eine Hochzeit in der Röhre.
Casino-Theater.
Kottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm mit Grete Gallas.
Abendliche Lustspiele!
Die lustige Strohwitwe.
Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Heute: Operetten- und Walzer-Abend!
Johann Strauß aus Wien.
Morgen Donnerstag: Johann Strauß, Walzer-Abend.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entrée 50, reserviert 75 Pf.
„Clou“ Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: Gr. Konzert.
Musik d. 2. Grde-Drig-Regts. Dirig. Oberm. Peschke.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags: Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.
Heute: Mahlmann-Orchester.
Jeden Wunsch-Konzert bei verstärktem Orchester.
Mittwoch: Hackepeter, Große Frankfurter Str. 106.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Nantzen geflattert.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahreshöhe in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von S. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.
Ki-Ko bei Kroll.
früher Neues Kgl. Operntheater.
Lichtspiele in wirklichen Naturfarben (Kinemakolor).
Das Eröffnungsprogramm ist von der gesamten Presse glänzend besprochen.
Täglich von 4-11 Uhr.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr: Die Saison-Schlager Der Polizeihund.
Das Broadway-Girl.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Eine Hochzeit in der Röhre.
Casino-Theater.
Kottbinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Aprilprogramm mit Grete Gallas.
Abendliche Lustspiele!
Die lustige Strohwitwe.
Brauerei Friedrichshain am Königstor.
Heute: Operetten- und Walzer-Abend!
Johann Strauß aus Wien.
Morgen Donnerstag: Johann Strauß, Walzer-Abend.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entrée 50, reserviert 75 Pf.
„Clou“ Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Heute: Gr. Konzert.
Musik d. 2. Grde-Drig-Regts. Dirig. Oberm. Peschke.
Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags: Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.
Heute: Mahlmann-Orchester.
Jeden Wunsch-Konzert bei verstärktem Orchester.
Mittwoch: Hackepeter, Große Frankfurter Str. 106.

Apollo Theater.
Ein sensationeller Erfolg des gr. komischen Programms.
Ganz Berlin spricht von Bellini.
Union-Theater.
ZU TODE GEHETZT.
Ein Mädchenschicksal mit Asta Nielsen in der Hauptrolle.
Außerdem: Die Experimente des Gedanklesers José de Labèro auf der Fahrt Berlin-Grünau.
Kinematographische Original-Aufnahme usw. usw.
Kammer-Lichtspiele Potsdamer Platz.
Das hochinteressante Programm!
U. a.: Graf Wolff Metternich mit seiner Gattin Claire Wallentin im neuesten Lustspiel „Der Stallmeister“.
Königstadt-Kasino.
Sofe Holzmart- u. Wenzelstraße.
D. anderwärtsige Riesenprogramm.
Unter anderem: Die heiratslustige Witwe.
Große Basse mit Gehang in 1 Akt.
Admiralspalast am Bahnh. Friedrichstraße.
Eis-Arena.
Allabendl. d. sensat. Eisballett „Yvonne“. Die kl. Walk-Königin Charlotta. Weltstr. Bror Meyer. Nachm.: Kunstlauf-Produktionen. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise. Restaurant I. Rang. Wein- und Bier-Abteilung.

Schluss der Saison am 24. April.
Zirkus Buseh.
Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Extra-Galavorstellung.
Neu! The Avolos! Neu! gr. gymn. Neuheit an 6 Baumstangen.
Iwanoff (Looping the Loop am schwing. Trapez).
Jack Joyce, der ber. amerik. Cowboy.
Amateur-Konkurrenz-Reiten! 50 M. Belohnung, wer stehend auf dem Pferde dreimal um die Manège reitet. Anmeldung im Bureau.
Um 9 1/2 Uhr: „Die Hexe“. Vorher das große Galaprogramm.
Zirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr: Gr. Extra-Vorstellung.
Neu! Gastspiel Neu! der Don-Kosaken mit ihren Original-Steppenpferden.
Um 9 1/2 Uhr das mit so großem Beifall aufgenommene Ausstattungsgstück.
Das Motorpferd.
Herrnfeld Theater.
Schluss diesjähriger Spielfaison: Montag, 29. April bis dahin täglich: Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Hierzu die Probest.
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetverkauf 11-2 (Theateroffe).
Sarrasani.
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Mittwoch, 17. April: 2 Galavorstellungen 2.
3 Uhr 7 1/2 Uhr.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf an d. Circuskasse und an sämtlichen Billetverkaufsstellen von A. Wertheim.
Infolge andauernden Massenandranges ist die Saison bis Sonntag, 21. April, verlängert.
Germania-Prachtsäle.
N., Chausseestr. 110. Carl Richter.
Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitags.
Wergangarten gelten.
Für den Bestand der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Zirkus Buseh.
Heute Mittwoch, den 17. April, abends 7 1/2 Uhr: Gr. Extra-Vorstellung.
Neu! Gastspiel Neu! der Don-Kosaken mit ihren Original-Steppenpferden.
Um 9 1/2 Uhr das mit so großem Beifall aufgenommene Ausstattungsgstück.
Das Motorpferd.
Herrnfeld Theater.
Schluss diesjähriger Spielfaison: Montag, 29. April bis dahin täglich: Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen. Hierzu die Probest.
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billetverkauf 11-2 (Theateroffe).
Sarrasani.
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Mittwoch, 17. April: 2 Galavorstellungen 2.
3 Uhr 7 1/2 Uhr.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf an d. Circuskasse und an sämtlichen Billetverkaufsstellen von A. Wertheim.
Infolge andauernden Massenandranges ist die Saison bis Sonntag, 21. April, verlängert.
Germania-Prachtsäle.
N., Chausseestr. 110. Carl Richter.
Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem Freitags.
Wergangarten gelten.
Für den Bestand der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Lottery results table for 'Z. Ziehung 4. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.' containing columns of numbers and winning amounts.



# Vorort-Nachrichten.

## Neukölln. (Nitzdorf).

### Glänzender Sieg!

Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen hat die Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg erfochten, die Gegner sind kräftig aufs Haupt geschlagen. Das Resultat ist folgendes:

1. Bezirk. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 460 resp. 458 Stimmen, die Demokraten 87 resp. 86 Stimmen, die Kommunalfortschrittler 186 resp. 180 Stimmen, die Altbürgerlichen 98 resp. 95 Stimmen.

Gewählt sind die sozialdemokratischen Kandidaten Rob. Dichte und Kar. Altscher.

2. Bezirk. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 388 Stimmen, die Demokraten 98 Stimmen, die Kommunalfortschrittler 318 Stimmen, die Altbürgerlichen 104 Stimmen.

Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Kommunalfortschrittler.

3. Bezirk. Sozialdemokratische Kandidaten 367 Stimmen, Demokraten 20 Stimmen, Kommunalfortschrittler 147, Altbürgerliche 262 Stimmen.

Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Altbürgerlichen.

4. Bezirk. Sozialdemokratische Kandidaten 511 resp. 512 Stimmen, Demokraten 24 Stimmen, Kommunalfortschrittler 134 resp. 138 Stimmen, Altbürgerliche 37 resp. 36 Stimmen.

Gewählt sind die sozialdemokratischen Kandidaten Aug. Vogel, Karl Mohr und Gustav Jesmeisel.

5. Bezirk. Sozialdemokratische Kandidat 727 Stimmen, Demokraten 25, Kommunalfortschrittler 85 Stimmen, Altbürgerliche 100 Stimmen.

Gewählt ist der sozialdemokratische Kandidat Dr. Fuert.

6. Bezirk. Sozialdemokratische Kandidaten 466 Stimmen, Demokraten 106 Stimmen, Kommunalfortschrittler 231 Stimmen, Altbürgerliche 107 Stimmen.

Stichwahl zwischen Sozialdemokraten und Kommunalfortschrittler.

Die Sozialdemokratie hat bis jetzt von den 11 Mandaten der 2. Abteilung in 3 Bezirken 6 Mandate beim ersten Ansturm erobert und steht in den übrigen 3 Bezirken mit 5 Kandidaten in aussichtsreicher Stellung.

Die sozialdemokratische Partei verfügt jetzt über 30 Mandate von 72 Stadtverordneten. Die Gegner haben in der Hauptwahl nicht ein Mandat erobert.

Das ist die Quittung für den Wahlrechtsraub!

## Charlottenburg.

**Ernährung der Mütter.** Die Stadt Charlottenburg hat bekanntlich dem Hauspflegeverein eine Summe zur Verfügung gestellt, aus der an unbemittelte oder wenig bemittelte Schwangere 4 Wochen vor der Entbindung und für die Zeit des Wochenbettes Beihilfe gewährt werden sollen, um sie für ihre Aufgabe des Selbsthilfens vorzubereiten. Die Beihilfe besteht meist in der Verabreichung eines kräftigen Mittagessens oder in der Lieferung sonstiger Lebensmittel. Zu diesem Zwecke sind folgende Speiseanstalten eingerichtet: Charlottenburger Ufer 18, Königsweg 64, Wilmerdorfer Straße 111, Berliner Straße 137 und Alt-Neubau 39.

Meldungen werden von der Ernährungsabteilung Marschstr. 71 Dienstag und Freitag zwischen 10 und 11 Uhr vormittags möglichst 6 Wochen vor der erwarteten Entbindung angenommen. Der Hauspflegeverein hat die Verpflichtung übernommen, die von ihm gepflegten Mütter stets rechtzeitig vor dem Ausbruch seiner Pflege an die nächste Säuglingsfürsorgestelle zu überweisen, damit diese in unmittelbarem Anschluß an die Tätigkeit des Hauspflegevereins die weitere Fürsorge übernehmen kann.

## Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, die Mehrkosten für den Erweiterungsbau des Betriebsbahnhofes der Untergrundbahn zu bewilligen, da gleichzeitig wesentliche Verbesserungen damit verbunden sein sollen. Die Kosten belaufen sich auf etwa 3000 Mark. Ferner wurde beschlossen, die Kunstdeputation um 4 Bürgerdeputierte zu verkleinern, da die künstlerische Ausschmückung des neuen Rathauses eine Hauptaufgabe der Deputation sein wird; gegenwärtig sind die bildenden Künstler nur durch einen Bildhauer vertreten.

Ein Dringlichkeitsantrag der Liberalen Vereinigung: Der Magistrat wird ersucht, die in den Monaten Mai und Juni stattfindende Ausstellung am Zoo für Haus- und Wohnungsbau zu beschneiden.

wurde, da vom Stadtv. Jago vor kurzem begründet und vom Oberbürgermeister Dominikus erklärt, daß der Magistrat einige seiner Mitglieder zu dem Kongreß delegierte, angenommen.

Der öffentliche Teil der Sitzung war damit erledigt und sollte nunmehr in nichtöffentlicher Sitzung der Antrag des Magistrats um Zustimmung zum Erlaß eines Ortsstatuts über die Bedienstetenfrage bei Ertelung von Schenkungsbeschlüssen verhandelt werden. Da alle Fraktionen sich dagegen aussprachen, so wurde die Vorlage in öffentlicher Sitzung beraten.

Oberbürgermeister Dominikus erklärte, der Uebelstand, daß die Zahl der Wirtshäuser und ganz besonders die der Bars sich fortgesetzt vermehre, wie es in der Mohr- und Speyerer Straße geschieht, das Baherische Viertel und jetzt bereits die Stadtparkgegend ebenfalls überschreitet werden sollen, mache es erforderlich, dagegen einzuschreiten. Die Polizei sei nicht imstande, dem Einhalt zu gebieten. Es liege außerordentlich viel Material vor, um den Erlaß eines Ortsstatuts zu rechtfertigen. — Linicus (Unabh. Fkt.) ist für Ablehnung der Vorlage, da sich keine Mithandlungen ergeben hätten und für die Hausbesitzer ein großer Anfall entsände. Selbst die Gastwirte seien nicht dafür, das beweise eine vorliegende Resolution des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte. — Saling und Bamberg (Lib. Frakt.) können sich nicht für das Ortsstatut erwärmen und halten einen Ausschuß für erforderlich, um über eine andere Form zu beraten. Die Gewerbebetriebe dürfe nicht eingeschänkt werden, die freie Konkurrenz sei das Richtige, um keine Monopole zu schaffen. — Lulay (Lib. Vereinig.) hält die Machtsbefugnisse der Polizei für vollkommen ausreichend. Wo Unzufriedenheiten vorkommen, wisse man die Polizei schon zu finden; ein Ortsstatut sei verfehlt. — Depner (komm.-fortsch.) weist diesen einschneidenden Eingriff in die Gewerbebetriebe energisch zurück und meint, das Gastwirtsgewerbe würde nur in ganz heimlicher Weise schikanieren werden.

Genosse Obst erklärt dem Ausschussantrag zuzustimmen, um die notwendige Klarheit zu schaffen. Die Vorlage selbst sollte nur eine Heberumpelung sein. Der ordnungsmäßige Weg sei nicht eingehalten. Der Magistrat glaube wohl leichtes Spiel zu haben durch die plötzliche Einbringung der Vorlage. Die Gastwirte seien durch die Finanzreform schon auf das Äußerste belastet und um wolle man deren Existenz noch mehr gefährden. Nicht auf die Durchführung der Gewerbeordnung komme es an, sondern um der Polizei, die schon mit großer Macht ausgerüstet ist, erneut eine Befähigung zu erteilen. In Wilmerdorf besteht ein derartiges Ortsstatut und da ist der Polizeipräsident lebhaft bestrebt, etwas Gleiches auch für Schöneberg zu schaffen. Für die Bequemlichkeit der Behörden mag es gut sein,

aber für die davon Betroffenen bedeutet es eine große Last. Die Resolution, die eingebracht wurde, sei von ehrenhaften Männern angenommen worden, die wohl auf große Erfahrungen im Gastwirtsgewerbe zurückblicken können und die ihr Fach verstehen. Diese Art Mittelstandsfreundlichkeit des liberalen Magistrats müsse energisch zurückgewiesen werden, da einestheils Existenzen vernichtet werden und andererseits solche nicht aufkommen können.

In den Ausschuß wurden die Genossen Robs, Obst und Küster delegiert. Damit wurde die Sitzung geschlossen.

## Weihensee.

Am Donnerstag, den 18. April, nachmittags von 5-7 Uhr, finden in Heinersdorf Neuwahlen zur Gemeindevertretung statt. Kandidat der Sozialdemokratie für die dritte Abteilung ist der Fabrikarbeiter Karl Schmidt. Die Genossen Berlin und der Vorort, die mit Heinersdorfer Wählern zusammenarbeiten, bitten wir, ihre Arbeitskollegen auf die Wichtigkeit dieser Wahl aufmerksam zu machen, und sie zur Teilnahme an derselben zu veranlassen.

Am heutigen Mittwoch, den 17. April, findet noch eine Flugblattverbreitung statt, an der auch die Genossen aus Weihensee teilnehmen müssen.

Treffpunkt abends 7 Uhr bei Radday, Linienstr. 60.

Der Vorstand.

## Bohnsdorf.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstatteten die Genossen Kretsch und Pablow Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. Beide Redner beurteilten scharf das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes. Ferner hoben sie hervor, daß die Frage betreffs der Beitragsleistung zum Bezirks-Roifonds in dem zur Annahme gelangten Vorschlag, daß arbeitende männliche Mitglieder 1 M. und arbeitende weibliche Mitglieder 50 Pf. zahlen sollen, eine befriedigende Lösung gefunden habe.

Zur Aufnahme in den Wahlverein meldeten sich sieben neue Mitglieder, von Berlin bezw. Neukölln wurden 37 Mitglieder überwiegen. Hierauf berichtete Genosse Schille aus der letzten Gemeindevertreterversammlung. Sein Antrag, die schon von früheren Verhandlungen bestehende Kommission zu beauftragen, mit dem Magistrat von Köpenick über die Weiterführung der Straßenbahnlinie Köpenick-Grünau-Bohnsdorf Verhandlungen anzubahnen, sei angenommen worden.

Seine Begründung habe dieser Antrag in der schnellen Entwicklung der Arbeiterbaugenossenschaft Paradies gefunden. Die seitherzeit ausgearbeitete neue Friedhofsordnung sei zur nochmaligen Prüfung der Friedhofskommission überwiesen worden.

Genosse Weihensee gibt bekannt, daß sich die Bohnsdorfer Jugend von der Wdershofer Jugendorganisation trennen und ein eigenes Jugendheim gründen werde. Der Obmann der Lokalkommission Genosse Wille beklagte, daß einige Genossen nicht streng die Lokalliste beachten; da uns am Orte immer noch kein geeignetes Versammlungsortal zur Verfügung stehe, sei es Pflicht der Genossen, streng auf die Durchführung des Lokalhofes zu achten. Für unsere Parteigenossen kommen am hiesigen Orte nur unser Versammlungsortal, die Villa Kahl und die Stechbierhalle von Albert Bierbach in Betracht.

## Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Wegen die Gültigkeit der Wahlen Geselbrecht und Walter in der 2. Abteilung war vom Rechnungsrat Gültigkeit und vom Rentier Goldmann Einspruch erhoben worden, weil u. a. die Wählerliste nicht verlassen worden ist. Die Vertretung beschloß, sämtliche Wahlen zur Gemeindevertretung für gültig zu erklären. Hierauf teilte der Bürgermeister mit, daß Schöffe Dr. Wallburg sein Amt infolge Verzug nach Berlin niedergelegt habe; die Ersatzwahl soll in der nächsten Sitzung stattfinden. Eine längere Debatte entspann sich bei der Vorlage des Gemeindevorstandes betreffend Schmutzanlage am Müggelsee. Der Bürgermeister bemerkte hierzu, daß die Gemeinde seit Jahren in der Seestraße zwischen Kaiserweg und Wasserwerke eine Parzelle besitzt. Vor einiger Zeit hätten wir nun eine Nebenparzelle zugekauft mit der Absicht, einen Teil davon als Schmutzanlage zu verwenden und den Rest wieder zu verkaufen. Der Gemeindevorstand und die Tiefbaukommission schlagen aber nunmehr vor, den ganzen Platz als Schmutzanlage zu verwenden. Die Kosten hierfür betragen außer dem Grundstück 12500 M. Im weiteren soll am See eine Hafenanlage zum Anlegen von Booten usw. geschaffen werden. Mit der Ausführung derselben wird eventuell der Unternehmer Waschow betraut werden, welcher gegen eine jährlich zu zahlende Pachtsumme die ganze Anlage anlegen und unterhalten will. Von den bürgerlichen Vertretern Harke und Walter wurde empfohlen, die Parzelle wieder zu verkaufen, da für die Schmutzanlage noch genügend Platz vorhanden wäre und die Gemeinde für diese Parzelle etwa 30000 M. erhalten würde. Von unserer Seite vertraten die Genossen Pätz und Riese die Ansicht, daß es Pflicht der Gemeinde sei, für die Verschönerung des Ortes zu sorgen und daß es unverantwortlich wäre, auch noch die letzte Parzelle am See wieder in Privatbesitz übergehen zu lassen. Die Annahme des Projektes sei nur zu empfehlen, da durch diese Anlage gleichzeitig ein neuer Zugang zur Müggelsee-Eisbahn geschaffen werde. Betreffs der Hafenanlage schlugen sie vor, diese von der Gemeinde ausführen zu lassen. Die Vertretung beschloß die Schmutzanlage in der vorliegenden Form. Des weiteren soll mit Waschow nochmals verhandelt und in der nächsten Sitzung endgültig Beschluß über den Pachtvertrag gefaßt werden. Ein weiterer Antrag des Gemeindevorstandes betr. Verlegung der Unfallstation vom Rollweg zum See nach dem Gemeindegrundstück neben dem Rathaus fand ebenfalls Annahme. Die Kosten für die Neueinrichtung usw. betragen etwa 3000 M. Genosse Riese betonte hierzu, daß mit der Errichtung der Unfallstation gleichzeitig eine Zentralstelle geschaffen werde, welche die Vermittlung von Schmerkranken ins Krankenhaus zu übernehmen habe; es sei vorgekommen, daß trotz ärztlichem Bemühen ein Schwerkranker erst nach 24 Stunden Aufnahme in ein Krankenhaus gefunden habe. Der Bürgermeister will sich betr. dieser Angelegenheit direkt mit den Herren Ärzten in Verbindung setzen, um ähnliche Fälle zu verhüten. Der Vertrag über die Verpachtung der Kurparkwirtschaft wurde ohne Debatte angenommen. Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß die Pensionierung des ersten Gemeindefreiwärter Bloch mit einem Ruhegehalt von 2500 M. von der Aufsichtsbeförde genehmigt worden ist. In die öffentliche Schloß sich noch eine längere geheime Sitzung.

## Pantow.

Die Gemeindevertretung hatte in ihrer am Dienstag stattgefundenen Sitzung über die Gültigkeit der beiden Mandate unserer am 3. März zu Gemeindevertretern gewählten Genossen Eichler und Jengler zu befinden. Von den Bürgerlichen wurde die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate beantragt. Als hauptsächlichsten Grund hierfür bezeichneten sie das Stattfinden der Wahl an einem Sonntag, weil man doch keinem Bürger zumuten könne, sich auch noch an einem Sonntag zwei bis drei Stunden zu versäumen, um zu wählen. In römischer Abstammung vorlierten dann 16 Bürgerliche für die Ungültigkeitserklärung, während der Gemeindevorstand (Bürgermeister und zwei Schöffen), sowie unsere drei sozialdemokratischen Gemeindevertreter für die Gültigkeit stimmten.

## Reinickendorf.

Von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern abend gegen 8 Uhr der 20 Jahre alte Schlossergeselle Bernhard Parthner aus der Amendestr. 93. Der junge Mann kam die Residenzstraße mit dem Zweirad nach Berlin zu gefahren. Nicht hinter ihm folgte ein Kraftwagen. Dieser erfasste ihn, als er vor ihm vorüber in die Amendestraße einbiegen wollte, warf ihn um, ging ihm über den Unterleib und verletzte ihn so schwer, daß er sofort nach der Charité gebracht werden mußte. Er erlitt eine Verletzung innerer Organe und liegt bedenklich danieder.

## Kowatsch.

Der „Freie Männerchor“ (M. d. K. S. B.) veranstaltet am Sonnabend, den 20. April, im Restaurant „Volksgarten“ sein diesjähriges Frühjahrskonzert unter Mitwirkung von Solisten des Berliner Sinfonieorchesters. Da der Chor sich bisher bei jeder Gelegenheit bereitwillig in den Dienst der Arbeiterfrage stellte, so wird erwartet, daß die Arbeiterklasse die Veranstaltung durch zahlreichen Besuch unterstützen wird. Das bevorstehende Konzert verspricht einen seltenen Kunstgenuß. Beginn präzis 8 1/2 Uhr. Programme im Vorverkauf 50 Pf., an der Abendkasse 60 Pf. Kinder unter zehn Jahren haben keinen Zutritt.

## Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadt hat beschlossen, beim zweigleisigen Bau der Strahlenbahn die Luisenstraße von 17 auf 20 Meter zu verbreitern. Polizei und Vertreter der Regierung verlangen aber eine Breite von 28 Metern. Die Kosten von 370 000 M. erhöhen sich dadurch um weitere 30 000 M. Stadtverordneter Bernhard sprach seine Verwunderung über diese unerhörte Forderung der Behörden aus. Diese Regulierung läßt sich übrigens nur zweifelhaft durchführen, da das notwendige Terrain vorläufig nur vor den städtischen Grundstücken zur Verfügung gestellt werden kann. Die Vorlage wurde mit 22 gegen 21 Stimmen angenommen. Die Anlegung einer Uferstraße von der Glienickebrücke bis-a-vis Babelsberg wurde abgelehnt, die anderweite Ausschließung des Terrains an eine Kommission verwiesen. Die Einrichtung einer Schulzahnklinik wurde mit 27 gegen 20 Stimmen abgelehnt, trotzdem der Stadt dazu nur eine einmalige Ausgabe von 2000 M. aus den Ueberflüssen der Sparkasse zur Einrichtung der Klinik und 1600 M. jährliche Unterhaltungskosten erwachsen würden. Außerdem hatten sich 2112 Eltern der Gemeindeglieder verpflichtet, für die Behandlung ihrer Kinder einen jährlichen Beitrag von 1 M. zu zahlen. Stadtverordneter Bergemann fand es sonderbar, daß man wieder die Gemeindeglieder vorziehe und bei den höheren Schulen, deren Schülern doch eine Zahnpflege ebenfalls sehr nützlich sei, die besser situierten Eltern bezahle. Von einigen anderen Stadtverordneten wurde eine ambulante Behandlung empfohlen, da sie von dieser Klinik eine unliebsame Konkurrenz der Zahnärzte befürchten. Trotzdem von einigen Stadtverordneten das Gegenteil bewiesen wurde und der Magistrat auf Grund der in anderen Städten gemachten Erfahrung von der ambulanten Behandlung abriet, wurde die Vorlage abgelehnt. — Zu einem Zusammenstoß zwischen Magistrat und Stadtverordneten kam es bei dem Magistratsantrage, den Erlös des früheren Steuerkaufes an der Marienstraße (21 887 M.) und die Wertzuwachssteuer (ca. 20 000 M.) zur Deckung der Zinsen und Tilgungsraten der Grundbesitzkaufes zu verwenden. Die Zinsen und Tilgungsraten sind aus dem Mehrerlös veräußerten Grundstücke aufzubringen, während der Ankaufserlös selbst zur außerordentlichen Tilgung bestimmt ist. Nun war im Vorjahr der Verkauf nur gering, so daß jetzt 60 000 M. zu decken bleiben. Stadtv. Bernhard stellt darin den Anfang vom Ende der städtischen Bodenpolitik. Er erklärte sich gegen jede weiteren Käufe durch die Stadt. Oberbürgermeister Vosberg verwahrte sich gegen den Ton Bernhards und verteidigte die städtische Bodenpolitik. Die Versammlung stimmte dem Antrage zu. — Der allmählichen Aufhebung der Michaelisfeste wurde zugestimmt. Die Stadt erpopt dadurch circa 30 000 M. an den höheren und mittleren Schulen. (Ob diese Einrichtung für die Gemeindeglieder praktisch ist, wagen wir zu bezweifeln.) Das städtische Wasserwerk soll nach Wilhelmshorst weiter ausgedehnt werden. Die bisherige Inhaberin des Jentenschen Grundstücks auf dem Kietwitz will von ihrem Verkaufsvertrage zurücktreten. Nach dem Kaufe soll die dortige Flußbadeanstalt von der Stadt ausgebaut werden. Trotzdem der Magistrat den Wunsch befürwortete, hielt die Versammlung den Ankauf aufrecht. Das Brückenbauprojekt über die Havel im Zuge der Posthofstraße wurde der vorgerückten Zeit wegen nur zur Kenntnis der Versammlung gegeben. Die Gesamtkosten der Brücke sind auf 1 100 000 M. veranschlagt, zu welchen die Regierung eine Beihilfe von 600 000 M. zuzahlt, die Uebernahme der Unterhaltung aber ablehnt. Auf der Freundschaftsinsel soll dann eine Stadthalle, verbunden mit Pensionatsbau, errichtet werden. Eine Gesellschaft hat sich dazu bereits gefunden und soll für das zum Bau erforderliche Gelände der Stadt schon ein Angebot von 1 Mill. Mark gemacht haben. Die Stadt selbst muß aber, um den Brückenbau durchzuführen, mehrere Grundstücke in der Burgstraße ankaufen.

## Kallberge-Rüdersdorf.

Aus der Rüdersdorfer Gemeindevertretung. Zunächst wurden in der letzten Gemeindevertreterversammlung die neu resp. wiedergewählten Verordneten durch den Vorsitzenden Clemens eingeführt und verpflichtet. Sodann gab der Vorsitzende zur Kenntnis, daß die Wahl des Herrn Hammerling zum Schöffen der Gemeinde von der Aufsichtsbeförde bestätigt worden sei. — Dem in der Grundwertsteuerangelegenheit mit der königlichen Berginspektion eingegangenen Vergleich erteilte die Vertretung ihre Zustimmung. Nach diesem wird der Grundwert auf 217 020 M. festgesetzt und wird eine dementsprechende Grundwertsteuer zur Erhebung gelangen. — Mit allen Stimmen wurde beschlossen, die von der Firma M. Hempel gepachtete Gasanstalt von der Firma Kallberg zu erwerben. Der Vorsitzende wurde beauftragt, mit der Gesellschaft hierüber in Verhandlungen zu treten und in der nächsten Sitzung vom Ergebnis derselben Bericht zu erstatten. Aus dem im Bau befindlichen Wasserwerk Kallberge soll Wasser für die Gemeinde Rüdersdorf entnommen werden, sofern Kallberge aus der Rüdersdorfer Gasanstalt Gas entnimmt. Die Angelegenheit soll durch den Vorsitzenden geregelt werden. — Darauf kam die Brückenangelegenheit wieder zur Erörterung. Trotzdem der Streit zwischen der Aktien-gesellschaft für Beton- und Monierbau, die die Brücke erbaute, und der Gemeinde schon nahezu zwei Jahre währt, ist noch keine endgültige Einigung in dieser Angelegenheit zustande gekommen. Die Inkosten, die der Gemeinde dadurch entstanden sind, sind enorm. Die fragliche Firma will, wie der Vorsitzende mitteilte, das Widerlager handhaft machen. Die Vertretung erklärte sich hiermit einverstanden, jedoch muß die Festmachung des Widerlagers in technischer Beziehung einwandfrei sein und die Firma für dessen Haltbarkeit Garantie leisten. Diese Festmachung soll jedoch auf Kosten der Aktien-gesellschaft geschehen. Sollte letztere aber damit nicht einverstanden sein, wird das Schiedsgericht zur Entscheidung angerufen werden.

# Kawon-Geife

eine neuartige Haushaltseife  
von  
fabelhafter Waschkraft.  
Preis pro Stück 20 Pf. — Jetzt überall erhältlich.



Korn, Hugo... A. Hohberg... Misch... Hugo Mob, W. 37, Potsdamerstr. 27c.

Misch... Hugo Mob, W. 37, Potsdamerstr. 27c. Kastenallee 40. Teilzahlungen gestattet.

Musik-Haus... 34 Hermann-Str. 34. Spezialhaus f. Damenhüte. Bertha Mierzwa.

34 Hermann-Str. 34. Spezialhaus f. Damenhüte. Bertha Mierzwa. Frankfurter-Allee 65.

A. Rieck, Badstr. 11. Bezüge billigst. Herm. Rosenky, W. Kassestr. 4. G. Schlessner, Warschauerstr. 86.

Gust. Schoder, Oranienstr. 155-56. Max Storch, Ebbingstr. 109. M. Tomesina Nchf., Eichenstr. 18.

Welf, Wollw., Trikot. Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75. H. Barts, Schönhauser Allee 107.

Dr. Simmel... Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41.

Zigarren- W. Herbst... Fabriken gegr. 1898. Tel.: Moritzplatz 9873. BERLIN SW., Ritterstr. 83.

Kufek... eine bewährte Krankenkost für Erwachsene bei Störungen der Verdauung.

Würzburger Hühneraugenmittel... von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei.

W. H. Unger in Würzburg... Berlin (30 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54.

ANZEIGEN... für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen in Berlin bis 1 Uhr.

ANZEIGEN... für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen in Berlin bis 1 Uhr.

Kleine Anzeigen

Verkäufe... Hermanns 4 Wandbildern. Nebenmanns allerbilligster Barockstuhl.

Möbel... Gardinen! Steppdecken! Portieren! Täbbeden! aussergewöhnlich billig!

Möbel... Möbelverkauf. Keltische, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen.

Musikinstrumente... Pianino, beides, kernig, 120,00. Sander, Lammstraße 8.

Bilder... Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt bei der Silber-Bogdan.

Unterricht... Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene.

Arbeitsmarkt... Stellenangebote. Schleier auf Holzleiten, längere, dauernd verlangt.